

Kann Islam
»liberal« sein?, S. 3



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 7. Juli 2017

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Nationaler Kraftakt« bleibt aus
Die Abschiebezahlen sind immer noch viel zu niedrig **2**

Deutschland

»Verbrenne in der Hölle«
Das Problem beim liberalen Islam in Deutschland: Es gibt ihn nicht **3**

Hintergrund

Notwendig oder diskriminierend?
Polizeikontrolle nach äußeren Merkmalen **4**

Preußen / Berlin

Offenbar keine gute Idee
Muslimische Schülerinnen führen mit Kopftuch nach Polen und bekamen Ärger **5**

Ausland

Blaupause Irakkrieg
Wie Assad und Hussein Feinde der USA wurden **6**

Kultur

Ein Lachen für die Kunst
Die ostpreußische Künstlerin Käthe Kollwitz **9**

Geschichte

Reichskanzler des Übergangs
Prinz Max von Baden **10**



Schwarz-rot-goldener Sargschmuck vor der Polit-Prominenz. Dennoch: Kohl war Brüssel oft näher als Berlin

Bild: action press

Ein angemessener Trauerakt?

Die Flagge der EU passte besser zu Kohls Sarg als die deutsche

Helmut Kohl gilt zwar vielen als „Kanzler der Einheit“, aber das Streben des selbsternannten politischen Enkels Konrad Adenauers galt weniger dem deutschen Nationalstaat als der heutigen EU.

Von daher war es passend, dass im vormittäglichen Teil der Trauerfeierlichkeiten die Flagge der EU seinen Holzsarg schmückte. Am Nachmittag zierte dann zwar doch noch die Bundesdienstflagge den Sarg. Aber der entsprechende Teil der Feier fand wenigstens nicht im ostelbischen Berlin, sondern im westrheinischen Speyer statt. Im Kaiser- und Mariendom zu Speyer liegt zwar nicht der Frankenherrscher Karl der Große begraben, der gemeinsame Kaiser von Deutschen und Franzosen, aber doch diverse andere Kaiser des (ersten) Heiligen Römischen Reiches, das stärker als das von Berlin aus regierte (zweite)

Deutsche Reich einen universellen abendländischen Anspruch hatte, wie ihn auch die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften teilten.

In die Amtszeit Kohls fiel zwar die deutsche Vereinigung, aber niemand wird behaupten wollen, dass er langfristig darauf hingearbeitet hätte. Noch 1987 meinte er: „Die Lösung der deutschen Frage steht nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte.“ Zwei Jahre später gab es dann das Angebot aus dem Kreml. Kohl selber hat in anderem Zusammenhang von der „Gnade der späten Geburt“ gesprochen. Kohl wurde die Gnade zuteil, dass dieses Angebot in seine Kanzlerzeit fiel. Der studierte Historiker erkannte die Gunst der Stunde, und

bei der Qualität des politischen Führungspersonals der Bundesrepublik müssen die Deutschen dankbar sein, dass er sie nicht nur erkannte, sondern auch darauf verzichtete, sie bewusst auszuschlagen. Vielmehr griff er beherzt zu, was sich für ihn machtpolitisch in diversen gewonnenen Bundestagswahlen auszahlte.

Nicht unterschlagen werden sollte, dass Kohl – hier ganz in der Tradition Adenauers – dem Kreml den Verzicht auf Mitteldeutschland dadurch zusätzlich erschwerte, dass er dessen Integration in den Westen forderte. Zum Glück für die Deutschen blieb Michail Gorbatschow trotzdem bei seinem Angebot. Kohls Forderung auf die Westbindung hatte wenigstens den Vorteil, dass damit die

USA für die Vereinigung gewonnen waren, denn deren Imperium wuchs dadurch um Deutschlands Mitte.

Bei allen unbestreitbaren Verdiensten um die deutsche Einheit sollte man nie vergessen, dass in Kohls Regierungszeit auch der widerstandslose Verzicht auf Ostdeutschland sowie die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht fielen, dieses „Versailles ohne Krieg“.

Zur Verteidigung Kohls wird zwar darauf verwiesen, dass, abgesehen davon, dass Deutschland am meisten vom Euro profitiere, Frankreichs Präsident François Mitterrand auf den Verzicht der Deutschen auf ihre D-Mark als Preis für die französische Zustimmung zur deutschen Vereinigung bestanden habe. Doch was hätte Paris angesichts des Einverständnisses Washingtons und Moskaus ausrichten können?

Manuel Ruoff

Kohls langfristiges Streben galt der Integration Europas

Wer war schuld an 70/71?

Pariser Armeemuseum zeigt eigentümliche Ausstellung zum Deutsch-Französischen Krieg

Das Musée de l'Armée im Hôtel des Invalides, das zentrale Museum für Militärgeschichte in Frankreich und eines der bedeutendsten weltweit, zeigt noch bis Ende dieses Monats die Ausstellung „France–Allemagne(s) 1870–1871. La guerre, la Commune, les mémoires“. Das offizielle heutige Frankreich positioniert sich also zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 – und damit auch zur Kriegsschuldfrage.

Die Antwort der Ausstellungsmacher erinnert an jene weitere Teile der Weimarer Republik auf die Frage der Schuld am Ersten Weltkrieg. Der damalige Kaiser wird als schwach kritisiert, aber die Schuld wird beim perfiden Kriegs-

feind gesucht. Im Falle der aktuellen Ausstellung ist das insbesondere Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck, der immer wieder als intrigant geschildert wird. Napoleons III. aggressiver und anti-preußischer Außenminister Antoine Alfred Agénor de Gramont bleibt hingegen unerwähnt.

Hierzu passt, dass der von den Ausstellungsmachern 1864 begonnene Bogen nicht bis 1871, sondern bis 1875 geschlagen wird. Statt der in Deutschland (noch) vorherrschenden Sicht, dass Bismarck nach der Reichsgründung „saturiert“ gewesen und deshalb

freiwillig zu einer Stabilitätspolitik gewechselt habe, suggeriert die Ausstellung, dass der Preuße erst in der sogenannten Krieg-in-Sicht-Krise durch die anderen

Großmächte zu einem Verzicht auf weitere Expansion habe gezwungen werden müssen.

Bemerkenswert ist auch die Darstellung des Republikaners Léon Gambetta, von dem das revanchistische Credo für die Rückeroberung Elsass-Lothringens stammt: „Toujours y penser, jamais en parler.“ (Immer daran denken, nie davon sprechen!). Während deutsche Nationalisten in der

Bismarck als Bösewicht

Terror bindet Kräfte

Mordkommission wechselt zum Staatsschutz

Berlins Polizeiführung unternimmt im Kampf gegen radikale Moslems einen ungewöhnlichen Schritt. Eine der bislang acht Mordkommissionen wechselt zum Staatsschutz, um dort Ermittlungsarbeit gegen radikale Moslems zu leisten. Bereits zuvor

war bekannt geworden, dass seit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 dutzende Vollzugsbeamte von ihren bisherigen Aufgabengebieten abgezogen wurden, um Straftaten im Zusammenhang mit islamischem Terror zu bearbeiten. Die Entwicklung in Berlin ist keine

Ausnahme: Bundesweit sehen sich die Sicherheitsbehörden stark gestiegenen Zahlen von sogenannten Gefährdungen gegenüber, die immer mehr Ressourcen binden. Das Bundeskriminalamt

bezieht den Kreis der Moslems, denen ein Terroranschlag zugetraut wird, mittlerweile auf 678 Personen, weitere 400 gelten als Unterstützer.

Staatsanwälte und Polizeigewerkschafter warnen inzwischen davor, dass durch die Personalverschiebungen zur Terrorbekämpfung zunehmend Ermittler bei der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung fehlen.

Norman Hanert

Gemeine Kriminalität wird vernachlässigt

(siehe Bericht Seite 10)

MELDUNGEN

Sondersteuer für Asylsucher

Bern – In der Schweiz müssen erwerbstätige Ausländer, denen subsidiärer Schutz gewährt wurde, eine Sondersteuer entrichten, um zumindest einen Teil der Unterstützung, die sie vom Staat erhalten haben, zurückzuzahlen. Bei den Betroffenen handelt es sich um Personen, die nicht abgeschoben werden dürfen oder können. Diese erhalten keine Aufenthaltsbewilligung, sondern werden „vorläufig aufgenommen“. Sie können von den Kantonsbehörden eine Arbeitsbewilligung erhalten – unabhängig von der Wirtschaftslage und der Situation auf dem Arbeitsmarkt, haben jedoch keinen Anspruch auf Zugang zum Arbeitsmarkt. Vorläufig aufgenommene Personen, die eine Erwerbstätigkeit ausüben, haben zusätzlich zu den regulären Steuern eine Sondersteuer in Höhe von zehn Prozent des Einkommens zu entrichten. Die Sondersteuer entfällt, wenn sie den Betrag von 15 000 Franken erreicht hat, oder wenn die betreffende Person eine Aufenthaltsbewilligung erhält beziehungsweise als Flüchtling anerkannt wird.

J.H.

Rechtsaußen gibt auf

Kopenhagen – Die rechts von der Dänischen Volkspartei stehende Partei der Dänen wird nicht bei den nächsten Parlamentswahlen in Dänemark antreten. Parteichef Daniel Carlsen: „Nach mehr als neun Jahren als öffentliche politische Person, darunter sechs Jahre als Führer mit großer organisatorischer Verantwortung in der Danskernes Parti, habe ich entschieden, meine politischen Aktivitäten einzustellen.“

H.L.

Regierung mauert

Berlin – Die Bundesregierung lehnt detaillierte Auskünfte zu den Ermittlungen im Fall des mutmaßlich rechtsextremen Bundeswehr-offiziers Franco A. gegenüber dem Parlament ab. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen schreibt sie: „Trotz der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht, Informationsansprüche des Deutschen Bundestages zu erfüllen, tritt im hier gegebenen Fall nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Belange das Informationsinteresse des Parlaments hinter den berechtigten Interessen an einer effektiven Strafverfolgung zurück. Das Interesse der Allgemeinheit an der Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege leitet sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ab und hat damit ebenfalls Verfassungsrang.“ Statt konkret auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten, ergeht sie sich in allgemeinen Ausführungen über die Rolle von Staatsanwaltschaften, Militärischem Abschirmdienst und Bundesamt für Verfassungsschutz in diesem Fall sowie über Abläufe in Disziplinarverfahren. So erfahren die Fragesteller beispielsweise, dass „Rechtsberater und Wehrdisziplinaranwälte an Recht und Gesetz gebunden“ sind.

J.H.

Korrektur

Hamburg – Auf dem oberen Bild der Seite 2 der Nummer 26 ist rechts nicht Michael Leh, sondern Andreas Rödder zu sehen. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

PAZ

»Nationale Kraftanstrengung« bleibt aus

Keine signifikante Erhöhung der Abschiebezahlen trotz Merkels anderslautender Ankündigung

Bereits im Januar dieses Jahres hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine „nationale Kraftanstrengung“ zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber angekündigt. Tatsächlich zeichnet sich eine völlig andere Entwicklung ab.

Bei der Jahrestagung des DBB Beamtenbund und Tarifunion hatte die Bundeskanzlerin eine „nationale Kraftanstrengung“ angekündigt. Wenige Wochen nach dem Anschlag eines Moslems auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche hatte Merkel erklärt: „Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss zurückgeführt werden.“

Tatsächlich ist dies bislang keineswegs der Normalfall. Wie die Tageszeitung „Die Welt“ unter Berufung auf Daten der Bundespolizei berichtet, wurden im ersten Tertial dieses Jahres 8620 Immigranten abgeschoben. Hochgerechnet auf das Jahr wären das 25 860. Für das Jahr 2016 wird die Zahl der Abschiebungen mit insgesamt 25 375 angegeben.

Sieht man sich die Details an, dann wird deutlich, dass die vergleichsweise hohen Ausreisezahlen des Vorjahres ganz entscheidend auf einem Einmaleffekt beruhen. Außergewöhnlich viele abgelehnte Asylbewerber haben Deutschland im Jahr 2016 nämlich in Richtung Westbalkanstaaten verlassen. Seit diese Länder als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden, sind auch die Asylbewerberzahlen aus der Region drastisch gesunken. Eine Wiederholung dieses Effekts ist bei anderen Herkunftsregionen vorerst nicht zu erwarten. Eine Ein-

stufung nordafrikanischer Staaten als sichere Herkunftsländer ist bislang am Veto der Grünen im Bundesrat gescheitert.

Aktuell steht die Situation in Afghanistan in der Diskussion. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat wegen Sicherheitsbedenken abschließende Asylentscheidungen für Afghanen zunächst einmal ausgesetzt. Ab-

verhindert im Falle einer negativen Entscheidung auch oft die Rückführung. Dies gilt selbst für Asylbewerber, die hierzulande straffällig

weisen zu können. Kritisch sieht die Neuregelung aus dem Jahr 2015 etwa der AfD-Politiker Roman Reusch, der von 2003 bis 2008

bei der Berliner Staatsanwaltschaft die Abteilung für jugendliche Intensivtäter geleitet hat: „Hier wurde der Möglichkeit, kriminelle Ausländer auszuweisen, ein regelrechter Bärenienst erwiesen.“ Unter anderem bemängelt Reusch,

»Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss zurückgeführt werden« (Angela Merkel)

werden. Von der Öffentlichkeit nur wenig zur Kenntnis genommen, hat der Bundestag kurz vor Einsetzen der Massimmigrationswelle im

wurde der Möglichkeit, kriminelle Ausländer auszuweisen, ein regelrechter Bärenienst erwiesen.“ Unter anderem bemängelt Reusch,



Noch sind ihren starken Worten keine entsprechenden Taten gefolgt: Angela Merkel auf der DBB-Jahrestagung

Bild: pa

schiebungen nach Afghanistan finden derzeit nur in Einzelfällen statt.

Dazu kommen Abschiebehindernisse, die bereits seit langer Zeit bekannt sind. So kommt die große Mehrheit der Asylbewerber ohne gültige Papiere nach Deutschland. Die Klärung der Identität zieht nicht nur die Asylverfahren in die Länge, sondern

Jahr 2015 eine Neuregelung zum Bleiberecht und zur Aufenthaltsbeendigung beschlossen. Anwälte für Ausländerrecht begrüßten seinerzeit, dass gut integrierte Ausländer leichter ein Bleiberecht erlangen können und der Familiennachzug erleichtert wurde. Allerdings sind auch skeptische Töne zu hören, speziell mit Blick auf die Möglichkeit, kriminelle Ausländer aus-

dass die Rechtslage durch zusätzliche Auslegungsregeln und Einschränkungen sehr viel komplizierter wurde. „Dies hat zur Folge, dass die bedauernswerten Sachbearbeiter der Ausländerbehörden, die eine Ausweisung begründen wollen und bisher in Fällen zwingender Ausweisung mit recht kurzen und übersichtlichen Bescheiden auskommen, nunmehr gezwungen sind,

Das Kanzleramt als Umfrageinstitut

Josef Schlarmann analysiert die Politik Angela Merkels und den inneren Zustand der CDU

Angela Merkel aus der Nähe“ heißt das Buch von Josef Schlarmann, dem Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU/CSU von 2005 bis 2013. Darin listet er Fehler und Versagen der Bundeskanzlerin auf. Vom „Forum Mittelstand“ in Berlin wurde das Werk jetzt gemeinsam mit Frank Schäffler (FDP) vorgestellt.

Der promovierte Rechtsanwalt, Volkswirt und Wirtschaftsprüfer Josef Schlarmann war nie von einem politischen Mandat abhängig. „Niemand nervt Angela Merkel mehr als Josef Schlarmann, der Chef des CDU-Wirtschaftsflügels“, schrieb der „Spiegel“ schon 2009 über ihn. Bereits damals nannte Schlarmann Merkel eine Machtpolitikerin, die „alle Grundsätze über Bord geschmissen“ habe. Wie der „Spiegel“ weiter schrieb, habe Merkel im kleinen Kreis von Vertrauten gerufen: „Warum ist da keiner, der dem Schlarmann sagt, er soll das Maul halten?“

Dessen gerade erschienenenes Buch „Angela Merkel aus der Nähe“ zeigt, dass er auch heute noch nicht den Mund hält. Schlarmann analysiert nicht nur kenntnisreich unter anderem in den Kapiteln „Die Euro-Kanzlerin“, „Die Klimakanzlerin“, „Die Mitte-Links-

Kanzlerin“ und „Die Wohlfühl-Kanzlerin“ gravierende Fehler Merkels. Er kann überdies aus eigener Anschauung Erhellendes über Merkels Politik- und Führungsstil beisteuern.

Bei der Buchvorstellung im Paulaner am Spreebogen vor rund 80 Gästen erinnerte er auch genüsslich daran, wie er schon 2012 gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“) erklärt hatte, in der CDU gehe „es zu wie am Zarenhof, auch Merkel hat ihre Strelitzen“.

»Auch an Merkels Zarenhof gibt es Strelitzen«

Die Strelitzen (wörtlich Bogenschützen, von slawisch „strela“, Pfeil) bildeten die Palastgarde Iwans des Schrecklichen. Die Macht in der CDU von heute liege allein im Kanzleramt, erklärte Schlarmann gegenüber der „SZ“, und alle Minister seien „von der Kanzlerin unmittelbar abhängig. Karriere macht nur noch derjenige, der auf Merkels Linie liegt“. Daran hat sich gewiss nichts geändert. „Die CDU ist ein Wackelpudding“, sagte Schlarmann jetzt. Wer inhalt-

lich klare Positionen vertrete, habe keine Chance mehr, sich in der Bundestagsfraktion durchzusetzen.

In seinem Buch beschreibt Schlarmann etwa das Agieren Merkels nach dem Reaktorunfall in Fukushima. Ihre Begründung für den raschen Ausstieg aus der Kernenergie sei nur ein Täuschungsmanöver wegen der baden-württembergischen Landtagswahl gewesen. Schlarmann: „Aus wahltaktischen Gründen wurde von der Bundesregierung parteiintern ein gewaltiger Druck aufgebaut. Für längere Debatten in den Regierungsfractionen oder der Partei war keine Zeit mehr. Alle mussten ‚ohne wenn und aber‘ auf die neue Linie eingeschworen werden. Die Skeptiker und Kritiker brachte man mit einem ‚erbarmungslosen Konformitätsdruck‘ zum Schweigen.“ Auch am Aufstieg der AfD sei Merkel schuld. Sie habe schon nicht das Gespräch mit Bernd Lucke, einem jahrzehntelangen CDU-Mitglied, gesucht.

Frank Schäffler, der „Euro-Rebell“ der FDP, attestierte Schlarmann bei der Buchvorstellung, Merkels Politik sehr sachlich analysiert zu haben. „Meine Quintessenz ist“, sagte Schäffler, „dass Angela Merkel eine gewiefte Machtpolitikerin ist. Sie steht politisch

eher links. Auch von ihrem politischen Werdegang her ist sie eher jemand, der per Zufall in die Union geraten ist.“ Merkel bewege sich inhaltlich immer im Zeitgeist.

Schlarmann nennt das Bundeskanzleramt heute „im Grunde ein Umfrageinstitut“. „Dort wird wöchentlich gefragt, was geht eigentlich in der Bevölkerung vor, was sind jetzt die prioritären Fragen, wie sind die Stimmungen“, sagte er. Und nach diesen Stimmungen werde dann die Politik Deutsch-

»Die heutige CDU ist ein Wackelpudding«

lands gemacht. Die CDU sei inzwischen eine Partei, „geführt vom Bundeskanzleramt, die genau das macht, was gerade mehrheitsfähig ist“. Das sei einer der Gründe, warum sich Merkel so lange an der Macht halten konnte: „Sie hat es ja vermocht, sich aus dem Parteienstreit herauszuhalten, indem sie keine klare Kante zeigt.“ Auch jetzt beim Thema „Ehe für alle“ sei das so: „Da macht sie Folgendes: ich gebe die Abstimmung frei und dann gilt für mich das, was aus der Ab-

sich mit sämtlichen im Gesetz vorgesehenen möglichen Fallvarianten zu beschäftigen und unterschiedliche Interessenlagen gegeneinander abzuwägen, mit anderen Worten, sie müssen regelrechte Besinnungsaufsätze schreiben, die für die gerichtliche Anfechtbarkeit fast schon zwangsläufig jede Menge Angriffsflächen bieten“, so Reusch gegenüber der PAZ. Erschwerend kommt hinzu, dass im Fall von Klagen die Verwaltungsgerichte zuständig sind, die inzwischen auch noch bundesweit über eine Flut von mehr als 190 000 Asylrechtsklagen zu entscheiden haben.

Wenige Monate vor den Bundestagswahlen zeichnet sich nun auch noch ein neuerliches Steigen des Zuwanderungsdrucks ab. Laut Zahlen der EU-Kommission nehmen die EU-Staaten fünfmal so viele Immigranten aus der Türkei auf, als es eigentlich mit Ankara vereinbart war. Der Türkeiideal sah ursprünglich vor, dass für jeden Syrer, der von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt wird, ein Syrer offiziell von der Türkei in ein EU-Land einreisen darf. Hauptaufnahmeland dieser Syrer ist Deutschland.

Alarmierende Nachrichten kommen auch aus Italien. Dort rechnen die Behör-

den bis Jahresende mit 230 000 Immigranten, die über die Mittelmeerroute kommen werden. Trifft diese Prognose zu, dann werden es 26 Prozent mehr sein als im Jahr 2016. Berichtet wird zudem, dass zur Einwanderung zunehmend auch die Route von Algerien nach Südsardinien und von Ägypten nach Lampedusa genutzt wird.

Norman Hanert

stimmung herauskommt – typisch Merkel.“

Von dieser Art der Entscheidungsfindung könne er 100 Beispiele nennen, „immer nach derselben Methode: Ich schwebe über den Wassern.“ Merkel mache aus dem Kanzleramt, „wo ja Position bezogen werden soll, eine persönliche Präsidentschaft. Wenn wir wählen, wählen wir ja gar keinen Kanzler mehr, sondern wir wählen eine Präsidentin für das ganze Volk.“ Wir hätten aber schon einen Präsidenten, so Schlarmann, „das ist ein anderer. Ich will einen Bundeskanzler, der sagt, was politisch gemacht wird, und da muss man Kante zeigen. Und das ist das eigentliche Problem“.

Schlarmann erwartet einen Einzug der FDP in den Bundestag. Wenn diese „stabil genug“ sei, könne die FDP vielleicht mit für eine „klare Kante“ sorgen, hofft Schlarmann. Der Leiter des überparteilichen Berliner „Forum Mittelstand“, Stefan Friedrich, rief dazu auf, noch vorhandene liberal-konservative Politiker in CDU und FDP zu unterstützen.

Michael Leh

Josef Schlarmann: „Angela Merkel aus der Nähe“, Lau-Verlag, Reinbek 2017, gebunden, 260 Seiten, 22,90 Euro

»Verbrenne in der Hölle«

Ein liberaler Islam ließe sich tatsächlich als Teil von Deutschland bezeichnen. Das Problem: Es gibt ihn nicht.

Die Eröffnung einer weltoffenen Moschee in Berlin wird zum Desaster. Eine großangekündigte Moslem-Demonstration gegen den Terror lockt beschämend wenig Menschen an. Der liberale Islam scheint in Deutschland etwa so real wie die Geschichten aus Tausendundeiner Nacht.

Heiliger Zorn entflammte die Gemüter der Gläubigen. Die 54-jährige, türkisch-deutsche Rechtsanwältin Seyran Ates hatte wahrhaft Gotteslästerliches getan: Ihre neueröffnete Moschee sei ein Bordell, schäumten Allahs selbsternannte Glaubenswächter. Nur entlaufene Hunde würden dort beten. „Ates ich hoffe du verbrennst in der Hölle“, lautete einer ihrer frommen Wünsche. Ein Fatos G. empfahl auf Facebook den besten Weg dorthin: „Kopf gegen die Wand schlagen.“

Seyran Ates hat in Berlin-Moabit in einem Nebengebäude der evangelischen St.-Johannis-Kirche die liberale Ibn-Rusht-Goethe-Moschee eröffnet. Acht Jahre hat sie darauf hingearbeitet. In ihrer Moschee können Frauen und Männer gemeinsam beten. Eine Imamin darf predigen. Homosexuelle sind willkommen. Auf ihrer Internetseite bekennen sich die Verantwortlichen „im Namen ihres barmherzigen und gnädigen Gottes“ zu den Menschenrechten der Vereinten Nationen und dem Grundgesetz der Bundesrepublik. Religiöse Grundlage sei „ein säkularer liberaler Islam, der weltliche und religiöse Macht voneinander trennt und sich um eine zeitgemäße und geschlechtergerechte Auslegung des Koran bemüht.“

Das ist jener Islam, den Deutschlands Multikulti-Gläubige lieben. Er ist zahm, angepasst und politisch korrekt. Wenige würden sich wohl dagegen sträuben, ihn als Teil von Deutschland zu bezeichnen. Der Kuschele-Islam hat nur einen Schönheitsfehler: Er gibt ihn praktisch nicht. Zumindest wird er nur von einem verschwindend geringen Teil der Moslems praktiziert. Während anderswo in Deutschland die Moscheen zu Hunderten gefüllt sind, kamen beim ersten Freitagsgebet in der Ibn-Rusht-Goethe-Moschee nicht einmal 30 Leute zusammen. Am vergangenen Freitag waren es sieben!



Beten in Berlin vor dem Beginn der alljährlichen „Al Quds-Demonstration“. Die israelfeindliche Kundgebung bringt viele Moslems auf die Straße, eine Veranstaltung gegen den Terror des IS dagegen kaum

Bild: Imago

„Eine pure nackte Scheißangst“ hätte die Leute abgehalten zu kommen, erklärte Seyran Ates gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“. Drohungen und Anfeindungen gab es nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch von staatlicher Stelle aus der Türkei. Aus Ägypten kam eine Fatwa, ein religiöses Rechtsgutachten, das Ates und ihre Mitstreiter praktisch zu Feinden des Islam erklärte. Einer von ihnen, der Arzt und Politikwissenschaftler Mimoun Aziz, distanzierte sich bereits und behauptet jetzt allen Ernstes sich nur zu wissenschaftlichen Forschungszwecken unter die „selbsterklärten sogenannten Reformmuslime“ gemischt zu haben. Seyran Ates steht derweil rund um die Uhr unter Personenschutz.

Der Spott, die ihr nun von Seiten deutscher Islamkritiker entgegenschlägt, dürfte angesichts dieser Bedrohungslage wohl ihr harmlosestes Problem sein. Angebracht ist er trotzdem nicht, wichtiger ist eine nüchterne Feststellung: Die Vorgänge um die Ibn-

Rusht-Goethe-Moschee zählen zu einer Kette von Ereignissen, die offenbar, was wirklich vom Islam in Deutschland zu halten ist. Sie zeigen, wo seine Anhänger stehen, wenn es darum geht, sich zu westlichen Werten zu bekennen oder sich von den Schlächtern des Islamischen Staates abzugrenzen.

Die Gründer einer liberalen Moschee wurden zu Feinden des Islam erklärt

Beides findet nicht statt. Der groß angekündigte Friedensmarsch der Muslime in Köln unter dem Motto „Nicht mit uns“ geriet zum Fiasko. Gerechnet hatte die Organisatorin, die Religionslehrerin Lamyar Kaddor, mit 10 000 Teilnehmern. Tatsächlich kamen nur ein paar Hundert zusammen, um ein Bekenntnis gegen den Terror im Namen ihrer Religion abzulegen. In Berlin waren es bei einer ähnlichen Veranstaltung einige Tage später nicht einmal 100. Offen bleibt, wie vie-

le der Demonstranten überhaupt Muslime waren, denn auch nicht-islamische Organisationen hatten zur Teilnahme aufgerufen.

Das Fazit: Es gibt mindestens 4,4 Millionen Muslime in Deutschland. Wahrscheinlich sind es sogar noch viel mehr, denn die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Migration be-

ruhen zum Teil auf Daten aus dem Jahre 2008. All diese Menschen bringen es nicht fertig, sich deutlich gegen jene IS-Schlächter auszusprechen, die – genau wie sie – fünfmal täglich gegen Mekka beten.

Wer diesen Menschen in ihre Moscheen folgt, findet dort stattdessen einen kompromisslosen Fundamental-Islam, wie ihn der Journalist Constantin Schreiber in seinem aktuellen Buch „Inside Islam“ beschreibt. Acht Monate lang hat er moslemische Gottes-

häuser in Berlin, Hamburg und Karlsruhe besucht. Schreiber spricht fließend arabisch. Für den TV-Sender n-tv moderiert er „Marhaba – Ankommen in Deutschland“, eine Sendung für Immigranten aus dem Nahen Osten. Islamophobie kann man ihm nicht vorwerfen. Umso ernüchternder fällt sein Urteil nach der investigativen Moscheen-Recherche aus: „Die von mir besuchten Predigten waren mehrheitlich gegen die Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Wenn das Leben in Deutschland thematisiert wurde, dann hauptsächlich in einem negativen Zusammenhang.“

Der letzte Satz seines Buches: „Ich würde gerne ein positives Beispiel anführen, eine Predigt, die Weltoffenheit ausstrahlt, eine Brücke baut zum Leben in Deutschland. Leider haben meine Besuche ein solches Beispiel nicht ergeben.“

Dieser Islam ist kein Teil von Deutschland, er wirkt mehr wie eine ernste Bedrohung. Frank Horns

MELDUNGEN

Millionen für Minenräumung

Berlin – Die Bundesregierung hat im Jahr 2016 insgesamt knapp 22 Millionen Euro für das sogenannte humanitäre Minen- und Kampfmittelräumen zur Verfügung gestellt. Die Gelder flossen vor allem in den Irak, nach Afghanistan, Somalia, Bosnien-Herzegowina, Kolumbien, Kambodscha und Myanmar. Bei diesen Maßnahmen geht es laut Bundesregierung vor allem darum, „kritische Infrastruktur“ wie Krankenhäuser, Wasser- und Stromversorgung, Schulen und Verwaltung möglichst umgehend nach Beendigung der Kampfhandlungen von Sprengfallen und improvisierten Landminen zu befreien. Im Rahmen des humanitären Minen- und Kampfmittelräumens würden dagegen keine Maßnahmen von privatwirtschaftlichen Minenräumorganisationen gefördert. Allerdings wurden in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt zehn Millionen Euro für die Minen- und Sprengfallenräumung in der irakischen Stadt Ramadi durch das US-Privatunternehmen Janus Global Operation bereitgestellt. Dies sei erforderlich gewesen, weil humanitäre Minenräum-Organisationen aufgrund andauernder Kampfhandlungen und der damit einhergehenden unbeständigen Sicherheitslage noch nicht tätig werden konnten.

J.H.

Mehr Deutsch in der EU

Dortmund – Deutsch, sollte in der EU zukünftig eine größere Rolle spielen, fordert der „Verein Deutsche Sprache“. Die organisierten Sprachschützer, zu denen unter anderem der TV-Moderator Peter Hahne, Komödiant Jürgen von der Lippe und Schauspieler Dieter Hallervorden gehören, in einer Presseerklärung: „Wir sehen den bevorstehenden Brexit als eine Gelegenheit, der Vorherrschaft des Englischen entgegenzuwirken.“ Deutsch sei jetzt mit rund 20 Prozent die am weitesten verbreitete Muttersprache in der EU. Vor allem in der Außerparlamentarischen Institution solle das Englische weniger stark hervorgehoben werden.

FH

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

☐ Ich lese 4 Wochen kostenlos zur Probe (endet automatisch) und erhalte als Geschenk „20 Große Preußen“.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Email: _____

Geburtsdatum: _____

Einfach anrufen oder absenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51

vertrieb@preussische-allgemeine.de
www.preussische-allgemeine.de

**Kritisch, konstruktiv,
Klartext für Deutschland.**

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit unser spezielles Geschenk!

20 Große Preußen

*Als Dank für Ihr Interesse an einem Probe-Abo der PAZ, schenken wir Ihnen diese einzigartige Sammlung von Lebensgeschichten bedeutender Preußen. (endet automatisch)

Unser Geschenk für ein Probeabo: Die Lebensgeschichte 20 großer Preußen.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Jetzt 4 Wochen lang kostenlos die PAZ testen!*

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Zeitzeugen



Daniela Hunold – Im Interview mit der Tageszeitung „Taz“ rügte die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster sowie Expertin für Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention das Verhalten der Sicherheitskräfte in Köln während der Silvesternacht 2016/17: Zwar habe man Straftaten wie im Jahr zuvor verhindert, aber nur um den Preis der Diskriminierung von Nordafrikanern durch eine Verfolgung aufgrund rein äußerlicher Kriterien (Racial Profiling).

Navanethem Pillay – In ihrer Eigenschaft als Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte forderte die südafrikanische Juristin die Bundesrepublik wiederholt auf, jedwede „rassische Diskriminierung“ zu unterlassen. Unterstützung erhielt sie dabei von dem UN-Sonderberichterstatter für Rassismus, Githu Muigai, aus Kenia. Der kritisierte insbesondere rassistisches und religiöses Profiling zuungunsten von Arabern, Afrikanern und Muslimen.



Beate Rudolf – Für die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) in Berlin steht fest, dass die „rassistischen Personenkontrollen durch die Bundespolizei“ gemäß Paragraf 22 des Bundespolizeigesetzes unbedingt abgeschafft gehören. Denn die Beamten dürften „völlig frei und ‚aus dem Bauch heraus‘ handeln“, was gegen das Grundgesetz und „internationale Menschenrechtsverträge“ verstoße.

Alan Posener – Der deutsch-britische Journalist jüdischer Abstammung veröffentlichte im Januar 2017 einen Artikel in der „Welt“ mit dem Titel „Ja zu ‚Racial Profiling‘ – es kann Leben retten“. Darin beschrieb er die Gefahren „diskriminierungsfreier“ Vorgehensweisen der Polizei.



Ariel Merari – „Es wäre närrisch, kein gezieltes Profiling zu betreiben, wenn feststeht, dass die meisten Terroristen einer bestimmten ethnischen und altersmäßigen Gruppe angehören ... Terroristen sind definitiv eher junge Muslime als alte Holocaust-Überlebende“, sagte der emeritierte Professor für Psychologie an der Universität Tel Aviv anlässlich der Proteste von Menschenrechtsaktivisten gegen das Predictive Profiling in Israel.

Polizeikontrolle nach äußeren Merkmalen: Notwendig oder diskriminierend?

Die verdächtige Farbe

Wenn die Polizei Gruppen junger Männer kontrolliert, filmt und mit Hunden oder Pferden durch die Stadt eskortiert, ohne dass irgendeine Straftat vorliegt, stört dies hierzulande niemanden – weil es sich um deutsche Fußballfans handelt. Anders hingegen die Reaktionen bei Maßnahmen wie Razzien im Drogenmilieu, wo die Dealer oftmals Schwarze oder Nordafrikaner sind. Dann erheben Menschenrechtsaktivisten gerne den Vorwurf, hier werde „Ethnic“ oder „Racial Profiling“ betrieben und damit diskriminiert.

Dies ist die Bezeichnung für eine polizeiliche Methode oder Strategie, bei der Personen aufgrund von Kriterien wie Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Religion und nationaler Herkunft unabhängig von konkreten aktuellen Handlungen als verdächtig eingestuft werden, was dann Kontrollen, Beobachtungen oder Befragungen nach sich zieht. Besonders häufig kommt das Ethnic

Profiling – obwohl man diesen Begriff im offiziellen Sprachgebrauch tunlichst vermeidet – bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des islamischen Terrorismus zum Einsatz. Genau deshalb kritisieren Menschenrechtsorganisationen vom Schläge des Europäischen Netzwerkes gegen Rassismus (ENAR) diese Art der Polizeiarbeit mit äußerster Vehemenz: Sie verstärke Vorurteile und „rassistische Tendenzen in der Mehrheitsbevölkerung“. Außerdem liege ein Verstoß gegen das grundgesetzlich verankerte Verbot der Ungleichbehandlung sowie diverse internationale Abmachungen vor – zuvörderst zu nennen die Anti-Rassismus-Konvention (ICERD) und der Zivilpakt der UN über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR). Daran ändere auch die scheinbare Legitimierung der „diskriminierenden“ Behandlung

bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen durch Vorschriften wie den Paragraphen 22 des Bundespolizeigesetzes nichts.

Verblüffen muss hierbei, dass die Betroffenen selbst das Problem offenbar als eher gering einschätzen: So vermeldete die Bundespolizei vor einiger Zeit, bei 16 Millionen „lageabhängigen Befragungen und Kontrollen“ habe es nur 113 Beschwerden wegen angeblicher rassistischer oder religiöser Diskriminierung gegeben. Das entspreche einem Anteil von 0,0007 Prozent.

Schwerer wiegt hingegen der Vorwurf, Ethnic oder Racial Profiling sei ineffektiv. Denn das ist in der Tat nicht ganz von der Hand zu weisen. Natürlich werden keineswegs alle Straftäter oder Terroristen aus der Masse herausgefischt, wenn die Sicherheitskräfte nur nach äußerlichen Merkmalen wie Hautfarbe, Barttracht und

Betroffene beschweren sich äußerst selten



Bild: Imago

Diskriminierend oder hilfreich? Polizeikontrolle von Farbigen

Von Israel lernen

Hätte die Tat vom 11. September 2001 verhindert werden können?

Am 30. Mai 1972 verübten drei Mitglieder der links-extremistischen Japanischen Roten Armee im Auftrag der Terrororganisation Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) einen Anschlag auf den internationalen Flughafen von Tel Aviv. Dabei starben 26 Menschen, darunter auch Aharon Katzir, der Bruder des späteren Staatspräsidenten Ephraim Katzir.

Die Attentäter Kozo Okamoto, Tsuyoshi Okudaira und Yasuyuki Yasuda waren mit ihren Geigenkästen, in denen sich abgesägte tschechische Sturmgewehre befanden, durch sämtliche Sicherheitskontrollen spaziert. Keiner der Wachleute vor Ort hatte die so gar nicht arabisch aussehenden „Musiker“ als gefährlich eingeschätzt.

Das war die Geburtsstunde des israelischen „Predictive Profiling“, in dessen Rahmen sowohl

auf die rassistische und ethnische Herkunft verdächtiger Personen als auch deren konkretes Verhalten geschaut wird. Hierbei kommen Erkenntnisse zum Tragen, die man aus der Analyse weiterer Anschläge sowie psychologischen

Der Kontrolleur missachtete seinen Instinkt

Untersuchungen von überlebenden Attentätern gewonnen hat.

Obwohl diese Form des Profiling keinesfalls nur Araber zum Beobachtungsobjekt macht, opponieren Menschenrechtler wie der frühere Knesset-Abgeordnete Hanna Swaid dagegen. Damit stoßen sie in Israel freilich auf wenig Gehör. Immerhin konnten durch

die neuen Methoden bereits unzählige Menschenleben gerettet werden.

Hätte man das Predictive Profiling auch schon 2001 in den USA angewandt, wären zwei der wichtigsten Attentäter des 11. September, nämlich Mohammed Atta und Abdulaziz al-Omari, noch vor ihrem Einstieg in die Zubringermaschine nach Boston aufgefliegen. Wie der am Ticketschalter in Portland tätige Michael Tuohey später zu Protokoll gab, seien ihm die Physiognomien der beiden Araber und ihr Verhalten sofort verdächtig vorgekommen. Doch am Ende entschied sich Tuohey dafür, seine Instinkte zu ignorieren. Vielleicht weil Präsident George W. Bush sieben Monate zuvor im Kongress gefordert hatte, Personenkontrollen aufgrund von ethnischen Merkmalen zu unterlassen. W.K.

Die »Heilige Kuh« Gleichheit

Weil sich ein 24-jähriger deutscher Student mit schwarzer Hautfarbe durch die routinemäßige Ausweiskontrolle der Bundespolizei im Regionalexpress von Kassel nach Frankfurt diskriminiert fühlte, zog er 2012 vor das Verwaltungsgericht in Koblenz. Das freilich wies die Klage ab: Die Beamten hätten in Ausführung ihrer Aufgaben korrekt gehandelt, und der Eingriff in die Rechte des Studenten sei zudem „in Art und Intensität denkbar gering“ gewesen.

Allerdings kassierte die Berufungsinstanz, das Oberverwaltungsgericht von Rheinland-Pfalz, das Urteil wenige Monate später wieder ein und bezeichnete die Kontrolle als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot laut Artikel 3 des Grundgesetzes. Deshalb urteilten die Richter in Koblenz zwei Jahre später in einem ähnlichen Fall dann gleich im Interesse der Kläger. Seither ist die Polizei bemüht, bei Kontrollen von „südländisch“ aussehenden Personen sicherheitshalber immer auch Gründe anzugeben, die nichts mit dem Erschei-

Besondere Rücksicht auf Moslems

nungsbild des Betroffenen zu tun haben.

Eine weitere richtungsweisen- de Entscheidung fällte der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes am 4. April 2006 zu präventiven polizeilichen Rasterfahndungen bei allgemeinen terroristischen Bedrohungslagen. Die seien unzulässig, wenn „sie sich gegen Ausländer bestimmter Herkunft und muslimischen Glaubens richten“, weil damit „stets auch das Risiko verbunden ist, Vorurteile zu reproduzieren und diese Bevölkerungsgruppen in der öffentlichen Wahrnehmung zu stigmatisieren“.

Die Konsequenz hieraus ist eine enorme Ressourcenverschwendung bei den Sicherheitsorganen unseres Landes. Denn die müssen nun gezwungenermaßen ineffektiv agieren und deutlich größere Personenkreise unter die Lupe nehmen, als von der Sache her geboten. Oder anders ausgedrückt: Wir leben heutzutage unnötig gefährlich, damit nur ja die Heilige Kuh „Gleichheit“ nicht geschlachtet werden muss. W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland

13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Polen-Reise geriet zum Desaster

Muslimische Schülerinnen fuhren mit Kopftuch ins Nachbarland – offenbar keine gute Idee



„Angriffe richteten sich klar gegen Schülerinnen mit Kopftuch“: Schulklass in Berlin

Bild: Imago

Die Gruppenreise von Berliner Schülern ins benachbarte Polen geriet zum Spießbrutenlauf. Etliche der weiblichen Schüler sind Musliminnen, die Kopftuch tragen. Diese Tracht löste bei den polnischen Gastgebern zum Teil heftige Reaktionen aus.

20 Schüler der Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in Berlin-Moabit haben auf einer Reise nach Polen ihren Berichten zufolge schroffe Ablehnung erfahren. Lehrerin Sabeth Schmidthals berichtet: „Die Angriffe richteten sich ganz klar gegen die Schülerinnen mit Kopftuch.“ Tatsächlich haben fast alle Teilnehmer der Reise ausländische Wurzeln. Die Lehrerin klagt über „rassistische Angriffe“ in Lodz, Krakau, Lublin und Warschau gleichermaßen.

Die Reise sollte sich auch mit dem Holocaust beschäftigen, daher war ein Besuch in einem jüdischen Gotteshaus vorgesehen. Aber in die Synagoge von Lublin wurden die erkennbar einer islamischen Kleiderordnung zuneigenden Besucherinnen nicht einmal hereingelassen. Sicherheitsbedenken seien hierfür ausschlaggebend, hieß es von den Verantwortlichen. Vor knapp einem halben Jahr erregte die polnische Öffent-

lichkeit sich sehr über den Mord eines islamischen Attentäters an einem polnischen Lastwagenfahrer, dessen Fahrzeug der Attentäter Anis Amri später als Tatwaffe für das Massaker auf dem Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche missbrauchte.

Eine Schülerin beklagte, ein Kioskbetreiber habe ihr kein Wasser verkaufen wollen. In verschiedenen Geschäften seien die Mädchen nicht bedient worden. Man verkaufe nur an Polen, sei ihnen erklärt worden. Eine andere kopftuchtragende Muslimin wurde aufgefordert, einen Laden zu verlassen, weil sie zu laut telefoniert habe. Andere Kunden hätten sich davon gestört gefühlt, hieß es zur Begründung des Rauswurfs.

Seydanur Kiliç erzählt, sie und ihre Freundin hätten sich in einem Schnellrestaurant an einen Tisch gesetzt. Daraufhin hätten andere Gäste den Tisch verlassen. Andere hätten sie sogar mit Essensresten beworfen. Eine andere Schülerin mit Kopftuch sei mit brennenden Zigaretten beworfen worden. Eine weitere Schülerin berichtet, sie sei in Warschau im Ho-

tel und in einem Einkaufszentrum beleidigt und bedroht worden.

Die 18-jährige Damla behauptet, ein Mann in der Altstadt von Lublin habe ihr ins Gesicht gespuckt. Die Polizei sei nicht eingeschritten. Die polnische Polizei stellte den Vorgang, der sich am 21. Juni zugetragen haben soll, jedoch anders dar. Der Mann habe das orientalisch aussehende Mädchen gar nicht bespuckt, sondern „ganz normal“ auf die Straße gespuckt. Doch das Mädchen habe offenbar geglaubt, dies hätte ihr gegolten.

Kopftuchträgerin Kiliç im Radio: „Wir haben auch ein Grinsen in den Gesichtern der Polizisten gesehen, und ein Pole hat uns erklärt, dass uns die Polizisten nicht helfen wollten.“ Die Polizei hingegen stellte fest, dass man Kiliç' Beschwerde nicht aufgenommen habe, weil sie nicht Polnisch sprechen konnte. Isra (auch mit Kopftuch): „Mit so viel Hass haben wir nicht gerechnet.“

M. K., ein erfolgreicher Rechtsanwalt und Geschäftsmann aus Stettin, der seinen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will, erklärt das abweisende Verhalten seiner Landsleute so:

In die Synagoge ließ man die Mädchen gar nicht erst herein

Prüfer rügen Verschwendung

Berliner Rechnungshof kritisiert Finanzgebaren des Senats scharf

Berlins Landesrechnungshof übt in seinem Jahresbericht in einer Reihe von Punkten Kritik am Senat. Die Präsidentin des Rechnungshofs, Marion Claßen-Beblo, machte bei der Vorlage des Berichts unter anderem darauf aufmerksam, dass sich der rot-rot-grüne Senat im Bundesvergleich die größte Anzahl von Staatssekretären leiste. Mit den mittlerweile elf Senatsmitgliedern und 25 Staatssekretären gehe eine aufgeblähte Führungsetage einher, die sich in diesem Ausmaß sonst nur Baden-Württemberg erlaube.

Laut den Rechnungsprüfern steigen die Kosten für die Leitungsbereiche beim Senat von bislang rund 7,5 Millionen Euro auf rund zehn Millionen im Jahr. Sie bemängeln ebenso die Personalpolitik für die Berliner Verwaltung. Laut Claßen-Beblo verfährt der Senat nach dem Motto „viel hilft auch viel“ und stopft mehr Personal in die Behörden. Nötig

sei stattdessen, zunächst den genauen Bedarf festzustellen und auch Verwaltungsabläufe zu verändern.

Der Rechnungshof weist auch bei Bauprojekten auf fehlende Planung hin. Untersucht haben die Prüfer Bauausgaben in Lich-

Der Sinn diverser Ausgaben werde kaum untersucht

tenberg, Pankow, Reinickendorf und Treptow-Köpenick. Dabei stellten sie fest, dass sich für den Zeitraum 2008 bis 2015 für 80 Prozent der Maßnahmen im Hoch-, Tief- und Landschaftsbau in den Bezirkshaushalten gar keine Bauplanungsunterlagen finden lassen. Die Folgen sind Verzögerungen beim Baubeginn, längere Bauzeiten und höhere Kosten. Auch stört es die Rechnungsprü-

fer, dass der Senat staatliche Aufgaben zunehmend auf landeseigene Unternehmen überträgt. Da diese Unternehmen selbst Kredite aufnehmen dürfen, wachsen aus Sicht des Rechnungshofs die finanziellen Risiken für das Land. Gleichzeitig werde die parlamentarische Kontrolle schwieriger.

Berlin ist insgesamt mit 59,4 Milliarden Euro verschuldet. Im Jahr 2016 hat das Land in seinem Haushalt allerdings einen so nicht erwarteten Überschuss von 1,25 Milliarden Euro ausgewiesen. In den Schuldenabbau sind im vergangenen Jahr allerdings nur rund 100 Millionen Euro geflossen. Aus Sicht der Rechnungsprüfer hätte der Senat die Hälfte der Haushaltsüberschüsse für den Abbau von Schulden verwenden sollen, also mehr als das Sechsfache. Sie empfehlen, in der Berliner Verfassung oder zumindest in einem Landesgesetz eine sogenannte Schuldenbremse festzuschreiben. N.H.

»Misslich«

Nach Party: Berliner Polizisten unter Feuer

Etwa 220 von 500 Berliner Polizisten, die anlässlich der erwarteten linksextremen Ausschreitungen des G20-Gipfels nach Hamburg verlegt worden waren, haben in ihrer Freizeit auf einem Kasernengelände in Bad Segeberg eine lautstarke Party gefeiert. Die Hamburger Polizeiführung nahm dies zum Anlass, auf die Hilfe dieser Kollegen beim G20-Gipfel zu verzichten.

Ein Sprecher der Hamburger Polizei erklärte, die Berliner Beamten hätten ein „unangemessenes und inakzeptables Verhalten“ gezeigt. Der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt fand, das Verhalten sei „misslich und grenzüberschreitend“ gewesen. Es ist von öffentlichem Geschlechtsverkehr, Urinieren an einen Zaun und anderen Peinlichkeiten die Rede.

In einem Chatverlauf von Berliner Polizisten, der öffentlich ge-

worden ist, ist die Rede von „Tanzen auf Containern, Fickerei, strippen mit Waffen, pissen im Zugverband“. Es habe zudem „Differenzen“ mit in der Nähe einquartierten Polizisten aus Wuppertal gegeben.

Kandt will die Vorgänge umfassend aufklären: „Fakt ist, es ist ge-
feiert worden, zu laut, und es ist gegen den Zaun gepinkelt worden. Alles andere ist offen“, so

Kandt. Linkspartei-Politiker Hakan Tas forderte, nun müsse die Auflösung einzelner Hundertschaften geprüft werden. Die Hauptstadt-AfD spricht dagegen von einer „Hexenjagd“ auf die Berliner Bereitschaftspolizisten.

Kandt verwies darauf, dass die Berliner Polizisten 2016 mehr als 30 Unterstützungseinsätze in anderen Bundesländern geleistet hätten und dafür Dank und Anerkennung erhalten hätten. T.M.

»Es wurde gefeiert, alles andere ist offen«

Steinmeier für Garnisonkirche

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Schirmherrschaft über den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche übernommen. Linkspartei und linksextreme Kreise haben immer wieder versucht, den Wiederaufbau des Gotteshauses zu verhindern. Die Kirche war von alliierten Bombern schwer beschädigt worden. Die SED-Machthaber befahlen 1968 die Sprengung, obwohl bereits Wiederaufbaumaßnahmen begonnen hatten. Das Gotteshaus war 1730 bis 1735 durch König Friedrich Wilhelm I. gestiftet worden. Es galt bis zu seiner Vernichtung als ein Hauptwerk der barocken Architektur im nördlichen Mitteleuropa. Kritiker führen gegen das Gebäude an, dass Adolf Hitler dort nach seiner Machtergreifung den „Tag von Potsdam“ gefeiert habe. Steinmeier hält dem entgegen, dass die künftigen Besucher „Lehren aus einer wechselvollen Geschichte ziehen können, um für die Zukunft eines friedlichen und gerechten Europas einzutreten“. H.L.

»Revolution« in Saudi-Arabien

Mit einem Dekret hat der saudische König Salman seinen 31 Jahre alten Sohn Mohammed bin Salman zum Ersten Kronprinzen gemacht. Damit wird die saudische Monarchie zum ersten Mal seit über 50 Jahren eine ganz normale Monarchie, in der die Macht bei dessen Tod vom Vater auf den Sohn übergeht. Zur Verfassung des Königreichs Saudi-Arabien gehörte bislang, dass nur einer der 53 Söhne des 1953 verstorbenen Dynastiegründers Abdul Aziz Ibn Saud König werden kann. Da die meisten von ihnen mittlerweile gestorben oder über 75 Jahre alt sind, war die Übergabe der Krone an ein Mitglied der Enkelgeneration eigentlich zu erwarten. Nur, wer es jetzt wurde, lässt doch aufhorchen. Mohammad bin Salman, „MBS“ genannt, ist der Lieblingssohn des derzeitigen Königs. Er



Mohammed bin Salman Bild: pa

war auch bisher Verteidigungsminister und der eigentliche starke Mann in Saudi-Arabien, weil sein Vater, als er vor zwei Jahren den Thron bestieg, schon kränklich war und nur als Übergangskönig gehandelt wurde. Man hatte sich in den letzten Jahren daran gewöhnt, dass es alle zwei bis drei Jahre einen neuen saudischen König geben wird angesichts des fortgeschrittenen Alters der Kronprinzen. Mit MBS wird ein König die Bühne betreten, der zu einer neuen, selbstbewussten und machtbewussten Generation gehört, welche für Jahrzehnte die Geschicke des ölreichsten Staates der Erde bestimmen könnte. Er hat zwar moderne Ansichten, ist aber alles andere als ein Reformier. Mit ihm dürfte Saudi-Arabien danach drängen, zur Führungsmacht der Araber zu werden. *J.H.*

Ersatz für Rakka und Mossul

Der Islamische Staat versucht sich auf den Philippinen einzunisten

Ihre beiden Hochburgen Rakka in Syrien und Mossul im Irak sind noch nicht gefallen, aber die Terroristen des Islamischen Staates planen in ihren Basisländern des Nahen Ostens bereits für die Zeit nach ihrer endgültigen Niederlage. Von daher ist bereits seit Monaten ein intensivierter Dschihad-Tourismus weg aus dem Nahen Osten festzustellen.

An vorderster Front der internationalen islamischen Terroristen befinden sich einmal mehr die spätbekehrten Tschetschenen, die von einem zum anderen Dschihad-Schlachtfeld wechseln, um endlich von den Glaubensgenossen als vollwertige Muslime anerkannt zu werden. In Libyen konnte sich der Islamische Staat nicht wirklich festsetzen, weil ihnen dort andere Milizen in die Quere gekommen sind, die – nicht minder islamisch – das Feld nicht räumen wollten.

Auf den Philippinen ist der Islam traditionell auf den südlichen Inseln, die an Indonesien grenzen, am stärksten verwurzelt. Hier gibt es seit Jahrzehnten eine islamische Separatistenbewegung, der Moro Tiger, die eigentlich nur eine Autonomie für ihre Inselgruppe innerhalb der Philippinen auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Nun hat der Islamische Staat die Forderungen der Moros islami-

siert und damit radikalisiert. Die Separatistenbewegung der Moros hatte sich schon vor Jahren in verschiedene Gruppen gespalten, vier dieser Gruppen haben jetzt dem Islamischen Staat die Treue geschworen und die Flaggen ihrer Unabhängigkeitsbewegung durch die schwarzen Flaggen des Islamischen Staates ersetzt. Die radikalste und bekannteste ist die Gruppe Abou Sayyaf, die schon seit vielen Jahren mit Entführungen westlicher Geiseln auf sich aufmerksam macht.

Radikalisierung der muslimischen Minderheit im Süden

Ziel des ersten Großangriffs dieser Sympathisanten des Islamischen Staates auf den Philippinen ist die Stadt Marawi auf Mindanao gewesen. Sie liegt genau an der Grenze zwischen dem mehrheitlich muslimischen und dem mehrheitlich christlichen Gebiet. Für ersteres hatte ein gescheiterter Friedensvertrag von 2010 eigentlich weitgehend Autonomie vorgesehen. Am 23. Mai überfielen 100 Terroristen diese Stadt von 200.000 Einwohnern und nahmen Tausende von Geiseln, darunter

denfalls bis zum heutigen Tage den Sturz Assads verhindert und somit einen langangelegten Plan der USA durchkreuzt. Da diese aber von ihrem Vorhaben nicht abschwören, lassen sich Weiterungen nicht verhindern. Es war nämlich kein Zufall, dass die USA den syrischen Jet im Raum Rakka abgeschossen haben. Denn dort wollen sie eine Militärbasis errichten. Ein Vertrag mit den ortsansässigen Kurden scheint bereits unterzeichnet zu sein. Es geht um



Beide Staaten liegen zwischen dem South-Pars-Gasfeld im Persischen Golf und der Türkei: Syrien (orange) und der Irak (grün)

Bild: Izzedine / CF

den früher stark beschädigten Flugplatz Tabqa, den die USA bereits im März in Besitz genommen und seither wieder aufgebaut haben.

Der geostrategische Hintergrund: Neben kurdischen Einheiten sind im Raum Rakka auch For-

mationen der Assad feindlich gesonnenen „Demokratischen Kräfte Syriens“ konzentriert, was den Flughafen Tabqa für die USA sehr wertvoll macht. Denn von dort aus

»Die Amerikaner prüfen mit allem Ernst Varianten eines realen Konflikts mit Russland in Syrien«

könnten sie zusammen mit ihren Verbündeten der Regierung den Zugang zu den nördlichen Ölfeldern und zu den vom IS kontrollierten Gebieten abschneiden. Der

gen, dass die Kurden ihren Plan zu verwirklichen suchen, endlich einen eigenen Staat zu gründen. Dieser würde indes an die türkischen Kurdengebiete grenzen, was Ankara nicht hinnähme. Vielmehr wäre eine weitere Front eröffnet, von dem Zerwürfnis zwischen den Nato-Partnern USA

und Türkei ganz zu schweigen. Bei einer endgültigen Ausführung dieses strategischen Zuges wäre eine Teilung Syriens in greifbare Nähe gerückt, was für die

lichkeit bieten, die bewusste Pipeline doch noch zu bauen. Da sich die USA mit Waffenlieferungen generös zeigen, dürfte es hinsichtlich einer Baugenehmigung für sowohl die Militärbasis als auch die Gasleitung keinerlei Schwierigkeiten geben.

Es ist allein Moskau, das dem Treiben der USA in der Levante Grenzen setzt. Das russische Verteidigungsministerium ließ verlauten: „Wiederholte Kampfhandlungen der US-Luftwaffe unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung gegen die gesetzlich erlaubten Streitkräfte eines Landes, das Mitglied der Vereinten Nationen ist, sind eine massive Verletzung des Völkerrechts und de facto eine militärische Aggression gegen die Arabische Republik Syrien.“

Nun ist zwar Geduld eine russische Tugend, aber man sollte sie nicht in einer gewissen „time is money“-Mentalität mit Dummheit verwechseln. Eine erste Maßnahme des russischen Militärs in Syrien ist es, überall dort, wo die eigenen Kampfflugzeuge operieren, also im Gebiet westlich des Euphrat, alle Flugzeuge und Drohnen anderer Mächte von Einheiten der russischen Flugabwehr zu begleiten. Sollten US-Jets in solche Gebiete eindringen und sich provokant verhalten, dann, so die russischen Verantwortlichen, würden sie abgeschossen. Auf russischer Seite mutmaßt man indessen: „Die Amerikaner fürchten die russischen Luft- und Weltraumkräfte und prüfen zugleich mit allem Ernst Varianten eines realen Konflikts mit Russland in Syrien.“

Hellwach sind auch die Iraner. Kurz nach dem Abschuss des syrischen Jets schoss das iranische Militär eine Reihe von Raketen auf IS-Ziele in Syrien ab. Das diene nicht nur dazu, dem Islamischen Staat Schaden zuzufügen und die Entschlossenheit Teherans zu unterstreichen, sondern auch als Rache für den kurz zuvor erfolgten Anschlag auf das Parlament in Teheran. *Florian Stumfall*

»Dschungel« fordert Tote

Aggressiver als je zuvor kehren die Immigranten nach Calais zurück

Calais ist schon wieder das Ziel vieler Immigranten. Seit einigen Wochen versuchen sie, von der nordfranzösischen Hafenstadt aus wieder verstärkt als blinde Passagiere nach England zu gelangen. Die neuen Zuwanderer sind aggressiver als die ehemaligen Bewohner, des damals „Dschungel“ genannten Asylsuchercamps. Nun kam es erstmals zu einem Töten, als ein polnischer Kleinlaster auf eine von Migranten errichtete Blockade prallte.

Mit Baumstämmen, die quer über die Fahrspur der Autobahn gelegt werden, versuchen die Immigranten Lastwagen zum Bremsen zu zwingen, um sich dann unbemerkt Zutritt zum Fahrzeug zu verschaffen. Es soll sie durch den Ärmelkanaltunnel nach England bringen. Auch auf der Zufahrt zum Hafen von Calais und zum Gelände des Tunnelbetreibers Eurotunnel kam es zu Zwischenfällen. Nach Angaben des französischen Transportverbandes TLF Hauts-de-France wurden mehrere Lkw durch Steinwürfe von rund 300 Menschen beschädigt. Ein Fahrer wurde verletzt.

Es handelte sich um die ersten Vorfälle dieser Art seit französischen Sicherheitskräfte im Herbst letzten Jahren den „Dschungel“

bei Calais mit bis zu 10.000 wild campierenden Immigranten nach 18 Jahren aufgelöst hatten. Überraschend kommen sie allerdings nicht: Die Räumung des Lagers galt eher als Wahlkampfmasche des damals um sein Mandat kämpfenden Präsidenten François Hollande, als dass sie eine wirkliche Lösung des Immigrantenproblems darstellte.

Die Menschen wurden damals in Aufnahmелagern in ganz Frankreich untergebracht. Sie sollten, wenn möglich, Asyl in

Die Räumung des Lagers war eine Wahlkampfmasche

Frankreich beantragen, anstatt auf ein neues Leben in England zu setzen. Doch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft jenseits des Ärmelkanals scheint immer noch zu verlockend. Monate später ist die Lebenssituation derer, die in Calais ausharren, schlimmer als zu Zeiten des „Dschungels“. Jetzt sind zwischen 350 und 700 Flüchtlinge zurückgekommen. Sie hoffen erneut darauf, als blinde Passagiere nach England zu gelangen. Also halten sie sich in zum Teil

dicht bewaldeten und nur schwer zugänglichen Zonen in der Umgebung auf. Calais war für sie vor allem wieder attraktiv geworden, seit die lokalen Sozialverbände Anfang des Jahres damit begonnen haben, sie wieder mit Essen und Getränken zu versorgen. Die Stadt hatte versucht, dies zu verbieten, ist damit aber vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. Staatliche Hilfe gibt es nicht.

Für die Einwohner von Calais ist der jetzige Zustand schlimmer als zu Zeiten des „Dschungels“. Damals wussten sie wenigstens, wo sich die Immigranten aufhielten. Heute müssen sie überall in den Wäldern mit ihnen rechnen – eine verunsichernde Situation. Zumal die Zurückgekehrten weitaus aggressiver sind als die ehemaligen „Dschungel“bewohner. Ein Gefühl der Angst greift zunehmend um sich.

Der Front National hat davon profitiert. Er hat vier seiner acht Parlamentssitze im Juni im Departement Pas de Calais errungen, ein Mandat auch erstmals für die Parteichefin Marine Le Pen. Der Siegeszug von Emmanuel Macron bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen hatte das Thema Immigranten überdeckt, jetzt drängt es mit Gewalt wieder an die Oberfläche. *B.B.*

Italien rettet Banken

Eigentlich soll es so etwas nicht mehr geben, aber Rom bedient sich einer Ausnahmeregelung

Mit der EU-Bankenunion sollten Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler eigentlich der Vergangenheit angehören. In Italien springt der Staat bei der Abwicklung maroder Banken nun aber bereits zum zweiten Mal mit viel Geld ein.

Per Notdekret und im Eilverfahren über ein Wochenende hat die italienische Regierung eine Lösung für die beiden regionalen Geldhäuser Veneto Banca und Banca Popolare di Vicenza präsentiert. Beide Banken gehen für einen symbolischen Betrag an die Mailänder Großbank Intesa Sanpaolo. Die Intesa San Paolo übernimmt dabei allerdings nur die Kunden samt Einlagen und gesunden Aktiva. Die problematischen Hinterlassenschaften werden in eine sogenannte Bad Bank ausgelagert. Die Intesa San Paolo erhält für die Übernahme zudem 5,2 Milliarden Euro vom italienischen Staat. Rom übernimmt dazu auch noch für zwölf Milliarden Euro Garantien für die ausgelagerten faulen Kredite. Insgesamt engagiert sich der italienische Staat bei dieser Abwicklung mit über 17 Milliarden Euro. Geschont werden mit dieser Lösung Kunden und Gläubiger der beiden maroden Banken.

Erst vor wenigen Wochen war in Spanien eine andere Lösung vor-exerziert worden. Die Großbank Santander kaufte ebenfalls für einen symbolischen Euro die angeschlagene Banco Popular. Anders als bei der italienischen Lösung

mussten allerdings Aktionäre und Anleiheigentümer für die Verluste der Banko Popular gerade- stehen.

Italiens Finanzminister Pier Carlo Padoan hat in einem offenen Brief an die Tageszeitung „Il Foglio“ die Staatshilfen inzwischen verteidigt. „Wir haben nicht die Bankenunion getötet“, so der Minister, der versicherte, Rom habe im Einklang mit den EU-Regeln gehandelt.

Die italienische Regierung kann sich tatsächlich auf eine Sonder-

Italien greift nicht zum ersten Mal auf eine Ausnahmeregel der Bankenunion zurück. Schon zum Auffangen der angeschlagenen Bank Monte dei Paschi di Siena sind Milliarden Euro an Staatsgel-

Nutznießler waren die regionalen Geldhäuser Veneto Banca und Banca Popolare di Vicenza

dern bereitgestellt worden. Anders als bei den beiden Venoto-Banken wurde die Monte dei Paschi als systemrelevant eingestuft. Da die Europäische Zentralbank (EZB) die in der Toskana beheimatete Bank

November 2015 vier kleinere Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Schieflage geraten waren, erlitten Tausende italienische Anleger Verluste in Höhe von 360 Millionen Euro. Da zu den Betroffenen viele Kleinanleger zählten, baute sich in der Öffentlichkeit sei- nerzeit eine ge- reizte Stimmung gegen die italie- nische Regierung auf. Angesichts der für 2018 angesetzten Parla- mentswahlen will die in Rom am- tierende Mitte-links-Regierung offenbar das Aufleben einer der-

darauf aufmerksam, dass der neu- erliche staatliche Rettungseinsatz für angeschlagene Banken mög- licherweise auch wettbewerbsver- zerrend wirkt. Fragen in dieser Hinsicht sind bei den Anleihen- käufen der Europäischen Zentral- bank aufgekommen.

Die Zentralbank selbst hat un- längst Daten zu ihrem Kaufpro- gramm veröffentlicht. Interessant sind dabei insbesondere die Anga- ben zum Kauf von Unternehmens- anleihen, mit dem die EZB vor gut einem Jahr angefangen hat. Wie aus den veröffentlichten Daten hervorgeht, besitzt die Europäi- sche Zentralbank inzwischen elf

Prozent aller in Frage kommenden Unternehmensan- leihen. Auffällig ist dabei, dass 52 Prozent der ge- haltenen Unter- nehmenanleihen lediglich ein Ra- ting der Stufe „BBB“ aufweisen. Die EZB bewegt sich damit auf recht dünnem Eis: Die BBB-Einstu- fung genügt gera- de noch den eige- nen Kriterien, gleichzeitig stellen diese Papiere aber mehr als die Hälf- te des angekauften Bestandes an Un- ternehmensanlei- hen dar. Sollte sich die Wirt- schaftslage in der Eurozone ver- schlechtern, könn- ten sich diese Pa- piere für die EZB- Bilanz zu einem erheblichen Risiko entwickeln. Allerdings nicht nur das. Mit den Ankäufen drückt die EZB für große Konzerne ganz massiv die Finan- zierungskosten, mittelgroße und kleine Unternehmen bleiben dage- gen außen vor und müssen sich zu den üblichen Marktkonditionen fi- nanzieren. Norman Hanert



Als nicht systemrelevant eingestuft: Die Banca Popolare di Vicenza

regelung zur EU-Bankenunion berufen. Der zufolge ist bei ange- schlagenen Banken eine „Liqui- dationsbeihilfe“ erlaubt, um Stö- rungen in der regionalen Wirt- schaft zu vermeiden. Bedingung ist allerdings, dass die betroffene Bank als nicht systemrelevant ein- gestuft wird.

als grundsätzlich überlebensfähig bewertete, durfte der italienische Staat im Zuge einer „vorsorg- lichen“ Rekapitalisierung mit Steu- ergeldern einspringen.

Beobachter sehen hinter dem wiederholten Einspringen der ita- lienischen Regierung vor allem innenpolitische Motive. Als im

artigen Anti-Stimmung verhin- dern.

Anders sieht es bei der Außen- wirkung aus. Die Bewertungen reichten von „Nacht-und-Nebel- Aktion“ bei den Grünen bis hin zu Warnungen aus der CSU, die EU- Bankenunion liege im „Sterbebett“. Einige Beobachter machten zudem

Bild: pa

Geht das Duopol zu Ende?

Airbus und Boeing droht Konkurrenz auf dem Verkehrsjet-Markt

Das englische Wort „Dis- ruption“, zu Deutsch etwa „aufbrechen“, ist seit eini- gen Jahren ein magisches Wort in der schnelllebigen Welt der Hightechnologie-Gründungen. Gemeint ist damit die Art, wie frisch gegründete und digitale Technologien nutzende Unter- nehmen existierende Branchen aufbrechen und in weitgehend gesättigte Märkte einbrechen. Be- kannte Beispiele wären etwa Uber, eine Vermittlungsplattform für Taxis, oder Airbnb, das die klassische Hotelbranche angreift.

In der Luftfahrtbranche war von dieser Disruption bislang wenig zu spüren. Die Branche ist eher konservativ und geprägt von zahlreichen, technisch bedingten Regulierungen. Bei den Herstel- lern großer Verkehrsjets gibt es faktisch ein globales Duopol von Airbus und Boeing.

Aber mittlerweile scheint die Disruption auch die Welt der Luftfahrt erreicht zu haben. „In fünf Jahren werden 240 neue Luft- und Raumfahrtunterneh- men im Markt sein“, sagte Air- bus-Chef Thomas Enders vor Pressevertretern auf dem jüngst zu Ende gegangenen Aero Salon in Paris-Le Bourget. Diese neuen Unternehmen decken eine breite Palette von Produkten ab.

Da ist das britische Unterneh- men Boom Supersonic, das ein neues Überschallflugzeug ent- wickelt und in Le Bourget be- reits 76 Bestellungen einwerben konnte. Daneben gibt es junge Unternehmen, die kleine, dafür aber umweltfreundliche Flug- zeuge auf den Markt bringen. So arbeitet das bei München an- gesiedelte Unternehmen Lilium an einem elektrisch betriebenen Lufttaxi, das senkrecht startet und landet. Der Lilium Jet soll

Airbus-Chef Enders spricht von 240 neuen Unternehmen

große Flughäfen mit dem Stadt- zentrum verbinden. Volocopter arbeitet im Auftrag der Ver- kehrsbehörde von Dubai an ei- nem ebenfalls elektrisch betrie- benen Multikopter, einem Hub- schrauber mit acht kleinen Ro- toren. Beide Flugzeuge können autonom fliegen, sind aber auch so bedienerfreundlich ausgelegt, dass sie mit minimalen Kennt- nissen geflogen werden können. 2016 ging Hy4 aus Stuttgart mit dem ersten Brennstoffzellen- Flugzeug der Welt an den Start.

Hier ist das Ziel ein leichtes Re- gional-Verkehrsflugzeug.

Airbus selbst hat auf diese Herausforderung bereits rea- giert und fördert seit 2015 selbst sogenannte Start-Up-Unterneh- men. Im Mai 2015 gründete der Flugzeugbauer im französischen Toulouse seinen ersten so ge- nannten BizLab Aerospace Ac- celerator. Hier sollen Talente von außen und aus dem Unter- nehmen selbst an ihren Projek- ten arbeiten. Vier Monate später, im September 2015, folgte das Biz Lab in Hamburg. Inzwischen hat auch am Airbus-Standort Bangalore ein BizLab seine Tore geöffnet.

Allerdings müssen die großen Zwei Airbus und Boeing auch in ihrem ureigenen Markt Konkur- renz fürchten. Denn sie haben bislang das Marktsegment für Flugzeuge zwischen 100 und 150 Sitzen vernachlässigt. Dies- es Segment wird aber in den nächsten Jahren am stärksten wachsen. So erwartet der kana- dische Flugzeugbauer Bombardier in diesem Segment welt- weit einen Bedarf von um 7000 Flugzeugen in den nächsten bei- den Jahrzehnten. Bombardier bietet hier seit 2013 seine zwei- strahlige C-Serie an.

Friedrich List

Rohstofffresser E-Auto

Ressourcenbedarf eines »Bolt« und eines »Golf« im Vergleich

Wachsende Absatzzahlen bei Elektrofahrzeugen bringen nicht nur für die Autohersteller und die Zulie- ferindustrie gravierende Verände- rungen mit sich, sondern auch für den Rohstoffmarkt. Analytiker der UBS Global Research haben be- reits vor einiger Zeit am konkre- ten Beispiel eines Che- vrolet „Bolt“ den Ressour- cenbedarf von E-Autos untersucht. Das Fahr- zeug stuften die Forscher aufgrund der Reichweite von 380 Kilometern pro Akku-Ladung und dem Marktpreis als erstes E-Auto für den Massen- markt ein. Zum Ver- gleich herangezogen wurde ein VW „Golf“.

Im Detail wurden überraschende Erge- bnisse zutage gefördert. Demnach bringt der Chevrolet „Bolt“ trotz vergleich- barer Größe 22 Prozent mehr Ge- wicht auf die Waage als der „Golf“. Allein Materialien wie Nickel, Kobalt, Lithium, Mangan und Grafit, die in der Batterie des E-Autos enthalten sind, schlagen schon mit 140 Kilogramm zu Bu- che. Der Elektromotor des Chev- rolet „Bolt“ enthält wiederum ein gutes Kilogramm der sogenannten

Seltene-Erden-Metalle. Zudem wurden beim Bolt im Vergleich zu dem VW-Fahrzeug auch 70 Pro- zent mehr an Aluminium und so- gar 80 Prozent mehr Kupfer ver- baut.

Ganz erheblich ist der Lithium- Bedarf für die Batterien der E-Autos. So wird für das Modell S



Kein Sparfuchs: der Chevrolet „Bolt“ Bild: Mariordo/CF

des Herstellers Tesla ein Bedarf an Lithium angegeben, der für 10 000 Handy-Akkus ausreichen würde. An sich sind die Ressourcen vor- handen. Die US-Geologiebehörde USGS geht etwa von weltweit so großen Lithium-Vorkommen aus, dass bei der derzeitigen Förder- menge die Vorkommen noch für über 400 Jahre reichen. Für eine Übergangszeit könnte eine rasant

MELDUNGEN

Ab 10 000 Euro Ausweispflicht

Berlin – Kaum beachtet von der Öffentlichkeit gilt in Deutschland seit Anfang Juli eine neue Bargeld-Obergrenze. Wer Barzahlun- gen über 10 000 Euro tätigen will, muss sich nun mit seinem Perso- nalausweis oder Reisepass aus- weisen. So will es eine EU-Richt- linie, die in deutsches Recht über- nommen wurde. Bislang lag die Obergrenze bei 15 000. Geldwä- sche und die Finanzierung des Terrorismus sollen dadurch bekämpft werden. Experten bezwei- feln allerdings die Wirksamkeit. Vielmehr wird ein weiterer Schritt in die bargeldlose Gesell- schaft befürchtet. Die Kontrolle über die finanzielle Freiheit der Bürger könnte das Ziel sein. FH

»Blöde Formulierung«

Berlin – „Pöbelnde Arroganz“ und andere Vorwürfe erntete CDU-Ge- neralsekretär Peter Tauber mit ei- ner Kurznachricht. In Abgrenzung zum SPD-Wahlproramm hatte er getwittert: „Vollbeschäftigung ist besser als Gerechtigkeit“. Auf die Nachfrage eines Twitter-Nutzers – „Heißt das jetzt drei Minijobs für mich?“ – erwiderte Tauber: „Wenn Sie was ordentliches gelernt haben, brauchen Sie keine drei Minijobs.“ Tauber entschuldigte sich für die „blöde Formulierung“. FH

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.986.851.488.114 €

Vorwoche: 2.006.873.883.441 €

Verschuldung pro Kopf:

24.177 €

Vorwoche: 24.420 €

(Dienstag, 4. Juli 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

steigende Nachfrage dennoch ein Problem darstellen, das sich in steigenden Batteriepreisen niederschlägt. Die Erschließung ei- ner größeren Zahl neuer Förder- stätten wird nämlich erst einmal Investitionen und Zeit benötigen. Zudem werden für die Produk- tion von Lithium-Ionen-Batterien auch noch weitere Roh- stoffe wie Kobalt, Nickel und Mangan benötigt.

Auswirkungen auf den globalen Verbrauch sind ebenso bei Kupfer zu er- warten. Zum einen wird für Kabel und Motoren im Elektroauto selbst Kupfer benötigt, darüber hinaus aber auch für den nötigen Ausbau der Stromnetze.

Die chemische Indus- trie bereitet sich inzwi- schen schon ganz konkret auf eine wachsende Nach- frage nach Akkus für E-Autos vor. Der Chemiekonzern BASF hat unlängst angekündigt, in einem ersten Schritt bis zu 400 Millionen Euro in eine Pro- duktionsstätte für Materialien für Lithium-Ionen-Batterien in Euro- pa investieren zu wollen. Der DAX-Konzern will dabei mit dem russischen Bergbaukonzern Nor- rils Nickel als Rohstofflieferan- ten zusammenarbeiten. N.H.

Keine Preußen

Von Hans Heckel

Das Urteil ist hart: Die DDR, so der Philosoph Peter Sloterdijk im Interview mit dem „Spiegel“, habe „ganze Arbeit bei der Zerstörung des alten Preußentums geleistet“. Das, was mit Figuren wie Angela Merkel oder Joachim Gauck infolge der deutschen Vereinigung in die Politik der Republik getreten sei, habe mit Preußen oder dem preußischen Protestantismus gar nichts zu tun, so Sloterdijk. Jedenfalls, sofern man unter Preußentum den „Idealtypus des Über-ich-gesteuerten Pflichtmenschen“ verstehe.

Was politische Akteure wie Merkel eigentlich antreibt, darüber wird intensiv gestritten. Ist es reiner Opportunismus zum persönlichen Machterhalt oder steht doch ein politisches Ideal dahinter? Im Falle von Ersterem verbietet sich jeder Abgleich mit Preußen von selbst. Aber auch, wenn Merkel eine Idealistin sein sollte, verfehlte sie das, was unter Preußen verstanden wird, gründlich.

Merkel überlastet bei der Zuwanderungspolitik ihren eigenen Staat und dessen Volk über alle Maßen, ja, sie riskiert deren Zukunft, um dem vermeintlichen „Wohle der Menschheit“ zu dienen. Eine solche Überlastung aber hätten Preußens Führer trotz (besser: wegen) ihrer hohen moralischen Ansprüche konsequent vermieden.

Denn für welche Maxime steht Preußen? Wer heute von ihm spricht, meint jenen Staat, der aus den Trümmern des Dreißigjährigen Krieges erwachsen ist. Die Gewissheit ständiger existenzieller Bedrohung, vor allem aber das Bewusstsein, dass die eigenen Mittel eng begrenzt sind, prägten das Denken und Handeln im Land der Hohenzollern. Joachim Fernau nennt

sein 1981 erschienenes Buch über die Historie Preußens „Die Geschichte der armen Leute“.

Hochfliegende Ideen der Weltverbesserung waren diesen „armen Leuten“ von selbst fremd, sie konnten sie sich schlicht nicht leisten. So entwickelten sie das Geschick, auch durch und durch humanes Handeln streng nach seiner Machbarkeit und seinem praktischen Nutzen zu durchleuchten und entsprechend zu ordnen.

Flüchtlinge und Immigranten wurden einer genauen Prüfung unterzogen. Der Vater des „Alten Fritz“ schickte den Trecks der „Salzburger Exulanten“ Beamte entgegen, um die Menschen genau in Augenschein zu nehmen und etwaiges „liederliches Volk“ herauszusieben.

Er tat dies, weil er wusste, wie beenzt die Möglichkeiten seines Staates waren – aus Verantwortung, weil er seinem Volk keine unnötigen Lasten aufbürden wollte. So verband der König seine Barmherzigkeit für die verfolgten protestantischen Glaubensbrüder aus Salzburg mit dem Pflichtgefühl für seine eigenen Landeskinder.

Merkel dagegen zeigt sich dem Schicksal der eigenen Bürger gegenüber erschreckend kalt. „Dann ist dies nicht mein Land“, fuhr sie die Kritiker ihrer Grenzöffnungspolitik vor zwei Jahren an. Sie stellt dem eigenen Volk also Bedingungen dafür, dass sie sich ihm verbunden fühlt. Das ist das Gegenteil dessen, was Peter Sloterdijk den „Pflichtmenschen“ nennt, den er dem Preußentum zuordnet. Die Kanzerlin erwartet, dass sich Staat und Volk zum Instrument ihrer hochtrabenden Pläne machen lassen. Das Volk soll ihr und ihrer Politik dienen, nicht umgekehrt.

Steinmeiers Islam-Liebe

Von Hermann Paul Winter

Frank-Walter Steinmeier zeigt seit Jahren seine Nähe zum Islam. 2014 stellte er die palästinensisch-stämmige, strenggläubige Muslimin Sawsan Chebli als Sprecherin für sein Außenministerium ein. Ihren Einstand gab sie mit den Worten: „Ich bete, ich faste, ich trinke keinen Alkohol.“ 2015 feierte Steinmeier mit Muslimen öffentlichkeitswirksam das Fastenbrechen. 2016 warb er gar dafür, radikal-islamische Gruppen an den Syrien-Gesprächen zu beteiligen.

Seine ostentative Zuneigung zum Islam hat Steinmeier mit ins Bundespräsidialamt genommen. „Schön, dass der Ramadan Teil unseres Lebens ist“ und „Wir können uns zusammen freuen, miteinander leben und uns mit Respekt und Fürsorge begegnen“, verkündete er am 23. Juni zum Ende des diesjährigen Fastenmonats.

Der Ramadan, der wichtigste Monat für die Muslime, soll der spirituellen Einkehr dienen. Allerdings versanken auch 2017 während des Fastenmonats wieder Teile der islamischen Welt in blutiger Gewalt, gilt der Ramadan den Radikalen doch als besondere Zeit des Krieges und Märtyrertums.

Derweil beschert der Ramadan unserer Gesellschaft heftige Konflikte. Ein Ghanaer griff Anfang Juni in einem Essener Bus einen Mitfahrer mit dem Nothammer an. Seinen Ausbruch begründete er damit, dass er wegen des Ramadan lange nichts gegessen habe. Vor allem Schulen sind betroffen. Schüler haben Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren und Lei-

stungen zu erbringen. Das führt häufig zu Konflikten im Unterricht. Immer jüngere Kinder fasten, was ein Indiz für die zunehmende Radikalisierung ist. Selbst Grundschulen sind inzwischen betroffen. Der

Verband Bildung und Erziehung (VBE) zeigt sich besorgt und empfiehlt, in der Grundschule aufs Fasten zu verzichten.

An den Arbeitsplätzen entstehen ebenfalls Spannungen, etwa wenn muslimische Mitarbeiter während des Fastens leichtere Arbeiten verrichten dürfen oder Wunscharbeitszeiten bekommen, während sich bei den übrigen der Arbeitsdruck erhöht. Man muss sich fragen, ob Steinmeier keine Kenntnis von dieser Konfliktlage hat.

Bundespräsident umhegt diese Religion ostentativ



Hat die Gefahren des Islam offenbar verkannt: Frank-Walter Steinmeier mit einer syrischen Asylsucherfamilie in Berlin beim Fastenbrechen am Ende des Ramadan

Bild: Imago

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Au weia! Deutschland hat sich dermaßen in die Krise geritten, dass Auswege kaum zu finden sein dürften. Wir wollen in diesem Beitrag nur über ein Problem sprechen: die „Kinderkrise Deutschlands“. Seit den 60er Jahren kamen hier zu wenige Kinder auf die Welt. Deswegen rieten die UN schon 2001 an, spätestens ab 2015 die Grenzen aufzureißen und Millionen „Flüchtlinge“ aufzunehmen – man sprach von einem „Bevölkerungsaustausch“ beziehungsweise einem „Bevölkerungersatz“ (replacement migration). Damit die Wirtschaftskraft erhalten bliebe, hieß es. Wie wir wissen, ist dies umfassend geschehen, die Einwanderung dauert ungedrosselt an. Jetzt aber überschlagen sich die Meldungen: Babyboom in Deutschland! So schrieb die „Huffington Post“ kürzlich: „Deutschland erlebt einen fast historischen Babyboom. Vor allem in den Metropolen zeigt sich das überdeutlich.“ Demnach kamen in Berlin 2016 rund 25 Prozent mehr Babys zur Welt als 2006, in München stieg die Geburtenrate in diesem Zeitraum gar um 40 Prozent.

Nun ist es nicht schwer zu erraten, wer für diesen Babyboom sorgt, die Deutschen dürften dabei die geringste Rolle spielen. Der von den UN vorgeschlagene Bevölkerungsaustausch ist tatsächlich voll in Gang gekommen, in sehr kurzer Zeit, nämlich innerhalb eines Jahres! Was das für die künftige Zeit bedeutet, kann man sich an seinen zehn Fingern ausrechnen. Welche Spuren dies in zehn oder 20 Jahren hinterlässt, liegt erst recht auf der Hand. Einmal abgesehen von dem schmerzenden Abschied alter Kultur, der damit zwangsläufig einhergehen muss, wollen wir uns die Zahlen anschauen, die das Fundament kommen-

der Ereignisse bilden beziehungsweise dieses einreißen werden. Die Rechnung, die seit Jahren von Regierungsseite erstellt wird, ist eine klassische Milchmädchenrechnung, was man derzeit allerdings einfach nicht erkennen will, da das Ergebnis katastrophal ist.

Vorweg: Längst vorbei sind die Zeiten, wo wir die Nachteile der frühkindlichen Fremdbetreuung beklagen könnten, Nach-

teile in erster Linie für die aus den Familien herausgerissenen Kleinen und ihre gesamte Vita, Nachteile für die verstaatlichten Mamas und Papas, die ins Hamsterrad geschickt werden, verheerende Nachteile für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft. Nein, keine Zeit mehr dafür. Jetzt geht es nur noch um Zahlen. Und die sehen extrem düster aus. Durch den explodierenden Babyboom gibt es nun immer weniger Kitaplätze, auf die aber die allermeisten Eltern einen Rechtsanspruch haben. Viele klagen inzwischen vor Gericht. Hunderte-Meter-Schlangen von Eltern mit ihren Kleinen, die genervt auf einen Platz warten. Sie warten, um das Liebste und Wertvollste, ihre kleinen Kinder, so schnell wie möglich in fremde Hände zu geben. Ein absurdes Theater, wenn man vor allem weiß, wie mies die Zustände in der Mehrzahl aller Fremdbetreuungsein-

richtungen sind: Es fehlt an allen Ecken an Erzieherinnen. So berichtete welt-online kürzlich: „Um ihre Vorgaben zu erfüllen, beschäftigen viele Kitas Hilfskräfte und setzen Azubis anstelle von Erziehern ein. Das ist gefährlich, doch Kontrollen gibt es nur selten. Schuld ist ein Systemfehler.“ Wir reden übrigens von der für das gesamte Leben prägenden Phase der ersten drei Lebensjahre eines Menschen: Diese gefährliche Nachlässigkeit wird der Gesellschaft wie ein Bumerang ins Genick schlagen!

„Die öffentliche Hand steckt pro Jahr etwa 23 Milliarden Euro in den Kita-Sektor“, so der Bericht. Die Bundesregierung investiert jährlich mehr als zwei Milliarden Euro in den weiteren Ausbau, also weiter ansteigende Zahlen. Na, klar, ansteigende Zahlen, da vor gut einem Jahr durch die Auslösung der Massenzuwanderung ein erheblicher Babyboom in Deutschland entfacht wurde, der sich in Kürze erheblich multiplizieren wird. Denn die einwandernden Kulturen sind bekanntlich weitaus gebärfreudiger als die westliche, aussterbende Zivilisation. Wie schön, dass die Bundeskanzlerin ihr Wahlkampfprogramm mit weiteren Familienunterstützungsmaßnahmen schmückt. So soll das Kindergeld monatlich um 25 Euro steigen.

So, nun haben wir also immer mehr Kinder, immer höhere Ausgaben, immer weniger Erzieherinnen und noch weniger Kitaplätze: Derzeit fehlen über

300 000, Tendenz steigend. Gemeinden und Kommunen wie natürlich erst recht die Stadtkämmerer raufen sich verzweifelt die Haare: Wer soll das bewältigen? Von einer „Kita-Katastrophe“ ist längst die Rede. Gerade in den Großstädten boomen die Zahlen, hier sind indes die Lebenshaltungskosten für die üblicherweise schlecht bezahlten Erzieher so hoch, dass diese noch einen Zweitjob annehmen müssen, um über die Runden zu kommen. Bei dem ohnehin nervenaufreibenden Beruf kaum vorstellbar, außer der Zweitjob wird ins Schlaflabor verlegt. Die „Huffington Post“ schreibt: „Auf eine Handvoll freie Kitaplätze kommen in manchen Münchner Betreuungseinrichtungen deshalb mehr als 1000 Kleinkinder auf der Warteliste.“

Wie dilettantisch die deutsche Krippenpolitik seit Ende der 90er von Renate

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Schmidt, Ursula von der Leyen und Manuela Schwesig geplant wurde, zeigt – neben all den Verwerfungen – auch diese Aussage: „Ein weiterer Grund, warum Erzieher fehlen: Die Politik hat falsch geplant. Die Bundesregierung garantierte ab 2012 per Gesetz, dass jedes Kind unter drei Jahren einen Kitaplatz bekommt. Nicht bedacht hatte man aber anscheinend, dass der Betreuungsschlüssel für Kleinkinder viel höher ist als der für äl-

tere Kinder. Sprich: Für kleine Kinder sind mehr Betreuer nötig. Der Bedarf an Erziehern ist damit sprunghaft gestiegen.“ Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Herbst 2016 fehlen bundesweit mehr als 100 000 Erzieherinnen und Erzieher: „Die zusätzlichen Stellen würden 4,8 Milliarden Euro kosten. Das Geld müssen die Kommunen aufbringen – von denen viele tief verschuldet sind.“ Weiteres Dilemma in dieser Sache: „Viele Großstädte stehen außerdem vor dem Problem, dass Kitas oder Kinderläden in Konkurrenz zu Geschäften, Büros und Wohnungen stehen. Angesichts der hohen Mieten in den Metropolen sind Kitas kaum wirtschaftlich zu betreiben.“ Und schließlich: „Mit den vielen Leistungen, die der Staat in den vergangenen Jahren für Familien eingeführt hat, steigt auch der Verwaltungsaufwand. Viele Städte sind überfordert. In Berlin zum Beispiel müssen Eltern teils monatelang auf Elterngeld warten, weil die Behörden überlastet sind.“

Tja, da hat sich die Gesellschaft voll bewusst ins Abseits gelenkt. Viel mehr läuft noch falsch, nichts ist mehr zu begradigen. Und es kommt noch viel heftiger. Denn die wahre Einwanderungsflut steht erst bevor: Hunderttausend etwa kamen jetzt mit Booten über das Mittelmeer

an, aus Nigeria, Eritrea, Pakistan, Irak und Mali. Ihr Ziel ist vor allem Deutschland und Schweden. Entwicklungshelferminister Gerd Müller warnte übrigens vor Kurzem vor 100 Millionen weiterer Flüchtlinge, alleine aus Afrika.

Trotzdem soll es tatsächlich noch Leute in dieser Gesellschaft geben, die glauben, durch das Wählen von Parteien und Politikern etwas zum Besseren zu wenden.

Ein Lachen für die Kunst

Mehr als nur die »Schmerzensmutter der Nation« – Die ostpreußische Künstlerin Käthe Kollwitz wurde vor 150 Jahren geboren

Käthe Kollwitz gilt als größte deutsche Künstlerin des 20. Jahrhunderts. Vor 150 Jahren wurde sie in Königsberg geboren.

„Ich soll das Leiden der Menschen aussprechen.“ Mit diesen Worten beschrieb Käthe Kollwitz ihre Lebensaufgabe. Wegen dieser sozialen Haltung ist die Künstlerin hoch geachtet, wird aber auch als „Schmerzensmutter der Nation“ bespöttelt. Doch ihr Sohn Hans wandte ein: „Was konnte die Mutter lachen, und wie sehnte sie sich, zu lachen. Menschen, die sie nur erlebt haben mit ihren guten traurigen Augen zuhörend, oder die sie nur von ihren Arbeiten her kennen, kennen nur einen Teil von ihr und nicht den, der Freude hatte an der Bejahung, an den jungen Menschen, am Witz, am Lachen, am Übermut, an der Komik.“

Die am 8. Juli 1867 in Königsberg geborene Grafikerin und Bildhauerin verbrachte mit ihren drei Geschwistern eine glückliche Kindheit. Ihr Vater Carl Schmidt war Bauunternehmer, ihre Mutter Katharina die Tochter des evangelischen Theologen Julius Rupp. Die angehende Künstlerin heiratete

1891 den Berliner Kassenarzt Karl Kollwitz. Das Paar bekam die Söhne Hans und Peter. Trotz Mutterpflichten setzte die Arztfrau am Küchentisch ihre künstlerische Arbeit fort.

Mit einem für eine Künstlerin außergewöhnlich revolutionären Thema feierte sie ihren ersten großen Erfolg. Drei Jahre lang arbeitete sie an den drei Radierungen und drei Lithografien des Zyklus „Ein Weberaufstand“ und präsentierte ihn 1898 auf der Großen Berliner Kunstausstellung. Die Jury schlug vor, Kollwitz für ihren Weber-Zyklus mit einer Medaille auszuzeichnen. Doch Kaiser Wilhelm II. verhinderte das: „Ich bitte Sie meine Herren, eine Medaille für eine Frau, das ginge denn doch zu weit.“ Ein Jahr später war der Weberaufstand in der Deutschen Kunstausstellung Dresden zu sehen – und Max Lehrs sorgte dafür, dass Kollwitz die Kleine Goldmedaille erhielt.

Als Leiter des Dresdner Kupferstich-Kabinetts war Max Lehrs der erste Museumsmann, der Werke von Kollwitz in eine öffentliche Kunstsammlung aufnahm. Wiederholt bat er die Künstlerin, ihm Probe- und Zustandsdrucke



Ein Jahrhundertgenie: Kollwitz-Denkmal in Berlin

Bild: ske

zu überlassen. So besitzt das Kupferstich-Kabinett einzigartige Abzüge, auf denen Kollwitz die weiteren Schritte der Bearbeitung notiert oder Änderungen eingezeichnet hat. Sie gehören zusammen mit Selbstbildnissen aus allen Lebensabschnitten zu den Attraktionen der Sonderausstellung, mit der das Kupferstich-Kabinett ab Oktober den 150. Geburtstag der Künstlerin feiert.

Während eines Studienaufenthaltes 1904 in Paris machte sich Kollwitz mit den Grundlagen der Bildhauerei vertraut. Der rang sie mit dem 1932 vollendeten Mahnmahl der „Trauernden Eltern“ ihr ergreifendstes Werk ab. Den Anstoß zu ihm gab der schwerste Schicksalsschlag ihres Lebens: Der Tod des Sohnes Peter. Der 18 Jahre alte Kriegsfreiwillige fiel 1914 in Flandern. Daraufhin wandelte sie sich zur engagierten Pazifistin. Eines ihrer Plakate fordert „Nie wieder Krieg!“ (1924). Ein anderes klagt „Deutschlands Kinder hungern!“ (1923). Sie verkündete: „Ich bin einverstanden damit, dass meine Kunst Zwecke hat. Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind.“

Die Nationalsozialisten verdüsterten die letzten Lebensjahre der Künstlerin. Sie nötigten Kollwitz zum Austritt aus der Akademie der Künste und sorgten für die Entfernung ihrer Arbeiten aus Ausstellungen. Doch Kollwitz setzte ihr Schaffen unverdrossen fort. Ihr letztes Werk ist die 1943 geschaffene Plastik „Zwei wartende Soldatenfrauen“. Das Gipsmodell ist im Sterbezimmer der Künstlerin ausgestellt.

Im Juli 1944 war Kollwitz auf Einladung des sächsischen Prinzen Ernst Heinrich nach Moritzburg bei Dresden gezogen. Hier bewohnte sie zwei Zimmer im „Rüdenhof“, wo sie am 22. April 1945 starb. Das heute zur „Gedenkstätte Käthe Kollwitz Haus“ ausgebauten Anwesen ist ihr einziger erhaltener Wohnsitz. Die Dauerausstellung berichtet über Leben und Werk der Künstlerin. Ihre Enkelin Jutta Bohnke-Kollwitz urteilte anlässlich der Eröffnung: „Hier ist eine Form von Lebensauthentizität erhalten geblieben. Ich denke, hier im Rüdenhof kann man Käthe Kollwitz begegnen: in ihrer Kunst, in ihrem Ernst, in ihrer Menschlichkeit.“

Veit-Mario Thiede

Ganz in der Nähe ihres ehemaligen Berliner Wohnortes wird Käthe Kollwitz mit einer Ausstellung gewürdigt. Die Galerie Parterre im Prenzlauer Berg ehrt die Künstlerin mit der Sonderausstellung **Käthe Kollwitz und Berlin – Eine Spurensuche zum 150. Geburtstag**, 70 Leihgaben aus dem Bestand des Kölner Kollwitz-Museums geben einen Überblick über das künstlerische Schaffen.

Die Künstlerin lebte am Prenzlauer Berg von 1891 bis 1943 in der Weißenburger Straße 25, heute Kollwitzstraße. Das Haus wurde im November 1943 durch Bomben zerstört. Kollwitz hatte sich bereits im August des Jahres vor den Angriffen nach Nordhausen begeben.

Das Ausstellungsprojekt entstand in Zusammenarbeit mit dem Käthe-Kollwitz-Museum Köln, der Akademie der Künste Berlin und wurde von Kathleen Krenzlin von der Galerie Parterre Berlin konzipiert.

Der Bildhauer und Zeichner Gustav Seitz erhielt 1956 vom Ost-Berliner Magistrat den Auftrag, ein **Kollwitz-Denkmal** zu erstellen. Seitz griff auf ein Selbstporträt der Künstlerin zurück und schuf eine Gipsvorlage, die 1961 als Bronzeplastik in der Mitte des Kollwitz-Platzes aufgestellt wurde. Mit Leihgaben der Gustav Seitz Stiftung zeigt das Kölner Kollwitz Museum jetzt den Entstehungsprozess des Seitz'schen Kollwitz-Denkmals: von ersten Skizzen über technische Zeichnungen und Gipsmodelle bis hin zu Probe-Bronzegüssen.

Parallel zur Seitz-Ausstellung wird erneut die **Sonderschau mit Selbstbildnissen und Porträts** von Käthe Kollwitz gezeigt. Neu dabei: das wohl älteste Selbstporträt, das Käthe Kollwitz 1888 als 21-Jährige anfertigte. Die Tuschezeichnung wurde 2015 entdeckt. Nachkom-

men einer Studienkollegin von Kollwitz aus Münchner Akademie-Zeiten fanden sie auf einem Dachboden.

Am Sonnabend, 8. Juli lädt das Museum alle Fans der Künstlerin von 11 bis 18 Uhr zu einem **Fest für die ganze Fami-**



Kollwitz-Selbstporträt

lie ein. Dabei wird ab 18 Uhr auch der Dokumentarfilm **Kollwitz – Ein Leben in Leidenschaft** (2016) von Sonya und Yury Winterberg zum Leben und Werk der Künstlerin zu sehen sein. Eintritt und alle Veranstaltungen am Geburtstag sind frei.

Käthe Kollwitz und Berlin, Galerie Parterre Berlin, Danziger Straße 101/Haus 103, 10405 Berlin, geöffnet Mittwoch bis Sonntag 13 bis 21 Uhr, Donnerstag 10 bis 22 Uhr. Die Ausstellung läuft bis zum 24. September. www.galerieparterre.de
Gustav Seitz: Ein Denkmal für Käthe Kollwitz sowie **Portraits und Selbstportraits** aus der Kölner Kollwitz Sammlung, Käthe Kollwitz Museum, Köln am Neumarkt, geöffnet Dienstag bis Freitag 10 bis 18 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 18 Uhr, Eintritt 5 Euro. Die Ausstellung läuft bis 17. September.

Weitere Ausstellungstipps: Käthe Kollwitz Haus, Meißner Straße 7, Moritzburg, geöffnet Montag bis Freitag 11 bis 17 Uhr, Sonnabend und Sonntag 10 bis 17 Uhr. Bis 6. August läuft die Sonderschau **Der Tod im Leben**. Infos: www.kollwitz-moritzburg.de. Das Kupferstich-Kabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zeigt ab 19. Oktober im Residenzschloss die Ausstellung **Käthe Kollwitz in Dresden**. Infos: www.skd.museum/de/sonderausstellungen/vorschau/index.html.

Literatur: **Alexandra von dem Knesebeck: „Käthe Kollwitz“**, Wienands kleine Reihe der Künstlerbiografien, 12,95 Euro. **„Käthe Kollwitz: Ich sah die Welt mit liebevollen Blicken: ein Leben in Selbstzeugnissen“**, Marixverlag, 20 Euro. Zur Ausstellung **Käthe Kollwitz und Berlin** ist im Deutschen Kunstverlag ein **gleichnamiger Sonderband** erschienen mit 320 Seiten, 25 Euro. S.F./ske/vmt

Elton Johns Ballett-Diva

Das Musical nach dem Film – »Billy Elliot« wird jetzt auf der Bühne zum Tänzer

Fantastische Musik, ein Bühnenbild ohne Bombast, wunderbare Darsteller und eine stimmige Geschichte: „Billy Elliot“ ist nicht nur Musical, sondern ein radikal politisches Epos. Bereits mehr als elf Millionen Menschen haben das Stück mit der Musik von Elton John schon gesehen. Jetzt kommt es erstmals auch nach Deutschland. In Hamburg wird es vier Wochen lang im Mehr!Theater als Londoner Originalproduktion zu sehen sein.

Basierend auf dem erfolgreichen Film, spielt das Musical vor dem Hintergrund des Minenarbeiterstreiks von 1984/85 in einer nördlichen Bergbaustadt. Entgegen aller Widerstände bahnt sich Billy seinen Weg vom Boxring an die Ballettstange, wo er eine Leidenschaft für den Tanz entwickelt, die letztendlich nicht nur seine Familie sondern die ganze Gemeinschaft inspiriert. Er kämpft für seinen Traum und verändert dadurch sein scheinbar vorgezeichnetes Leben für immer. Seit der Uraufführung im März 2005 im Londoner Victoria Palace Theatre erobert „Billy Elliot“ die Herzen von Millionen Menschen weltweit.

„Es ist längst überfällig, dass diese besondere Produktion auch in Deutschland für ein breites

Publikum zugänglich ist. Wo könnte diese Präsentation besser sein, als in der Musical-Metropole Hamburg?“, so der Geschäftsführende Gesellschafter und Produzent der Mehr!Entertainment Maik Klokow. Und er ist auch ein wenig stolz darauf, das Ausnah-

te, berührt, dass er sofort das Potenzial für ein Musical darin sah. Auch erkannte er seine eigene Lebensgeschichte in dem Jungen, der sich gegen alle Konventionen seinen Traum erfüllt. Aber die britische Pop-Ikone stieß zunächst auf wenig Resonanz mit



Tanzbegeistert: Billy Elliot unter Elevinnen

Bild: Allastair Muir

me-Musical über die unglaubliche Erfolgsgeschichte in seinem Haus präsentieren zu können.

Nach der Premiere des Films „Billy Elliot – I will dance“ bei den Filmfestspielen in Cannes im Jahr 2000 war Elton John derart von der Geschichte des Jungen, der Ballett-Tänzer werden möch-

seiner Musical-Idee. Regisseur und Drehbuchautor waren skeptisch, die Geschichte in das Genre Musical zu packen. Aber letztlich schlossen sie einen Pakt mit Elton John, die Produktion anzugehen, ohne das Buch kürzen zu müssen. Nach einem vierwöchigen Arbeitstreffen stand fest: Durch

Elton Johns außergewöhnliche Musik, die anspruchsvollen Choreografien und die berührende Geschichte war „Billy Elliot“ als Musical zu einem kraftvollen, emotionalen und mitreißenden Theatererlebnis geworden.

Am 11. Mai 2005 feierte „Billy Elliot – The Musical“ in London die Uraufführung und wurde mit Auszeichnungen überschüttet. In Kanada, Australien und letztlich am Broadway in New York – hier wurden über 1300 Vorstellungen von mehr als 1,8 Millionen Besuchern gesehen – feierte das Musical größte Erfolge. In London fiel der vorerst letzte Vorhang im April 2016 nach elf Jahren Spielzeit mit am Ende über fünf Millionen Besuchern.

Nun ist die Produktion auch in Deutschland angekommen und ist als englischsprachige Originalproduktion mit deutschen Untertiteln am Hamburger Großmarkt zu erleben.

Andreas Guballa

Vorstellungen bis 23. Juli jeden Dienstag bis Donnerstag 19.30 Uhr, Sonnabend 14.30 und 19.30 Uhr, Sonntag 14 und 19 Uhr, Preise: 29,90 bis 114,90 Euro. Karten sind an allen bekannten Vorverkaufsstellen erhältlich und unter (01805) 2001. Internet: www.billy-elliott.hamburg

Begabte Damen

Neu im Kino: »Begabt«, »Paris kann warten«

Von den altklugen Kevins, die allein im Haus sind, hat man im Kino längst die Nase voll. Die talentierten Dreikäsehochs nerven meist mit ihrer Wichtigtuerei. Erfrischend anders stellt sich das Gör Mary in **Begabt – Die Gleichung eines Lebens** vor (Filmstart am 13. Juli). Sie ist tatsächlich mathematisch hochbegabt, soll aber auf nach Vorstellung ihres Onkels und Erziehers Frank ein normales Leben führen. Im Folgenden verschiebt sich der Fokus auf den Konflikt zwischen Frank und seiner ehrgeizigen Mutter, die ihre Enkelin in einer Schule für Hochbegabte unterbringen will, was für Mary das Aus ihres unbeschwerten Lebens bedeuten würde. Der Film überzeugt, weil er mit einfachen Mittel die natürliche Entwicklung des Kindes verfolgt und weil diesmal auch keine bekannten Schauspielstars vom Familiendrama ablenken.



„Begabtes“ Mathe-Genie Mary

Aus einer begabten Familie stammt auch Eleanor Coppola, die jetzt im Alter von 80 Jahren ihr Regie-Debüt gibt. Sie ist die Frau des Regisseurs Francis Ford Coppola („Der Pate“, „Apocalypse Now“) und Mutter von Sofia Coppola, deren neuer Film „Die Verführten“ gerade erst angelaufen ist. Jetzt kommt es in den Kinos zum Mutter-Tochter-Duell, denn Eleanor Coppola folgt am 13. Juli mit ihrem Debütfilm **Paris kann warten**. Es ist eine heitere Sommerkomödie über eine von Diane Lane gespielte ältere Frau, die von Cannes aus ohne Mann nach Paris will. Als Chauffeur und Tourenführer hat sie mit Arnaud Viard einen Bon vivant und Connaisseur alter Schule an der Seite, der es gar nicht eilig hat. In dem Roadmovie lebt sie mit ihm kurze Zeit wie eine Göttin in Frankreich. Es hat etwas von Tourismus-Werbung, aber mit viel Gefühl. *tws*



Lost in Frankreich: Diane Lane

Wie Frankreich heute den Krieg von 70/71 sieht

Die Ausstellung »France – Allemagne(s) 1870–1871. La guerre, la commune, les mémoires« im Pariser Musée de l'Armée

Noch bis Ende dieses Monats zeigt das Pariser Musée de l'Armée im Invalidendom die Ausstellung „France–Allemagne(s) 1870–1871. La Guerre, La commune, Les mémoires“. Die wörtliche Übersetzung würde lauten: Frankreich–Deutschland(e) 1870–1871. Der Krieg, die Kommune, die Erinnerungen; die offizielle lautet aber: Frankreich–Deutschland 1870–1871. Der Krieg, die Pariser Kommune, die Erinnerungen.

„Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut.“ Dies sagte Bismarck in einer Rede, die er während des preußischen Verfassungskonflikts vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses am 30. September 1862 hielt. Kündigte er damit an, die deutsche Frage durch kriegerische Auseinandersetzungen mit den Nachbarn lösen zu wollen? Diese These vertrat seinerzeit (vor allem) die liberale Presse, und dies ist auch die These, die in der Ausstellung „France–Allemagne(s) 1870–1871. La guerre, La commune, Les mémoires“ vertreten wird.

Noch bis zum 30. Juli zeigt das Pariser Musée de l'Armée im Invalidendom 320 Kunstwerke, Objekte und Dokumente aus dem Kriegsjahr, von denen mehr als 80 Stück Leihgaben deutscher Museen sind. Die starke deutsche Beteiligung an der Ausstellung ist kein Zufall. Es ist der Anspruch der Organisatoren, das „Schreckliche Jahr“, wie der Autor Victor Hugo das Jahr 1870 nannte, sowohl aus französischer als auch aus deutscher Perspektive darzustellen und die damaligen Ereignisse in zwei historische Entwicklungsbögen einzuordnen. Der erste, kürzere betrifft die deutsche Einigung. Sie beginnt mit dem ersten Einigungskrieg, dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 und endet nicht etwa 1871 mit dem letzten Einigungskrieg, dem Deutsch-Französischen Krieg, sondern erst vier Jahre später mit der Krieg-in-Sicht-Krise, in der unmissverständlich deutlich wurde, dass das Ende der Fahnenstange erreicht war, dass die anderen Großmächte nicht bereit waren, eine weitere Stärkung Preußens hinzunehmen.

Das ist eine interessante Zäsursetzung. Beendet man den Bogen, wie in Deutschland (noch) üblich, mit 1871, steht dahinter die Idee,

dass Bismarck seine Expansionspolitik freiwillig beendet habe, als „sein“ Reich gegründet und er damit „saturiert“ gewesen sei. Schlägt man hingegen den Bogen weiter bis zur Krieg-in-Sicht-Krise, wird suggeriert, dass Bismarck nach der Reichsgründung keineswegs saturiert gewesen sei, sondern erst Jahre später durch die anderen Großmächte habe gestoppt werden müssen.

Der zweite, größere Bogen geht von den napoleonischen Befreiungskriegen 1813/14 über den Wiener Kongress 1815 bis zum

die wichtigsten Protagonisten auf beiden Seiten der Kampflinien vorgestellt. Bismarck wird als derjenige beschrieben, der nach den Kriegen gegen Dänemark und Österreich den Krieg mit Frankreich suchte, um so die deutsche Einigung zu vollenden. Er wird somit für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht. Wilhelm I. erscheint zwar als Unterstützer, nicht jedoch als Architekt der bismarckschen Expansionspolitik. Die Macher der Ausstellung heben hervor, dass der preußische Regent gute Beziehungen

Absicht den Sturz der Monarchie eingeleitet. Aus dem Exil habe sie Briefe entsandt, in denen sie die Ansicht vertreten habe, dass die Annexion von Elsass-Lothringen durch das Deutsche Reich aus strategischen Überlegungen erfolgt sei und damit nicht, um das besiegte Frankreich zu demütigen.

In der recht negativen Darstellung von Eugénie bleiben die Ma-

endlich teuer zu stehen kam, wie es beispielsweise der orleanistische Abgeordnete und Chefunterhändler mit Preußen, Adolphe

sischen Generäle zurückgeführt. Andererseits heben die Ausstellungsmacher die Zerstörungskraft der neuen Krupp-Kanonen aus Eisen hervor. Der dauerhafte Kanonenbeschluss der belagerten Städte kündigt demnach bereits die Schrecken des Ersten Weltkriegs

für die Zivilbevölkerung an. Für die Ausstellungsmacher ist der Deutsch-Französische Krieg nicht, wie es meistens heißt, der letzte Krieg des 19. Jahrhunderts, sondern der erste moderne Krieg des 20. Jahrhunderts.

Der zweite Teil der Ausstellung beschäftigt sich mit der Pariser Kommune, die aus der explosiven Symbiose von Nationalismus und anarcho-marxistischen Ideen vor dem Hintergrund einer Hungersnot entstand. Leider finden die Verbrechen der Kommunarden am „Klassenfeind“ ebenso wenig Erwähnung wie die Tatsache, dass weite Teile des bürgerlichen Paris vor ihnen aus der Stadt flüchteten. Stattdessen wird, wie es gegenwärtig Mode ist, die Rolle weiblicher Revolutionäre anhand des Beispiels von Louise Michel hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass wenig später die Dritte Republik einige progressive Beschlüsse der Kommune wieder aufgriff, wie die Trennung von Staat und Kirche und das kostenlose Bildungssystem.

Die Niederschlagung der Kommune durch die legitime französische Regierung in der „Blutigen Woche“ wird dagegen als Verbrechen dargestellt, denn „schreckliche Repressionen erwarten die Kommunarden“. Der Text endet mit dem Hinweis, dass die französische Nationalversammlung (unter sozialistischer Dominanz) am 29. November 2016 die Kommunarden rehabilitierte. Damit schließt sich ein geschichtlicher Kreis und erklärt sich zugleich die aktuelle französische Politik.

Preußen sehen die Macher der Ausstellung auf Seiten der legitimen französischen Armee während des Kommunarden-

Aufstands, denn die „deutschen Truppen beschleunigen die Rückführung gefangener französischer Soldaten für den Regierungseinsatz“.

Insgesamt eine inhaltlich sehr interessante Ausstellung, die jedoch leider ideologisch tendenziös ist.

Eva-Maria Michels



Die Ausstellung wird an einem prominenten Ort gezeigt: Das Musée de l'Armée im Hôtel des Invalides

Bild: Michels

Bismarck soll nicht 1871 freiwillig, sondern 1875 unfreiwillig zu seiner Stabilitätspolitik gewechselt sein

Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns durch den verlorenen Weltkrieg in den Pariser Vorortverträgen wiedergewann.

Im ersten Teil der Ausstellung geht es ausschließlich um den Deutsch-Französischen Krieg. Auf Stellwänden und anhand von Multimediavorrichtungen werden

zum französischen Kaiser Napoleon III. unterhalten und keinerlei Rachegelüste gegen Frankreich gehegt habe, obwohl er an den napoleonischen Befreiungskriegen teilgenommen hatte.

Napoleon III. wird als schwer kranker und schwacher Monarch dargestellt, der sich unter dem Einfluss der konservativen Regierung und der öffentlichen Meinung zur Kriegserklärung an Preußen habe verleiten lassen. Über Kaiserin Eugénie heißt es, dass sie „Sympathien für Konservatives und Katholisches“ gehegt und ihren Ehemann in den Konflikt mit Preußen gedrängt habe, um das Ansehen der Dynastie zu mehrten. Vom 26. Juli bis zum 4. September habe sie die Regierungsgeschäfte geführt und dabei entgegen ihrer

cher der Ausstellung der offiziellen französischen Geschichtsschreibung seit 1789 treu: Gesellschaftlicher Konservatismus und Katholizismus führten Frankreich an den Abgrund, während im linken Republikanismus die Rettung liege. Ein Beispiel dafür ist die Darstellung Léon Gambettas, der nach der französischen Niederlage in der Schlacht bei Sedan und der Gefangennahme Napoleons III. durch die Deutschen am 4. September 1870 mit Jules Favre in Paris die Dritte Republik ausrief und deren erster Innenminister wurde. Der Republikaner wird als heroischer Freiheitskämpfer und Widerständler dargestellt. Dass seine Weigerung, den Waffenstillstand mit Preußen anzuerkennen, Frankreich letzt-

Léon Gambetta, der nicht akzeptieren wollte, dass Frankreich den Krieg verloren hatte, wird als heroischer Widerständler gefeiert

der Ausstellung nur sehr knapp behandelt. Stattdessen wird immer wieder von „Bismarcks Intrige“ gesprochen.

Preußens Sieg wird einerseits auf die neuen Kampfstrategien des preußischen Generalstabschefs Helmuth von Moltke und eine zu große Passivität der franzö-

Reichskanzler des Übergangs

Max von Baden machte Wilhelm II. zum Ex-Kaiser und Friedrich Ebert zu seinem Nachfolger

Die Amtszeit des letzten Reichskanzlers Kaiser Wilhelms II. währte mit den gut fünf Wochen zwischen dem 3. Oktober und dem 9. November nur kurz, aber in ihr schrieb Prinz Max von Baden Geschichte. Das Amt erhielt er auf Empfehlung seines Vorgängers, des Zentrumspolitikers Georg von Hertling, und dessen linksliberalen Vize, Friedrich von Peyer, der auch ihm als Stellvertreter diente.

Max war seit dem Regierungsantritt seines Cousins Friedrich II. 1907 Erbprinz des traditionell sehr liberalen Großherzogtums Baden. Und als liberal galt auch er. Sein Wesen wird als liebenswürdig und tolerant geschildert. Er verfügte über zumindest indirekte Kontakte

zum politischen Liberalismus und zur Sozialdemokratie. Auch außenpolitisch war Max gut vernetzt. Er war mit dem schwedischen und dem russischen Hof eng verwandt und hatte auch in die Baden benachbarte Schweiz gute Kontakte.

Eher Schöngest als Kommisskopf hatte er nach kurzem Kriegsdienst im Oktober 1914 den Ehrenvorsitz des Gesamtverbandes des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz übernommen. Seine besondere Fürsorge galt dem Schicksal von Kriegsgefangenen im In- und Ausland. Seit 1916 war er Ehrenpräsident der deutsch-amerikanischen Kriegsgefangenenhilfe des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer. Öffentlich lehnte er 1917 die Wiederaufnahme des

uneingeschränkten U-Boot-Krieges ab. Aufgrund alldessen verband sich mit Max von Baden die Hoffnung, dass er innenpolitisch die Akzeptanz der Reichspolitik nach links würde erweitern können und außenpolitisch in der Lage sein würde, mit den Feindmächten einen Verständigungsfrieden zu schließen.



Prinz Max von Baden

In der Tat führte er die nach dem Kriegsausbruch begonnene Demokratisierung des Reiches fort. Beispielsweise fielen in seine Amtszeit die Einführung der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Reichsregierung, die erstmalige Berufung von Kandidaten der SPD, die im Reichstag die relative Mehrheit besaß,

ins Reichskabinett sowie eine umfangreiche Amnestie für politische Häftlinge wie Karl Liebknecht.

Außenpolitisch stellte sich heraus, dass ein Verständigungsfrieden mit Wilhelm II. als Kaiser schwerlich zu haben sein würde. Max und der ebenfalls monarchistische SPD-Parteivorsitzende Friedrich Ebert wollten Wilhelm opfern, um die Monarchie zu retten. Wilhelm sollte abdanken, Max Reichsverweser werden und Ebert Kanzler. Folgt man dem Historiker Lothar Machtan, dann vereitelte wohl die Kaiserin den Plan, indem sie in einem Telefonat für jenen Fall mit einer Bekanntgabe von Max' Homosexualität drohte.

Jedenfalls entschied Max sich schließlich für eine kleinere Lö-

sung ohne eine Rolle für sich selber. Am 9. November erklärte der Kanzler eigenmächtig Wilhelms Thronverzicht als deutscher Kaiser und preußischer König, trat selber zurück und übergab Ebert die Amtsgeschäfte. Statt Reichsverweser zu werden, zog er sich noch am selben Tag aus der Politik zurück.

Nach dem Krieg gründete er mit Kurt Hahn und Karl Reinhardt die heute noch renommierte internationale Eliteschmiede Schule Schloss Salem. Dort, in Salem bei Konstanz, starb dann auch am 6. November 1929 der vor 150 Jahren, am 10. Juli 1867, in Baden-Baden geborene bemerkenswerte Erbprinz, Reichskanzler, verhinderte Reichsverweser und Schulgründer.

Manuel Ruoff

Karlsruhe winkt Oder-Neiße-Linie durch

Vor 25 Jahren erklärte das Bundesverfassungsgericht den Verzicht auf den Osten Deutschlands für verfassungsgemäß

Das seit 1941 anhaltende politische und juristische Tauziehen um die Oder-Neiße-Grenze endete am 13. Juli 1992. An diesem Tage informierte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Öffentlichkeit über seine kurz zuvor ohne jegliche mündliche Verhandlung getroffene Entscheidung, die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Grenzziehung zu Polen als unbedenklich anzusehen.

Die Verlautbarung Nr. 33/92 der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts ließ an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig: „Die 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat durch Beschluss vom 5. Juni 1992 insgesamt elf Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen, die sich gegen das Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 richteten.“ Damit erklärten die Hüter des Grundgesetzes die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Bundestag und Bundesrat für definitiv verfassungsgemäß.

Die Idee, das Territorium der Republik Polen nach dem Sieg über Adolf Hitler deutlich nach Westen zu verschieben, kam von Josef Stalin. Der hatte bereits im Dezember 1941 vorgeschlagen, seinen Nachbarn solcherart für die Rückgabe des Territoriums östlich von Narew, Weichsel und San beziehungsweise Bug an den Sowjetstaat zu entschädigen. Und tatsächlich konnte der Diktator im Kreml dann reichlich drei Jahre später aufgrund der Siege der Roten Armee vollendete Tatsachen schaffen, indem er der sogenannten Provisorischen Polnischen Regierung die überrannten deutschen Ostgebiete am 14. März 1945 zur „Verwaltung“ übergab, woraufhin sofort eine gewaltsame Polonisierung einsetzte.

Dabei berief sich Stalin auf die Beschlüsse der Konferenzen von Teheran Ende 1943 und Jalta im Monat zuvor, obwohl dort noch keine verbindlichen Abmachungen zur Lage der neuen polnischen Westgrenze getroffen wor-

den waren. Eine derartige Regelung enthielt erst das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Dieses besagte unter anderem, dass „die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur

seines Staatsgebietes von 1937. Außerdem wurden 8,8 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben, woraufhin 7,7 Millionen Polen nachrückten. Trotzdem wollten die Kommunisten in Warschau noch mehr, so zum Beispiel das gesamte Vorpommern einschließlich aller vorgelagerten Inseln. Das soll Stalin jedoch mit folgender bezeichnenden Äußerung

hatte: „Das ist ein Übergriff, den wir uns nicht bieten lassen werden. Und überhaupt werden wir uns alles zurückholen, was uns die Pollacken geraubt haben, auch meine Heimatstadt Guben.“ Allerdings machte er dabei die Rechnung ohne Stalin. Der zwang die DDR-Führung, im Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 die „Oder-Neiße-Friedens- und

der Bestimmungen des Potsdamer Vertrages ja auch gar nicht ermächtigt sei, Vereinbarungen über den Verlauf irgendeiner deutschen Außengrenze abzuschließen. Was dann übrigens später auch so im Deutschlandvertrag vom 5. Mai 1955 stand.

Allerdings schwenkte Bonn unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt auf

am 17. Mai 1972 nach kontroversen Diskussionen in einer „Gemeinsamen Entschließung“ an – freilich mit Verweis auf die immer noch fehlende „friedensvertragliche Regelung“ unter der Ägide aller vier Besatzungsmächte. Ebenso stellte das Bundesfassungsgericht am 7. Juli 1975 in seinem Urteil im Normenkontrollverfahren zu den Gesetzen über die Ostverträge fest, dass völkerrechtlich bindende Verfügungen hinsichtlich des territorialen Status Deutschlands nicht alleine von der Regierung in Bonn getroffen werden könnten.

So lagen die Dinge bis zur deutschen Vereinigung, der die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion nur zustimmen wollten, wenn Gesamtdeutschland die Oder-Neiße-Grenze anerkennt. Und das tat es dann auch im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 sowie dem deutsch-polnischen Grenzvertrag, der am 14. November 1990 unterzeichnet wurde und am 16. Januar 1992 in Kraft trat.

Andererseits blieb aber weiter offen, aufgrund welches juristischen Aktes denn nun eigentlich die territoriale Souveränität über Ostdeutschland auf die Republik Polen übergegangen war. Darüber hinaus gab es Vertriebene, die sich durch den Grenzvertrag nun endgültig um ihre Besitztümer in der Heimat gebracht sahen. Daraus resultierten elf Verfassungsbeschwerden gegen das bundesdeutsche Zustimmungsgesetz zu der bilateralen Abmachung, die der Karlsruher Gerichtshof vor nunmehr 25 Jahren abschmettete.

Zum einen geschah dies mit der Begründung, dass der Grenzvertrag ja gar keine Regelungen bezüglich Eigentumsfragen enthalte. Zum anderen vertraten die Hüter des Grundgesetzes die Auffassung, das Abkommen habe „nur die jedenfalls faktisch seit langem zwischen Deutschland und Polen bestehende Grenze“ bestätigt und somit nicht zur Verschlechterung der eigentumsrechtlichen Position der Kläger geführt. Was man freilich auch durchaus anders sehen kann. *Wolfgang Kaufmann*



Auch hier ist die Neiße zur Grenze geworden: Blick von Görlitz auf dessen Oststadt [Zgorzelec]

Bild: pa

tschechoslowakischen Grenze verläuft“, mit Ausnahme der nördlichen Teile Ostpreußens an Polen gehen sollten.

Dadurch erhielt der Moskauer Satellitenstaat insgesamt 102.985 Quadratkilometer bis zu 800 Jahre alten und meist preußischen Kulturbodens. Insgesamt verlor Deutschland durch die Zwangsfestsatzung der 460 Kilometer langen Grenze ein Viertel

abgelehnt haben: „Rügen bekommt ihr nach dem Dritten Weltkrieg.“

Natürlich wehrte sich das neue Polen vehement gegen jeden Versuch, ihm die ansehnliche Beute wieder streitig zu machen. Unterstützung bekam es dabei von der DDR, obwohl deren späterer erster Präsident Wilhelm Pieck im Sommer 1945 angesichts der polnischen Besetzung von Stettin getobt

Freundschaftsgrenze“ ohne jedweden Vorbehalt zu akzeptieren.

Dahingegen fand sich die Bundesregierung zunächst in keiner Weise mit dem Gebietsraub im Osten ab und erklärte die bilaterale Abmachung für „null und nichtig“. Getreu dem Grundsatz von Bundeskanzler Konrad Adenauer, dass „die Oder-Neiße-Linie kein Deutscher jemals anerkennen könne“, und Ost-Berlin aufgrund

einen deutlich anderen Kurs um. Davon zeugt insbesondere der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970, in dem die Bundesrepublik unter strikter Vermeidung des Wortes „Anerkennung“ konzedierte, dass die auf der Potsdamer Konferenz festgelegte Oder-Neiße-Linie nun die „westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet“. Dem schloss sich letztlich auch der Bundestag

»Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere«

Friedrich dem Großen hatten es vor allem italienische Windspiele angetan, die als sehr zärtlich und anhänglich gelten

Eine eingezäunte kleine Rasenfläche, elf kleine und ein großer Gedenkstein; auf dem großen liegen meist Blumen und Kartoffeln. Und unter diesem Stein liegt Preußens großer Friedrich – König, oberster Beamter seines Staates, Feldherr, Philosoph, Musiker, Tierfreund. Für Letzteres stehen die elf kleinen Steine. Darunter ruhen nämlich des Königs Hunde.

Von Friedrich dem Großen soll der Satz stammen: „Seit ich die Menschen kenne, liebe ich die Tiere.“ Was das anging, hatte Preußens König das Glück, rund 200 Jahre vor Konrad Lorenz gelebt zu haben, denn der hat diese Form von Tierliebe einmal als „soziale Sodomie“ gebrandmarkt. Doch Friedrich hätte darauf wahrscheinlich eine geschliffen-sarkastische, französische Antwort gewusst und dann seinen Lieblingshund gekraut.

Dazu hätte er nicht einmal aufzustehen müssen. Sein vierbeiniges Vorzugskind lag üblicherweise auf einem Sessel neben ihm. Oder in seinem Bett, wenn es nicht gerade mit seiner Verwandtschaft – Friedrich züchtete selbst, wobei er bevorzugt Hündinnen hielt – durchs Schloss tobte. Dort lagen überall speziell für die Hunde ge-

fertigte Lederbällchen, dort durften Möbel angenagt, seidene Kissen zerfleddert, wilde Jagden veranstaltet und Lakaien geärgert werden.

Letztere hatten die Tiere auf Französisch und mit Sie anzusprechen sowie mit den Vierbeinern im Park Gassi zu gehen, wobei sie darauf achten mussten, dass sie nicht in die Hinterlassenschaften von Friedrichs Schimmel Condé traten, der draußen frei herumlief. Der König liebte das Pferd und darum wollte er nicht, dass es sich in einen Stall eingesperrt langweilte. Deshalb war für Condé der ganze Park Spielplatz und Koppel.

Friedrichs Liebe zu Tieren war – wie so vieles in seinem Leben – wohl schon in seiner Kindheit ambivalent angelegt worden. Hunde gehörten von Anfang an dazu. Man muss aber davon ausgehen, dass der zarte Kronprinz sich vor den robusten Jagdhunden seines Vaters fürchtete. Seine für einen Fürsten dieser Zeit so ungewöhnliche, ein Leben lang anhaltende Abneigung gegen die Jagd geht wahrscheinlich auch darauf zurück. Aber es gab noch weitere Hunde am Hof seines Vaters. Friedrichs

Mutter, Sophie Dorothea von Braunschweig-Lüneburg, hielt Möpse als Schoßhunde; Kronprinz Friedrich wurde vom Hofmaler einmal mit einem kleinen Terrier dargestellt.



Friedrich der Große in seinem Arbeitszimmer zu Sanssouci: Farbdruck von Carl Röchling, 1890

Bild: agk

Später mochte er es eleganter. Italienische Windspiele begleiteten ihn. Liebling Biché war sogar im Krieg mit dabei. Italien war eine Hochburg der Windhundzucht, was bestimmt auch daran lag, dass

Windhunde Wärme mögen und benötigen. Dort entstand dann auch die kleinste Windhund-Rasse, die italienischen Windspiele. Dieser fröhliche Hund wurde vor allem zur Jagd auf Hasen gezücht-

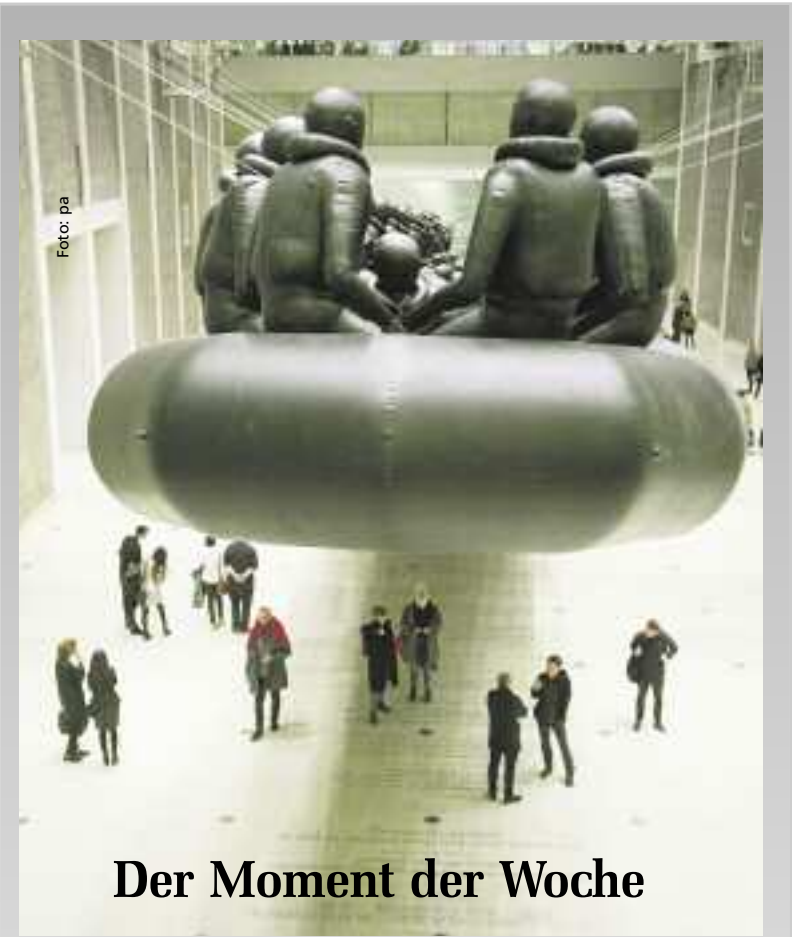
einen halben Meter groß wird und bis zu 14 Kilogramm wiegen darf. In Italien war's das Windspiel – laut heutigem Rassestandard bis 38 Zentimeter groß und nicht schwerer als fünf Kilogramm.

Die wendigen Leichtgewichte sind mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Kilometer pro Stunde nicht nur rasendschnell, sondern gelten auch als besonders intelligent und lernwillig. Dazu – und das mochte der von den Menschen so enttäuschte Preußenkönig sehr – sind sie sehr zärtlich und anhänglich. Wer sich ein italienisches Windspiel anschafft, sollte dazu bereit sein, ihm einen Platz im Bett einzuräumen – so wie es Friedrich II. tat. Und darum hat es seine Berechtigung, dass Biché, Alcmena, Arsinoe, Thysbe I und II, Phillis, Diana I und II, Superbe, Amourette und Pax auch im Tod auf jenem kleinen Rasenstück in den Gärten von Sanssouci neben ihrem Herrn ruhen.

Mit seiner Entscheidung für Windhunde folgte Friedrich einer alten Tradition. Diese hochläufigen, schlanken Hetzhunde wurden schon in Ägypten gezüchtet und waren dort die Lieblinge am Hof des Pharaos. Dabei ist die Frage ungeklärt, ob die schmalen

Schönheiten deswegen so beliebt waren, weil sie den Darstellungen des Hundegottes Anubis so ähnelten oder ob Anubis so „windhundmäßig“ gezeigt wurde, weil man diese Hunde so mochte. Auf jeden Fall aber zeigen die Anubisstatuen und -bilder die typischen Windhund-Merkmale: Das schmale Gesicht mit der langen Schnauze, die großen Augen, die Hochbeinigkeit und den sehnigen Körper.

Im Mittelalter waren die Windhunde dann schon bis Europa gekommen. In Frankreich und anderen europäischen Ländern gehörte es zu den Privilegien der Fürsten, mit den schnellen Jägern auf die Pirsch zu gehen. Dabei arbeiteten sie auch mit Falken zusammen – wie eine Darstellung des mittelalterlichen Kaisers Friedrich II. von Hohenstaufen beweist, der in seinem Buch „De arte venandi cum avibus“ ein Bild von sich zeigt, wie er mit dem Falken auf der Faust in Begleitung seiner Windhunde ausreitet. Der frühe Namensvetter des Preußenkönigs verbrachte den größten Teil seines Lebens in Italien, und so ist es nicht auszuschließen, dass die Hunde des Kaisers zu den Vorfahren jener gehörten, die den gleichnamigen König in Sanssouci umgaben. *Sibylle Luise Binder*



Der Moment der Woche

Ai Weiwei (r.) saß als verfolgender Dissident in China mehrfach im Gefängnis. Die Bundesrepublik hat sich sehr für seine Freilassung eingesetzt. Jetzt lebt der 60-Jährige in Berlin als Gastprofessor. Gleichzeitig entwirft er gigantomanische Kunst, die wie eine Anklage gegen Deutschland wirkt. Sein 70 Meter langes Schlauchboot mit 258 „Flüchtlingen“ ist in der tschechischen Nationalgalerie in Prag zu sehen. Wenn ihn die – immerhin nicht ganz schrankenlose – deutsche



Einwanderungspolitik stört, muss er sich hierzulande ja sehr unwohl fühlen. Wie wärs mit einer baldigen Rückkehr in die Heimat, Herr Weiwei? *FH*

Einfach rührend dieser »Mix 3000«

Ein 30 Jahre alter Mixer machte PAZ-Autorin Dagmar Jestrzowski nachdenklich und zornig

Eine merkwürdige Frage hat mich mal wieder ins Kino gelockt. „Kommen Rührgeräte in den Himmel?“ hieß sie und war der Titel einer 90-minütigen, frei produzierten Dokumentation von Reinhard Günzler. Ein guter Film, denn er hat mich zornig, traurig und nachdenklich gemacht. Im Mittelpunkt des Films steht ein robuster orangefarbener Mixer aus DDR-Produktion, den die Design-Studentin Carmen auf einem Flohmarkt entdeckt. Sie ist auf der Suche nach einem Ersatz für ihr Handrührgerät, das schon nach kurzer Benutzungszeit seinen Dienst versagt hatte. Carmen findet heraus, dass das rund 30 Jahre alte, noch immer einwandfrei funktionierende Rührgerät in den 1980er Jahren im Kombinat VEB Elektrogerätekwerk Suhl in Thüringen hergestellt wurde. Anfang der 90er Jahre hatte die Treuhandanstalt das Werk abgewickelt. Der Behörde warf man später vor, sie sei von westdeutschen Betrieben dahingehend beeinflusst worden, wirtschaftlich gesunde Betriebe in der ehemaligen DDR zu schließen, um Konkurrenz auszuschalten; doch das ist ein anderes Thema.

Die qualitätsvollen Elektrogeräte aus Suhler Produktion wurden im Westen vom Versandhaus Quelle vertrieben. Carmen interessiert nun die Geschichte der Arbeiter, die im EGW Suhl tätig waren, und sie spricht auch mit Sammlern von

Elektrogeräten aus DDR-Produktion. Diese seien viel besser als ihr Ruf, wird ihr versichert. Schließlich lässt sich die Design-Studentin noch vorführen, wie die guten, alten Haushaltsmaschinen repariert werden. Bei der heutigen Billigware, die überwiegend in Elektro-Märkten vertrieben wird, aber selbst bei hochpreisigen Geräten sei das oft nicht möglich, erklärt man ihr. Absichtlich würden Schrauben verwendet, für die es keine Schraubenzieher gibt und Bauteile an falschen Stellen platziert. Manche Geräte sind verklebt, andere haben einen fest eingebauten Akku, damit die Lebensdauer nach zwei Jahren endet. Zu den Tricks der Konzerne gehöre es auch, dass etwa bei Mixern nicht genügend Zahnräder eingesetzt werden, sodass eine schnelle Abnutzung vorprogrammiert ist. „Geplante Obsoleszenz“ nennt man das. Leider haben sich viele Verbraucher längst daran gewöhnt.

Mich hat Carmens Mixer an meinen eigenen erinnert. Er ist über 30 Jahre alt. Ein Krups der Serie 3 Mix 3000 mit Rühr- und Knetstangen. Er liegt gut in der Hand und funktioniert tadellos. Darüber hatte ich mich oft gewundert angesichts einschlägiger Erfahrungen mit kurzlebigen Elektrogeräten neuerer Produk-

tion wie Kaffeekochern, Toastern und Computerrechnern.

Im Fachhandel wird das beliebte Phänomen üblicherweise mit der komplexeren Funktionsweise der modernen Geräte erklärt. Damit muss sich der Kunde wohl oder übel zufriedengeben. 1991 wurde die Solinger Firma Krups vom französischen Konkurrenten Moulinex geschluckt, der zehn Jahre später von der ebenfalls französischen Gruppe SEB übernommen wurde. Unter dem Dach dieses Konzerns

werden Traditionsmarken wie Krups weitergeführt, doch die beliebtesten Produkte dieser Marke wie Kaffeeautomaten und die Nachfolgemodelle des „3 Mix“ werden seit vielen Jahren in Frankreich hergestellt. Von mehreren Tausend Krups-Beschäftigten in Solingen sind nur noch 50 übrig. Und man muss leider annehmen, dass solide Handrührgeräte mit einer Lebenserwartung von mindestens 20 Jahren, gleich welcher Traditionsmarke, nicht mehr gefertigt werden.

Es wird ja kolportiert, dass Elektrogeräte oft just nach Ablauf der Garantiezeit ihren Dienst versagen. Eine Freundin erzählte: „Ich hatte zwei kleine Radios gekauft: das eine habe ich täglich benutzt, das andere so gut wie nie. Trotzdem gaben beide gleichzeitig, fast auf den Tag genau, ihren Geist auf.“

Der Verschleiß nennt sich geplante Obsoleszenz

Von Liebeskaspern und Gefühlsgangstern

Warum heiße Urlaubsflirts oft tragisch enden – und was das AMIGA-Syndrom damit zu tun hat

„Liebe macht blind,“ sagt der Volksmund hierzulande. Das gilt auch und gerade dann, wenn deutsche Frauen und Männer glauben, ihren Traumpartner an einem Palmenstrand in der Ferne gefunden zu haben.

Aber meiner (oder meine) ist ganz anders! – So lautet die typische Reaktion gegenüber Freunden oder Familienangehörigen, die Bedenken anmelden, wenn der neue Lebenspartner nicht nur um Jahrzehnte jünger ist, sondern an einem exotischen Strand aufgegaßt wurde und seine unverbrüchliche Liebe in gebrochenem Englisch, auf Kisuaheli, Arabisch oder Thailändisch beteuert. Wenn das wohlmeinende Umfeld in Deutschland auf negative Erfahrungen Dritter mit solchen Urlaubsbekanntschaften verweist, schweben rosarote Beruhigungsformeln von Wolke Sieben herunter: „Nein, er (oder sie) will mich bestimmt nicht nur wegen meines Geldes. Die Aussicht, in Deutschland bleiben zu dürfen, spielt überhaupt keine Rolle. Bei uns ist es wahre Liebe!“

Besonders anfällig für das Aber-Meiner-Ist-Ganz-Anders-Phänomen, das AMIGA-Syndrom, wie es genannt wird, scheinen Frauen in der zweiten Lebenshälfte. Davon künden zum Beispiel die herzerreißenden Berichte im Internet-Portal „1001 Geschichte“, wo die Über-den-Tisch-Gezogenen wortreich ihr Leid beklagen und auch die eine oder andere Warnung an die weibliche Leserschaft hinterlassen, welche freilich meist zu spät kommt.

Wenn dann der Lover als Lump erkannt wurde, fällt oft das Wort „Bezness“. Diese arabische Verballhornung von „Business“, also „Geschäft“, beschreibt die typische Vorgehensweise der juvenilen Galane an den Stränden des südlichen Mittelmeeres, an denen noch keine Flagge des Islamischen Staates weht und Männlein und Weiblein somit weiter ge-

meinsame Badefreuden genießen dürfen. Das „Bezness“ besteht natürlich schlicht und einfach darin, der deutschen Urlauberin die große Liebe vorzugaukeln und sie hernach auf jede erdenkliche Weise um ihr sauer verdientes Geld zu erleichtern.

1800 Fälle von »Liebesbetrug« allein jährlich in Tunesien

Hinter diesem Treiben stehen zum Teil einzelne Tunichtgute, zum Teil aber auch eine personell gut aufgestellte Mafia: Immerhin melden alleine die zurückgekehrten Tunesien-Urlauberinnen Jahr für Jahr um die 1800 Fälle von organisiertem „Liebesbetrug“. Insgesamt soll es nach Recherchen der „Bild der Frau“ pro Saison bis zu 5000 weibliche „Opfer“ geben, wobei die aus Scham über die eigene Leichtgläubigkeit resultierende Dunkelziffer noch deutlich

höher liegen dürfte. Deshalb kann man den finanziellen Gesamtschaden durch die „Gefühlsgangster“, welche vor allem in Nord- und Ostafrika agieren, kaum exakt beziffern. Mit Sicherheit dürften hier aber hohe zweistellige Millionenbeträge zusammenkommen.

Besonders teuer wird es, wenn Frauen nicht einmal dann wach werden, wenn ihnen wieder der kalte Wind der Heimat um die Ohren weht. Manche lassen sich noch jahrelang weiter ausbeuten, häufig bis zum Verbrauch ihrer letzten Ersparnisse. Damit finanzieren sie den Urlaubsliedschaften, die nicht selten mit einer jungen einheimischen Frau liiert oder gar verheiratet sind, Häuser oder zumindest deren Ausbau oder Reparatur, Unternehmensgründungen, medizinische Behandlungen, Führerscheine, Ausbildungen aller Art, Autos, Handys und Computer sowie weitere nützliche Dinge.

Gleiches kann natürlich auch männlichen „Liebeskaspern“ pas-

sieren. Die Abzocke durch asiatische, afrikanische, osteuropäische oder karibische Schönheiten nimmt besonders in den Fällen ruinöse Ausmaße an, wenn die importierte Gattin in Deutschland eingebürgert wird. Erst endet die „Traumehe“ ziemlich genau in dem Moment, in dem die gesetzliche Wartefrist für ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland verstrichen ist, dann hagelt es finanzielle Forderungen.

Für Chefsekretärin Birgit ist es private Entwicklungshilfe

Während Frauen mit AMIGA-Syndrom wenigsten noch auf allgemeines Mitgefühl hoffen können, werden Männer zudem von der Gesellschaft oft stigmatisiert. Wenn Frauen bei ihrer Suche nach extrem jugendlicher brauner oder schwarzer Männlichkeit an den Stränden von Marok-

ko, Kenia oder Jamaika auf die Nase fallen, trieb sie die Sehnsucht nach der „wahren Liebe“, die im „kalten Deutschland“ leider kaum zu finden ist. Sie sind die Opfer einer Amour fou, einer verhängnisvollen Liebe. Als lüsterne Sextouristen, als Täter, gelten die Männer, denen Gleiches widerfahren ist.

Tatsächlich dürften die Unterschiede im Auge des Betrachters liegen. Gleiches gilt wohl sogar für das Urteil über die kaffeebraunen, mandeläugigen, anschmiegsamen Gegenparts. Die Chance, bitterster Armut zu entkommen, lässt vielleicht wirklich eine angewelkte deutsche Rose in schönster Blüte erscheinen oder einen faltigen Gnom als germanischen Siegfried. Wo hört Berechnung auf? Wo fängt halbwegs verständlicher Eigennutz an?

Die Folgen jedenfalls sind nahezu immer gleich: Die nach Deutschland importierten „Traummänner“ und „Traumfrauen“ landen am Ende zumeist im sozialen Netz, sobald die „Sponsoren“ pleite sind. Kosten von geschätzten 1,5 Milliarden Euro pro Jahr sollen dabei entstehen.

Manche Deutsche mit kulturfremden Anhang machen auch gar keinen Hehl daraus, dass sie die Risiken und Nebenwirkungen ihrer Rolle als reifer Sugar Daddy beziehungsweise „Sugar Mama“ sowie die moralische Verdorbenheit des „Deals“ erkannt haben. Um dann trotzdem noch in den Spiegel schauen zu können, wird das eigene Handeln kurzerhand in gutmenschlicher Manier zur „privaten Entwicklungshilfe“ veredelt. So schwärmte eine Birgit (Mitte 50, Chefsekretärin aus München) nach dem Besuch in der kargen Hütte der Familie ihres kenianischen Gespielen Sam (Mitte 30) gegenüber Journalisten von der „Zeit“: „Da weiß ich doch wenigstens, wo mein Geld hingeht.“

Lässt man freilich sämtliche Euphemismen beiseite, dann bleibt nur eines übrig: das knallharte, quasi „kapitalistische“ Geschäft mit der vergänglichen Ware Jugend, bei dem es auf beiden Seiten Gewinner und Verlierer gibt und die Grenzen zwischen „Opfer“ beziehungsweise „Täter“ oft bis zur völligen Unkenntlichkeit verschwimmen

Wolfgang Kaufmann

Andersartiger Prinz

Eine 112-seitige Aufklärungsbroschüre

Für alle Frauen, die tatsächlich ihren orientalischen Traumprinzen aus Nordafrika oder der Türkei heiraten wollen, hält das Bundesverwaltungsamt eine immerhin 112-seitige Aufklärungsbroschüre mit dem Titel „Islamische Eheverträge“ bereit. Darin heißt es unter anderem: „Die Auswirkungen, die sich aus der Zugehörigkeit des Mannes zu einem anderen Kulturkreis, nämlich dem islamischen, ergeben“, seien „überaus schwerwiegend. Diese Andersartigkeit kommt besonders stark in der Auffassung des Muslims von der Ehe und der Stellung der Frau zum Ausdruck.“ Letztlich entspreche das islamische „Ehe- und Familienrecht keineswegs den Vorstellungen eines modernen, besonders die Gleichstellung von Mann und Frau regelnden Familienrechts“. Dem ist nichts hinzuzufügen – außer vielleicht der Hinweis, dass Interessentinnen sich die Informationsschrift umgehend besorgen sollten, bevor sie wegen „rassistischer sowie islamophober Inhalte“ aus dem Verkehr gezogen und eingestampft wird.



Flirrende Blicke unter afrikanischer Sonne. Aber ist das Lachen wirklich ehrlich? Greift die zarte Hand nach dem Herz oder der Briefftasche?

Bild: PA



Das Ostpreußenblatt



Nr. 27 – 7. Juli 2017

MELDUNGEN

Einwanderer willkommen

Königsberg – Mit Hilfe des im Jahr 2007 eingeführten sogenannten Heimkehrerprogrammes der russischen Regierung sind im vergangenen Jahr mehr Menschen ins Königsberger Gebiet eingewandert, als zunächst geplant war. Statt der angedachten bis zu 4000 Neusiedler erhielten bereits an die 5000 die erforderliche Genehmigung, wobei mehrere 100 Anträge noch der Bearbeitung harren. Das Programm zielt vor allem auf qualifizierte Übersiedler aus den ehemaligen Sowjetrepubliken ab, akzeptiert aber auch Drittstaatler – Deutsche wären also durchaus willkommen. Seit seinem Beginn haben knapp 37 000 Einwanderer von den damit verbundenen Vergünstigungen profitiert. Momentan werden im russischen Teil Ostpreußens vor allem Angehörige medizinischer Berufe, Bauern, Baufachleute und Wirtschaftsexperten gesucht.

T.W.W.

Flachsanzbau in Ostpreußen

Königsberg – Der „Agrarwirtschaftliche Komplex Kaliningrad“ hat vor Kurzem mit dem erneuten Anbau von Flachs im Königsberger Gebiet begonnen. Die wertvolle Pflanze war seit der Eroberung Ostpreußens durch die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg aus der dortigen Landwirtschaft gänzlich verschwunden. Zunächst sollen auf etwa 200 Hektar die für die ostpreußischen Verhältnisse geeigneten Samen selektiert und dann in den kommenden Jahren zur Aussaat gebracht werden. Als Ergebnis des 1,5 Milliarden Rubel (22,2 Millionen Euro) teuren Projektes wird eine zukünftige jährliche Ernte von bis zu 3000 Tonnen Bio-Leinen der höchsten Qualitätsstufen angestrebt.

T.W.W.

Am 17. Juni fand im Amphitheater von Osterode direkt am Drewenzsee das diesjährige 26. Sommerfest des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) statt. Die Gesangs- und Tanzgruppen der deutschen Gesellschaften in der Woiwodschaft Ermland-Masuren präsentierten ihr Können ebenso wie Gastgruppen aus Königsberg und Osterode.

Es ist ein weiter Weg von einigen Orten des südlichen Ostpreußen nach Osterode. Um den Gästen mit der längsten Anreise eine Teilnahme am ökumenischen Gottesdienst zu ermöglichen, gab es zu Beginn des Sommerfestes nach den Hymnen Polens, Deutschlands und Europas stimmungsvolle Musik vom Blasorchester der Stadt Osterode.

Bei seiner Begrüßung im Anschluss an den Gottesdienst erinnerte der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Henryk Hoch, an die schwierigen Anfangszeiten der Organisation der Vereine und das erste Sommerfest vor 25 Jahren ebenfalls in Osterode. In den folgenden Ansprachen der Gäste stand dann überwiegend das Thema Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

Während die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, die Rolle der Deutschen Minderheit als „Botschafter der deutsch-polnischen Beziehungen“ unterstrich, erweiterte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, dies um den europäischen Kontext. Die Notwendigkeit einer Kooperationen auf lokaler Ebene betonte Bernard Gaida, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen: „Es freut uns, dass so viele Menschen in Polen mit der deutschen Kultur verbunden sind. Wir setzen uns dort, wo wir leben, politisch und gesellschaftlich ein.“ Dieses Engagement lobte auch Miron Sycz, Vertreter der ukraini-



schen Minderheit und Vizemarschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Er nutzte die Gelegenheit und ehrte im Namen des Marschallamtes Manfred Schukat von der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern, für seine langjährige positive Arbeit mit dem Abzeichen „Verdienst der Woiwodschaft Ermland-Masuren“. Dies ist die höchste Auszeichnung, die die Woiwodschaft vergeben kann. Auch Osterodes Bürgermeister Czesław

Najmowicz ließ es sich nicht nehmen, die Gäste persönlich zu begrüßen, obwohl er dafür nach der Eröffnung des Leichtathletikstadions in Sportkleidung und im Laufschrift zum Sommerfest kommen musste.

Die Stadt Osterode beteiligte sich neben der Bereitstellung des Amphitheaters mit der Tanzgruppe „Masur“ vom Osteroder Kulturzentrum am Sommerfest. Der Moment „polnischer Kultur zur deutschen Veranstaltung“ war, so Anna Zapasnik-Baron vom Kul-



Begeisterten mit ihrem Programm: Tanzgruppe „Mazur“ des Osteroder Kulturzentrums (o.), Bänder am Baum (Maibaumtanz der Tanzgruppe „Saga“), Manfred Schukat wird geehrt (l.)

Bilder: U.H. (2), E.G. (1)

turzentrum, als „Geschenk für die deutschen Organisationen gedacht, mit denen wir so lange gut zusammenarbeiten“. Die Tänzer präsentierten in farbenfrohen Trachten neben der Polonaise, die das kulturelle Programm eröffnete, noch einen Kujawiak und eine Polka. Während die Tanzgruppe der Deutschen Minderheit in Neidenburg erstmals und mit viel Schwung das Sommerfest belebte, ist die Gruppe „Saga“ aus Bartenstein schon jahrelang dabei. Auch in der neuesten Besetzung

5. Sommerolympiade in Sensburg

Deutsche Jugend im südlichen Ostpreußen maß sich im Wettkampf

Sensburg stand am vergangenen Wochenende ganz im Zeichen des Sports. Zur 5. Sommerolympiade reisten rund 70 Jugendliche aus dem südlichen Ostpreußen an, um sich den Disziplinen Dreikampf, Beach-Volleyball, Schwimmen, Tennis, Darts und Basketball zu stellen. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Verbindungsbüro der Landsmannschaft in Allenstein, dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und der Gesellschaft der deutschen Minderheit „Bärentatze“.

Der in allen Bereichen sportliche Wettkampf war nicht alleiniger Grund für den regen Einsatz der deutschen Jugend. Das gesellige Miteinander und der gemeinsame Museumsausflug nach Zon-

dern brachten den Teilnehmern die deutsche Kultur ein Stückchen näher. Deshalb wird die Sommerolympiade durch das polnische Innenministerium, das Generalkonsulat der Bundesrepublik in Danzig, die Landsmannschaft Ostpreußen, den VdGEM, den Bund Junges Ostpreußen und die Stadt Sensburg gefördert.

Das Zonderner Museum, das seit 1991 liebevoll von Familie



Sportlich und fröhlich: Teilnehmer der Wettkämpfe

Bild: privat

Dickti geführt wird, zeigt Geräte und Maschinen, die früher in Ostpreußen genutzt wurden, wie eine Quarkpresse oder eine Sattlerbank. Christel Dickti führte die Gruppe durch die Ausstellung und erklärte die einzelnen

Gegenstände. Im Anschluss wurde es noch einmal sportlich, und zwar denksportlich. Ein Quiz über Ostpreußen und das besuchte Museum ließ die Jugendlichen erneut ins Schwitzen kommen.

LO

Neu in Heilsberg

Moderne Molkerei nimmt Betrieb auf

In Heilsberg ist ein moderner Betrieb zur Verarbeitung von Molke eröffnet worden. Die Investition der Gruppe „Polmlek“ hat ein Volumen von umgerechnet knapp 59 Millionen Euro und ist damit eine der größten dieser Art in Europa. Täglich werden in Heilsberg nun 2,5 bis drei Millionen Liter Molke verarbeitet. Produktionsziel ist die Verarbeitung von sechs Millionen Liter Molke täglich.

Der Betrieb stellt Eiweiß-Konzentrat und Milchzucker her. Das Eiweiß wird unter anderem von Sportlern genutzt. Der Betrieb wurde mit Hilfe von polnischen Ingenieuren und heimischer Technologie gebaut. Bei der Realisierung waren Mitarbeiter von „Polmlek“ beteiligt, die auch jetzt

in der Pulverisierungsfabrik arbeiten.

Wie der Investor mitteilte, ist die Pulverisierungsfabrik mit modernster Technik und Informationssystemen ausgestattet. Der Betrieb verwendet im Produktionsprozess 95 Prozent wiederaufbereitetes Wasser zur Verarbeitung der Molke. Die technologische Ausstattung des neuen Betriebes ermöglicht das Ausschleiden des Eiweißes, des Zuckers und des Mineralsalzes aus Milch und Molke.

Nach Schätzung des Investors bringt die Eröffnung des neuen Betriebes in Heilsberg neue Möglichkeiten für Milchbetriebe und hat Einfluss auf die Stabilisierung und Verbesserung des gesamten Marktes für Molke, der ein Nebenprodukt der Käseproduktion ist.

PAZ



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

mit einer besonderen Mission hatte ich meinen alten Kollegen von der *Ostpreußenblatt*-Redaktion **Horst Zander** betraut. Er wohnt heute mit seiner Frau **Lydia** in deren Stammhaus in Hinterpomern, das sie wieder erworben haben, und gibt von dort den Heimatbrief „Kösliner Nachrichten“ heraus. Da der „Lindenhof“ schon in Reichweite der ehemaligen westpreußischen Grenze liegt, ist es von dort nicht weit bis nach Krockow [Krokowa]. Dort gibt es ein Heimatmuseum, das von der Kustodin **Grazyna Patryn** betreut wird, die sich sehr für die deutsche Vergangenheit interessiert. Als ihr

kürzlich eine Königsberg-Sammlung anvertraut wurde, die der ehemalige Generalkonsul in Königsberg Jerzy Bahr zusammengetragen hatte, beschloss sie, aus dem reichhaltigen Material eine Sonderausstellung zu konzipieren, die dann auch realisiert wurde. Mitte März wurde die Ausstellung „Jerzy Bahr – mein Königsberg“ eröffnet, zu der mich die Kustodin eingeladen hatte mit dem Anliegen, über meine Mitarbeiterzeit am Reichssender Königsberg zu sprechen, was ich aus verständlichen Gründen nicht erfüllen konnte. Aber ich versprach ihr, Doku-Material aus Vorträgen von ehemaligen Funkmitarbeitern, mit denen wir Seminare im Ostheim in Bad Pyrmont über den Reichssender Königsberg veranstaltet hatten, zukommen zu lassen.

Und da bot sich Horst Zander, der mich mit Lydia in Hamburg besuchte, als idealer Kurier an, denn eine direkte Übergabe solch wertvollen Doku-Materials ist immer noch die sicherste. Ich gab ihm fünf Mikrokassetten mit, auf denen die Geschichte des ehemaligen Reichssenders und Erinnerungen ehemaliger Mitarbeiter, von ihnen selber gesprochen, dokumentiert sind. Vor einigen Wochen fuhr das Ehepaar Zander nach Krockow, um die Exponate zu überbringen, auf die Grazyna Patryn schon gewartet hatte und die sie nun hochofren mit

Empfang nahm. Damit auch alles seine Richtigkeit hat, bescheinigte sie ihm den Erhalt der Mikrokassetten als Leihgabe für die Dauer der Königsberg-Ausstellung, über deren Qualität Horst Zander sehr überrascht war. Königsberg, aber auch die Samlandküste und vor allem die Kurische Nehrung werden in dieser Bahr-Sammlung sehr gut und einfühlsam präsentiert. „Grazyna hat da tolle Ideen entwickelt“, berichtete mir Horst Zander nach seiner Rückkehr. Kein Wunder, denn die Kustodin hat eine deutsche Mutter. Deshalb war auch ihr erstes, an mich gerichtetes Schreiben in gutem Deutsch gehalten. Und so hat sie sich besonders über eine andere Leihgabe gefreut, die Horst Zander ihr überbringen konnte: das alte Evangelische Gesangbuch für Ost- und Westpreußen, das im vergangenen Jahr unse-

gen Luther-Kirche befassten. Leider erbrachte unsere Veröffentlichung in Folge 17/2016 keinen brauchbaren Hinweis auf die ehemaligen Besitzer. Es meldeten sich auch keine weiteren Interessenten auf eine erneute Erwähnung in Folge 10/2017, bei der ich darauf hinwies, dass ich gerne das Gesangbuch dem Museum in Krockow übergeben würde, das ja den ehemaligen westpreußischen Bereich erfasst. Kein Monitum – also nahm Horst Zander auch das Gesangbuch mit dorthin, wo es jetzt einen guten Platz gefunden hat und vor dem Reißwolf endgültig sicher ist. Horst und Lydia Zander wollen weiter mit der Kustodin in Verbindung bleiben, und sie wird das Ehepaar auch auf ihrem stillen Lindenhof in Schimmerwitz Wald besuchen. Ja, unsere Ostpreußische Familie ist eben ein Netzwerk, für

den richtigen Weg finden – hat sie auch, doch das ist eine besondere Geschichte, und wir werden in der nächsten Folge berichten, wie und wo die Memel-Sammlung ihren adäquaten Platz gefunden hat.

Um bei diesem Thema zu bleiben, wollen wir noch einmal **Karl-Heinz Gast** aus Geilenkirchen, der dokumentarisches Bild- und Schriftmaterial über die Medizinische Universitätsklinik Königsberg suchte, zu Wort kommen lassen. Hatte er sich schon über einen Teilerfolg gefreut, so konnte er nun bei seinem Lob unserer Ostpreußische Familie in die Vollen gehen – und das tat er jetzt auch mit einem ganz dicken Dankeschön. Ihn hatte unsere Veröffentlichung in Folge 19/2017 über die Bildfunde, die uns Herr **Peter Perrey** aus Neustadt als E-Mail übersandte, sehr überrascht. Es ist großartiges Material über die Klinik, in der ein Monument für den seinerzeit dort tätigen Wissenschaftler **Karl-Ernst von Baer** von der gleichnamigen Stiftung errichtet werden soll, für die Herr Gast tätig ist. Der für die geplante Dokumentation wohl wichtigste Bildbeweis ist eine Aufnahme von dem Hörsaal kurz vor dem Ersten Weltkrieg, die wir heute bringen wollen. Sie wurde anlässlich der Verabschiedung des Professors **Liteim** gemacht, zu der sich anscheinend alles in der Klinik zusammengefunden hatte, was in der Medizin Rang und Namen hatte. Herr Gast



Anlässlich einer Feier im Jahr 1912: Blick in den Hörsaal der Medizinischen Universitätsklinik Königsberg

Bild: privat

das immer neue Fäden gesponnen werden.

Vor dem Altpapiercontainer hat auch Frau **Ingrid Kira** aus Bad Vilbel die Bildersammlung bewahrt, die sie im Nachlass ihres Onkels fand. Sie hat sie an uns geschickt, denn da sie aus Bommelsvitte stammt, erkannte sie gleich, dass es sich um Aufnahmen aus dem deutschen Memel der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg handelte. Wohin mit dieser dokumentarisch wertvollen Sammlung, die ihr 1900 geborener Onkel wie einen Schatz gehütet hatte? Frau Kira meinte, die Ostpreußische Familie würde schon

Fotos in Verbindung gesetzt und um Kopien der fünf Aufnahmen gebeten. „Ohne die Hilfe der Ostpreußischen Familie hätte ich nie diese Kenntnisse über die Medizinische Universitätsklinik in Königsberg erhalten“, so das Fazit seines – vorerst – letzten Schreibens. Der rote Faden, den wir in der Folge 1/2016 aufgerollt hatten, ist wohl noch lange nicht abgspult.

Wie wichtig unsere Ostpreußische Familie für Suchfragen ist, in denen Zeitzeugen gefordert werden, beweist erneut die Reaktion auf eine kleine Anfrage, die eine Berlinerin an uns richtete. Frau **Christel Dux**, die sich schon seit Jahren mit Ahnen- und Familienforschung befasst, hatte sie für ihre Verwandte **Christel Friedrich** ge-

stellt, die im März 1946 als elternlose 13-Jährige aus Gumbinnen ausgewiesen wurde und mit einem Transport nach Berlin kam. Dort wurde das Mädchen in einem Haus in der Grabeallee untergebracht. Ob es ein Kinderheim war, wusste Frau Friedrich nicht zu sagen, da sie sich überhaupt nicht an die Zeit nach der Vertreibung erinnern kann. Frau Dux hoffte deshalb auf Zeitzeugen aus unserem Leserkreis, denn mit Sicherheit waren mit dem Transportzug weitere Waisen aus Gumbinnen nach Berlin gebracht worden. Ihr Suchwunsch wurde prompt erfüllt: Es meldete sich bei ihr eine Leserin, die ihr authentische Auskunft geben konnte. Und nun geht die Suche weiter, denn Frau Dux stellt eine erneute Frage, um die Kindheit

graben, Kreis Labiau geboren. Dieser Geburtsort gibt dem Enkel Rätsel auf, denn seine Vorfahren stammen nach eigenen Recherchen aus Siemohnen, Kreis Insterburg. Die einzigen Anhaltspunkte, die Herr Dignat vorweisen kann, betreffen den Vater des Kindes, also seinen Urgroßvater: Er hieß **Otto Diegnath** und war Händler. Womit er handelte, ist nicht bekannt, wahrscheinlich waren es Gebrauchsgegenstände für den Alltag der ländlichen Bevölkerung, und es ist anzunehmen, dass ihn seine Frau auf einigen Fahrten begleitet hat und in Groß Friedrichsgraben von der Geburt überrascht wurde. Eine andere Möglichkeit wäre, dass die Urgroßmutter aus dem Kreis Labiau stammte und deshalb hier im heimatlichen Familienkreis entbin-



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreussische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung helfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht



um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preussische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

von Frau Friedrich aufzuhellen: Gibt es noch Gumbinnerinnen oder Gumbinner, die im Annahof in der Beethovenstraße 1 wohnten und die Familie **Friedrich** kannten? Hoffentlich findet auch diese Frage ein gutes Echo! (Christel Dux, Finkeldeeweg 112 in 12557 Berlin, Telefon 030/6515291, E-Mail: dorkas975@online.de)

Auch Herr **Dietmar Dignat** aus Duisburg betreibt Ahnenforschung und wendet sich nun auf der Suche nach seinem Großvater an uns. Allerdings können wir ihm nicht weiterhelfen, und ich glaube, auch unsere Leserinnen und Leser werden sich mit einer Beantwortung seiner Frage schwer tun. Versuchen wir es mal! Dietmars Großvater väterlicherseits, **Gustav Richard Ernst Dignat**, wurde am 12. Dezember 1890 in Groß Friedrichs-

den wollte. Allerdings hat die Suche von Herrn Dignat nach einer Geburtsurkunde oder anderen Dokumenten in Archiven und bei der Kreisgemeinschaft Labiau bisher nichts erbracht. Darum versucht er, über uns etwas zu erfahren – sein Vertrauen ehrt uns sehr, aber hier müssen wir passen. Wir können nichts anderes tun, als unserer Ostpreußischen Familie diesen außergewöhnlichen Fall zu übergeben. Was wir hiermit getan haben. (Dietmar Dignat, Hafenstraße 28 in 47119 Duisburg.)

Eure

Ruth Geede

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Von der Kultur- zur »Welt-Sporthauptstadt«

Vom 20. bis 30. Juli finden in Breslau die X. World Games statt – 500 000 Besucher werden erwartet

Die Europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2016 wandelt sich zur Welt-Sporthauptstadt des Jahres 2017*, vermeldet das polnische Fremdenverkehrsamt auf seiner Homepage. Hintergrund ist die Tatsache, dass Breslau ab dem 20. Juli Gastgeber der sogenannten „World Games“ (Weltspiele) ist.

Unter der Schirmherrschaft des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) richtet jeweils ein Jahr nach den Olympischen Sommerspielen der Internationalen Verband für Weltspiele (IWGA) einen internationalen Wettkampf in Sportarten aus, die nicht zum Wettkampf-Programm der Olympischen Spiele gehören, aber dennoch eine hohe weltweite Verbreitung haben. „Die Bandbreite der über 30 Sportarten ist deutlich weiter als beim größeren Bruder, den Olympischen Spie-

len. Von Akrobatik über Korbball (ähnelt Basketball und Korbball), bis zum Orientierungslauf oder Tauziehen duellieren sich die Athleten an zehn Wettkampftagen“, wirbt der deutsche TV-Sender Sport1, nachdem er sich die Senderechte gesichert hat.

Zwischen dem 20. und 30. Juli treten in der schlesischen Metropole und an anderen Orten Niederschlesiens 3251 Athleten aus 111 Ländern in 31 Sportarten an. Die Orientierungsläufe werden in den Buchenwäldern bei Trebnitz ausgetragen, die Indoor-Ruderer messen in Jeltsch-Laskowitz ihre Kräfte, während sich Inline-Hockeyspieler im Schweidnitzer Eisstadion duellieren. Der der Sportflugplatz zu Simsdorf [Szymanów] am nördlichen Stadtrand Breslaus ist Gastgeber der Flug-Wettkämpfe. Und das Wettkampfklettern findet auf dem Neumarkt in der Innenstadt statt.



Das Herz der X. World Games: Die Schlesierringkampfbahn

Das Herz des für Breslau größten Sportereignisses seit der Fußball-Europameisterschaft 2012 wird die alte Schlesierringkampfbahn sein. Unter vielen Polen läuft sie seit 1945 unter „Olympiastadion“,

nicht etwa, weil dort olympische Wettkämpfe stattgefunden hätten, sondern weil ihr Baumeister Richard Konwiarz für den Entwurf des Stadions die Bronzemedaille im Kunstwettbewerb der Olympi-

schen Spiele 1932 von Los Angeles erhalten hat. Konwiarz kam zwar als Vertriebener an die TU Dresden und schuf später mit Heinz Gosemann aus Kriegsschutt das hannoversche Niedersachsenstadion, doch in der Republik Polen reichte offenkundig bereits der Familienname und der Geburtsort Kempen [Kepno] in der preußischen Provinz Posen, um ihn irgendwie doch als einen Polen zu würdigen.

Traditionell darf die gastgebende Stadt auch sogenannte Einladungssportarten vorstellen. Dieses Jahr wird unter diesen vier Sportarten, die nicht zum regulären Programm der World Games gehören, auch das in Polen beliebte Speedway gehören. Das Motorengeknatter hatte der zunehmend im abseits stehenden Schlesierringkampfbahn über die Jahrzehnte immerhin noch etwas morbiden Glanz verliehen, wobei die Tartan-

bahn schon vor längerer Zeit durch eine unansehnliche Aschenbahn für die Motorräder ersetzt worden war. Bei einer Aschenbahn blieb es auch nach dem Umbau, bei dem der charakteristische Glockenturm erhalten geblieben ist. Auf dem Rasen wird während des Turniers American Football gespielt werden. Das Tauziehen wird auf dem anliegenden Marsfeld stattfinden. Die Eröffnungszeremonie im Beisein des IOC-Präsidenten Thomas Bach soll in der für die Fußball-Europameisterschaft 2012 errichteten, 42 000 Zuschauer fassenden reinen Fußballarena am westlichen Stadtrand stattfinden.

Ein 120-Millionen-Euro-Budget reichte Breslau, da weitgehend mit bestehenden Sportstätten geplant werden konnte. Insgesamt rechnet der Veranstalter mit etwa 500 000 Besuchern.

Edmund Pander



ZUM 100. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, am 10. Juli
Echter, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dimas, Mary, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 9. Juli
Galla, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Juli
Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. Juli
Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Aukthun, Liesbeth, geb. **Gutzeit**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Becker, Ilse, geb. **Stein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Grego, Helene, geb. **Gallmeister**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Juli
Kilanowski,k Erika, geb. **Brunn**, aus Lyck, am 10. Juli
Krewald, Gertrud, geb. **Kalinowski**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. Juli
Liknis, Irmgard, geb. **Chlupka**, aus Treuburg, am 10. Juli
Sonder, Marie, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 7. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ting, Gerda, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 8. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jähnke, Waltraud, geb. **Dom-browski**, aus Treuburg, am 13. Juli
Kelch, Lotte, geb. **Mellenthin**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juli
Kowalewski, Dr. Karl, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 13. Juli
Pohl, Friedrich, aus Ortelsburg, am 11. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berger, Hildegard, geb. **Bun-schei**, aus Lyck, am 11. Juli
Gerschull, Willy, aus Ebenrode, am 10. Juli
Piefke, Margarete, geb. **Zelustek**, aus Rodefeld, Kreis Ortels-burg, am 13. Juli
Rogowski, Hans, aus Lyck, am 12. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Böge, Magdalena, geb. **Schöl**, aus ABlacken, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Boehnert, Gertrud, geb. **Kraff-zik**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Christukat, Hubert, aus Her-zogshöhe, Kreis Treuburg, am 7. Juli
Flaum, Erika, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. Juli
Hoffmann, Otto, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. Juli
Kleine, Grete, geb. **Grassat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 9. Juli
Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli
Monzien, Siegfried, aus Parne-hen, Kreis Wehlau, am 9. Juli
Nutsch, Frieda, geb. **Wagner**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 10. Juli
Schellig, Martha, geb. **Sawitzki**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juli
Werner, Irene, geb. **Steinbacher**, aus Bilderweiten, Kreis Eben-rode, am 8. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baatz, Gisela, geb. **Rex**, aus Lötzen, am 13. Juli
Behringhoff, Erna, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neiden-burg, am 9. Juli
Hoffmann, Siegfried, aus Tapi-au, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Meisner, Ulrich, aus Grünhei-de, Kreis Treuburg, am 9. Juli
Niemczik, Erika, aus Reinken-tal, Kreis Treuburg, am 11. Juli
Piekatz, Oskar, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Sauer, Waltraud, geb. **Holz**, aus Waiselhöhe, Kreis Neiden-burg, am 11. Juli
Wydra, Karl-Heinz, aus Rotwal-de, Kreis Lötzen, am 12. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. **Karzys-ki**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli
Braese, Heinz, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 11. Juli
Buksa, Elfriede, aus Lissau, Kreis Lyck, am 7. Juli
Hundsдrfer, Helmut, aus Pel-keninken, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Liedström, Dorothea, geb. **Loh-renz**, aus Treuburg, am 9. Juli
Musch, Christel, geb. **Reck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. Juli
Ostrowski, Helene, geb. **Schaak**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli
Reinelt, Hildegard, geb. **Hübner**, aus Treuburg, am 10. Juli
Scholz, Ingerta, geb. **Fast**, aus Lötzen, am 9. Juli
Wachsmann, Hedwig, geb. **Lo-ckowandt**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 7. Juli
Weber, Christel, geb. **Laupsien**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 12. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Danielczik, Edeltraud, geb.

Braun, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 7. Juli
Druba, Willi, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 12. Juli
Ewert, Ruth, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 9. Juli
Felske, Lieselotte, geb. **Bednarz**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 9. Juli
Grunert, Lieselotte, geb. **Schrö-der**, aus Allenburg, Kreis Weh-lau, am 8. Juli
Hartmann, Margarete, geb. **Götz**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Holland-Moritz, Hildegard, geb. **Nadolny**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 9. Juli
Kerstan, Horst, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 7. Juli
Kolossa, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juli
Kramer, Lydia, geb. **Grust**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 9. Juli
Kröger, Günter, Kreisgemein-schaft Lötzen, am 12. Juli
Monzien, Maria-Daner, geb. **Bernal-Arango**, aus Parnehne, am 13. Juli
Nowack, Siegfried, aus Grün-heide, Kreis Treuburg, am 10. Juli
Rowlin, Agnes, geb. **Koschorrek**, aus Lyck, am 10. Juli
Schudy, Helmut, aus Kobilin-nen, Kreis Lyck, am 8. Juli
Schwiderowski, Kurt, aus Bie-

berswalde, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Sewcyk, Bruno, aus Dippelsee, Kreis Lack, am 7. Juli
Steinicke, Manfred, aus Ama-lienhof, Kreis Preußisch Ey-lau, am 11. Juli
Weinert, Herbert, geb. **Mosze-jewski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 7. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Elke, geb. **Eggers**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Bergen, Walter, aus Lyck, am 7. Juli
Fröhlian, Helga, geb. **Kursedin**, aus Lyck, am 7. Juli
Gayk, Rudolf, aus Groß Schie-manen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Geick, Emmi, geb. **Trzeciak**, aus Friedrichshof, Kreis Ortels-burg, am 13. Juli
Gregel, Hanneliese, aus Siegers-feld, Kreis Lyck, am 11. Juli
Grosch, Edith, geb. **Jeremies**, aus Wehlau, am 7. Juli
Huppatz, Brigitte, geb. **Ulrich**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 12. Juli
Jurr, Gerhard, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Kawersun, Dorothea, aus Eben-rode, am 13. Juli
Knihs, Gerhold, aus Siegenau,

Kreis Johannisburg, am 12. Juli
Konrad, Heinz, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juli
Lange, Brigitte, aus Lyck, am 8. Juli
Laskowitzki, Günter-Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 8. Juli
Lüdtke, Hans-Jürgen, aus Par-nehnen, Kreis Wehlau, am 7. Juli
Sadlowski, Horst, aus Schönhö-he, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Sarzio, Alfred, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 12. Juli
Schön, Ernst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli
Sontowski, Werner, aus Wil-helmsthal, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli
Stascheck, Ingrid, geb. **Schur-mann**, aus Preußisch Holland, am 8. Juli
Unruh, Hans-Dietrich, aus Lank, Baumgart, Kreis Heiligenbeil, am 7. Juli
Waldeck, Margarete, geb. **Pflaumbaum**, aus Ebenrode, am 7. Juli
Weismann, Helga, geb. **Weber**, aus Neidenburg, am 11. Juli
Wolf, Maria, geb. **Bloch**, aus Pas-senheim, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Zieh, Hans-Werner, aus Stein-berg, Kreis Lyck, am 12. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Czelustek, Herbert, aus Flamm-berg, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Gohrke, Gerlinde, geb. **David**, aus Ortelsburg, am 12. Juli
Kreckler, Michael, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 11. Juli
Krüger, Monika, geb. **Rebsdat**, aus Treuburg, am 9. Juli
Lindgrön, Erika, geb. **Kohnert**, aus Alt Passarge, Kreis Heili-genbeil, am 7. Juli
Schiro, Friedhelm, aus Neiden-burg, am 13. Juli
Schulz, Edelgard, geb. **Kraska**, aus Klein Jerutten, Kreis Or-telsburg, am 9. Juli
Tilsner, Gerda, geb. **Marrek**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Juli
Weber, Waltraud, geb. **Butzek**, aus Langenwalde, Kreis Or-telsburg, am 13. Juli
Zürn, Ursula, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Jugendbegegnung

20. bis 31. Juli, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, **21762 Otterndorf**: Deutsch-russische Jugendbegegnung. An-meldungen beim Jugendbeauf-tragten Norbert Schattauer, Lan-desstraße 19, 21776 Wanna, Tele-fon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Im Hotel Esplanade, Bahnhof-straße 6, 31542 Bad Nenndorf findet vom 1. bis 3. September das Kreistreffen und die Mitglie-derversammlung der Kreisge-meinschaft statt. Hier das Pro-gramm:

Freitag, 1. September
14 Uhr: Eröffnung des Tägungs-büros im Foyer



Elchniederung: Prunkvoll das Ambiente, heimatlich die Stim-mung – im Grandhotel Esplanade finden im September Kreis-treffen und Mitgliederversammlung statt

Bild.: Hote Eslanade

14 Uhr: Delegierten-Versamm-lung im Raum Zürich (Unterge-schoss)
Sonnabend, 2. September
9 Uhr: Eröffnung des Tägungs-büros
9.30 Uhr: Treffen im Restaurant
10 bis 12 Uhr: Lesungen im Raum Luzern (Untergeschoss)
12 Uhr: Mittagessen
14 Uhr: Eröffnung der Mitglie-derversammlung durch den Vor-sitzenden mit Totenehrung, ver-schiedene Grußworte. Im An-schluss die Berichte der Kirch-spielvertreter sowie Wahlen
16 Uhr: Gemütliches Beisam-mensein, Plachandern
16 bis 18 Uhr, Raum Luzern: Bilder, Filme und Bilderfassung
18 Uhr: Musikalische Unterhal-tung
Sonntag, 3. September
10 Uhr: Gottesdienst in der Kir-che Steinhude. Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf. Ausklang im Hotel.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäfts-stelle: Annelies Trucewitz, Ho-henfelde 37, 21720 Mittelnkir-chen, Telefon (04142) 3552, Te-lefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Sommerfest

22. Juli: Goldaper Sommerfest in Goldap.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butz-bach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228,, E-Mail: R.Buslaps@t-onli-ne.de. Kreisgemeinschaft Inster-burg Stadt & Land e. V., Geschäfts-stelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe Köln

Mittwoch, 26. Juli. Informatio-nen Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail C.Masch-ke@netcologne.de.

LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bi-lenbarg 69, 22397 Hamburg. Ge-schäftsstelle: Ute Eichler, Bi-lenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Reisebilder aus Ostpreußen

Sonnabend, 15. Juli, Lötze-ner Heimatmuseum, Sudetenland-sträße 18 H (Böcklersiedlung) in der Patenstadt **Neumünster**: Gele-genheit zum Besuch der Sonder-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allen-stein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Lands-mannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

ausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff (1890 – 1974). Sie ist nur noch kurze Zeit als Leihgabe des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg im Ausstellungsraum zu sehen sein. Einlass ist ab 10 Uhr. Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag „Reisebilder aus dem Königsberger Gebiet und dem Memelland“. Ute Eichler zeigt Fotos von der Erkundung dieser Region im Jahr 2016 und berichtet von ihren Erfahrungen mit dem Reisedienst Schukat-Schülke, Anklam. – Der Eintritt in den Ausstellungsraum und zum Vortrag ist – wie immer – frei.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Törnesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Die Mohrunger Stuben –
Ein Rückblick

Vor zehn Jahren wurden am 6. Juni 2007 die Mohrunger Stube im historischen Rathaus der Stadt eröffnet. Hartmut Krause hat das Jubiläum zum Anlass genommen, um über den beschwerlichen Weg dorthin zu berichten.

Das Mohrunger Rathaus, erbaut zwischen 1340 und 1360 in seiner unverkennbaren Gestalt mit dem typischen Türmchen als Dachreiter und seiner Uhr mit Glockenschlag, stand jahrelang leer und drohte zu verfallen. Schon bald nach der „Wende“ bemühte sich die polnische Denkmalpflege um den Erhalt des Gebäudes. In den Jahren 2000 und 2001 bekundete der damalige Kreisvertreter Siegfried Kraus das Interesse der Kreiskommune an einer Sanierung des Rathauses und signalisierte auch eine finanzielle Beteiligung von zirka 30 000 D-Mark. Verbunden war dies schon damals mit dem Wunsch, die Kreiskommune möge einen Raum zur freien Gestaltung für sich bekommen.

Zwar konnte im Jahre 2002 bereits an der Nordseite des Rathauses ein Touristenbüro eingerichtet werde, jedoch für eine ganzheitliche Restaurierung fehlten die Gelder. Erst 2004 kam Bewegung in die Sache. Zeitgleich, im Mai 2004, wählte die Kreiskommune mit Günter Dombrowski einen neuen Kreisvertreter. Sein Stellvertreter wurde ich, Hartmut Krause. Zugleich wurde ich auch als „Projektleiter“ für einen noch zu schaffenden Raum im Rathaus



Mohrungen: Vertragsunterzeichnung mit (v.l.) dem Projektleiter Hartmut Krause, dem damaligen Kreisvertreter Günter Dombrowski und Herbert Preuß als Übersetzer (oben)

Rechts: Seit vielen Jahren leitet Irena Puscian die Mohrunger Stube

Bilder (2): privat

und für die weiteren Verhandlungen mit der Stadt Mohrungen ernannt.

Die polnische Denkmalsbehörde erarbeitete 2004 einen ersten Sanierungsplan, jedoch war mit einem Start der Bauarbeiten nicht vor 2005/2006 zu rechnen. Am 1. Oktober 2005 beschloss der Kreistag der Kreiskommune Mohrungen sich an den Sanierungskosten mit 15 000 Euro zu beteiligen, und in einer Arbeitsgruppe ein Nutzungskonzept für den in Aussicht gestellten Raum zu erarbeiten.

Diese Arbeitsgruppe bestand aus mir als Projektleiter sowie Gisela Harder, Elisabeth Krahn, Holger Feddrich und Carsten Fecker. Am 24. Januar 2006 tagte sie in Celle bei Elisabeth Krahn. Die hier gefassten Beschlüsse leitete ich in Form einer Bauzeichnung nach Mohrungen weiter. Es muss an dieser Stelle betont werden, dass die Wünsche für die Ausstattung des zugewiesenen Raumes von 52 Quadratmetern mit einer Zwischenwand, diversen elektrischen Anlagen und anderem mehr von der Stadtverwaltung genauestens umgesetzt wurden.

Den ersten Vertragseinwurf entwickelte ich dann mit Datum vom 4. Juli 2006. Auch hier bewährte sich das gute Verhältnis zur Stadtverwaltung Morag. Fast ohne Änderungen wurde der Text übernommen. Unser Vertrauensmann vor Ort war bei allen Verhandlungen Herbert Preuß (Henryk Pruckowski, 2011). Als Übersetzer und später als Leiter unserer „Mohrunger Stube“ im Rathaus war er tätig.

Die Einweihung des restaurierten Rathauses durch die Stadt fand dann bereits am 15. Dezember 2006 statt. Die endgültige Unterzeichnung des „Vertrages auf Gegenseitigkeit“ zur Übernahme der Räume im Ersten Stock durch die Kreiskommune fand dann am 5. Januar 2007 statt. Vertragsgegenstand waren die Errichtung einer „Mohrunger Stube“ und die Leistung einer Spende in Höhe von 15 000 Euro zur Sanierung der Turmuhr einschließlich Glockenspiel sowie der französischen Kanonen von 1871.

Wesentlich für das Verhältnis zu unserer Heimat ist für uns Mohrunger die Präambel zum Vertrag: „Die Stadt und Gemeinde Mohrungen und die Kreiskommune Mohrungen bekun-



den ihren gemeinsamen Willen, das historische Rathaus der Stadt Morag aus dem 14. Jahrhundert, das sich auf dem Johannes-Paul-II-Platz 1 befindet, unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten künftigen Generationen zu erhalten, um so einen Beitrag zur historischen und kulturellen Geschichte der Region zu leisten.“

Für mich als Projektleiter ergab sich nun eine rege Reisetätigkeit, um den Raum mit Leben beziehungsweise mit Inhalten zu füllen. Bereits am 10. Februar 2007 bestellte ich in Absprache mit unserer Arbeitsgruppe die ersten Möbel, die im April 2007 geliefert und in Mohrungen aufgebaut wurden. Große Resonanz fand auch ein Aufruf nach Spenden für Ausstellungsgegenstände, Original-Gemälden Mohrunger Künstler, Grafiken und geschichtlichem Material. In den Mohrunger Heimatkreis Nachrichten danken wir ihnen in Form einer Art Ehrentafel, denn sie haben sowohl zu der Grundausstattung als auch zum Konzept unsere Ausstellung wesentlich beigetragen.

Die offiziellen Eröffnung der „Mohrunger Stuben“ war dann am 6. Juni 2007. Parallel dazu fand auch das Heimatkreistreffen erstmals in unserer Heimat in Mohrungen statt. Mit zwei Bussen und einer Reihe von Privatautos reisten unsere Landsleute an. Wir belegten komplett das Mohrunger Sporthotel am Kümmelberg. Unvergessen ist die drangvolle Enge beim Abendessen mit den vielen Gästen aus der Stadt Mohrungen selbst und dem Kreisgebiet. Wahre Wunder zauberte die Küche da hervor, um alle satt zu bekommen. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass es für die Stadt selbstverständlich war, der Kreiskommune für die Kreisausschuss- und die Kreistagsitzung den Sitzungssaal im Zweiten Stock des ehrwürdigen und frisch restaurierten Rathaus zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer Beleg für das gegenseitige Vertrauen, das freundschaftliche Verhältnis und die Wertschätzung zwischen der Stadt und uns alten Mohrungen.

Was nun die Mohrunger Stube in der Zeit nach der Eröffnung im Jahre 2007 bis heute betrifft, verlangt diese Einrichtung natürlich weiterhin Aufmerksamkeit, Ergänzungen und Pflege. Bereits 2008 wurde die Ausstellungsfläche durch die kleinen Wandtische ergänzt. So entstand Platz für besondere Dokumente. Ein besonderes Geschenk war die vollständige Überlassung der deutschsprachigen Literatur von Herbert Preuß.

Im Jahre 2009 ließ ich dann, um die Werbung für unsere Landsleu-

te und für Touristen zu verstärken, 2500 Flyer zur Auslage in Hotels und Pensionen drucken. Das Jahr 2014 war geprägt durch eine vollständige Umgestaltung des geschichtlichen Teils unserer Sammlung. Es wurden sechs neue Tische angefertigt, die die Auslagenfläche um vier Quadratmeter vergrößerten und somit übersichtlich Platz für die Geschichte unseres Kreises Mohrungen, für seine Städte Mohrungen, Saalfeld und Liebstadt und seine Dörfer bis hin zur Ostpreußischen Tragödie 1945 schafften. Hoch willkommen war dann im Jahre 2016 noch die von der Berliner Gruppe angefertigte und von Bernd Krause gestiftete Kreisleuchte mit dem historischen Wappen.

Heute leitet nun schon seit vielen Jahren Irena Puscian mit Engagement und Übersicht die Mohrunger Stube. Sie empfängt die Besucher und pflegt die Räumlichkeiten. Dafür gebührt ihr besondere Anerkennung und Dank. Die vielen Eintragungen und Kommentare in unserem Gästebuch zeugen von Anerkennung und Wertschätzung der bisher geleisteten Arbeit und motivieren, sich weiter für den Bestand der „Mohrunger Stube“ einzusetzen.



PREUSSISCH
EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preussisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Neue Ausgabe,
neuer Schriftleiter

Liebe Kreis-Preussisch-Eylauer, noch rechtzeitig im Mai ist die 103. Ausgabe unseres Kreisblatts erschienen. Die wichtigste Nachricht: Wir haben einen neuen Schriftleiter! Nach jahrzehntelanger Gestaltung des Blatts zunächst durch Horst Schulz und dann durch Gerd Birth hatte die Halbjahresschrift ein Niveau erreicht, an das sich kein Nachfolger herantraute. Gerd Birth gelang es nun, Frank Steinau zu gewinnen, einen Angehörigen der nächsten Generation. Weiteres siehe im Kreisblatt auf Seite 9. Wir freuen uns, bitten alle Landsleute, den Neuen zu unterstützen, und wünschen diesem viel Erfolg.

Wer das Preussisch-Eylauer-Kreisblatt noch nicht regelmäßig bekommt, kann es unter der oben angegebenen Adresse anfordern. Die neue Ausgabe bringt wieder eine reichhaltige Mischung, für



Kreisblatt Nummer 103: Brandneu und mit vielfältiger Themen-Mischung

Bild: privat

jeden etwas aus Geschichte, Gegenwart und Kultur. So hat Horst Plebuch die vor hundert Jahren erschienenen Kreisblätter durchgesehen und die Bekanntmachungen zur Kriegswirtschaft im ersten Halbjahr 1917 zusammengestellt; eine Pfarrersfrau schildert in einem Brief von 1948 ungeschminkt „Die schrecklichen Jahre von 1945 bis 1947“ ihrer Familie in Ostpreußen und sehnte sich, in der Fremde nur geduldet, doch nach der Heimat.

Und schließlich liegen dem Kreisblatt wieder Programm und Einladung zum Preussisch-Eylauer-Kreistreffen bei, das in diesem Jahr am 30. September und 1. Oktober in der Niedersachsenhalle Verden stattfindet. Achtung: Wir haben einen geänderten Termin! Buchen Sie schon jetzt Ihre Unterkunft (Tourist-Info Verden, Tel. 04231/12345).

M. L.



SCHLOSSBERG
(PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Verleihung der
Albertinen

Die Abiturfeier am Gymnasium Winsen fand am Freitag, dem 15. Juni 2017 statt. Bereits seit Gründung der Patenschaft 1966 wird eine alte ostpreußische Tradition gepflegt. In den letzten Jahren wünschte sich jeweils der komplette Abiturjahrgang Albertinen. So auch der diesjährige Abiturjahrgang. Die Schülervereinigung Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg verlieh die Albertus Nadeln.

Die Feierstunde zum bestandenen Abitur war wie in jedem Jahr bestens gelungen. Die musikalische Umrahmung gestaltete die Big Band des Gymnasiums unter Leitung von Herrn Bockelmann. Schon allein der Einmarsch der Abiturienten war sehr stimmungsvoll. OSTd Stefan Schulz begrüßte als Schulleiter, die Grußworte folgten. In drei Zeugnisblöcken empfingen die Abiturienten ihr Reifezeugnis aus den Händen des Schulleiters. Ulla Gehm und Renate Wiese steckten die gewünschten Albertinen an. Die Lehrerrede von Herrn Krebs, die Elternrede und die Schülerreden spiegelten die Schuljahre des Abiturjahrgangs 2017 wider. Erwähnenswert ist das Klaviersolo von Julia Marie Burmeister aus der Klasse 10.

Der gute Notendurchschnitt der Abiturienten wurde mit Preisen geehrt. Der Abiturjahrgangschor verabschiedete sich mit einem Lied, Dankesworten und Blumengrüße. Mit einem Glas Sekt endete die Abiturfeier. Am Abend fand der traditionelle Abiball statt.

Für die Ehemaligen der Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg ist es stets eine ehrenvolle Aufgabe, diese alte, ostpreußische Tradition der Alberten-Verleihung an ihrem Patengymnasium in Winsen durchführen zu können.

Ursula Gehms
Grußwort

Die Sprecherin Ursula Gehm weist in ihrem Grußwort stets auf die Bedeutung der Alberte hin. In diesem Jahr hatte diese Verleihung eine ganz besondere und wichtige Bedeutung.

„Liebe Abiturientinnen und Abiturienten, sehr geehrter Herr OSTd Schulz, verehrtes Kollegium, meine Damen und Herren, herz-

lich gratulieren Ihnen die Ehemaligen Ihres Patengymnasiums, der Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg, zu Ihrem bestandenen Abitur. Die Kreiskommune Schloßberg schließt sich diesen Wünschen an. 77 Abiturienten haben sich von uns Alberten gewünscht. Wir freuen uns sehr, und es macht uns stolz, diese alte ostpreußische Tradition der Alberten-Verleihung, wie all die Jahre seit 1966, fortführen zu können. Da meine Sehkraft nachgelassen hat, unterstützt mich Renate Wiese, danke liebe Renate.

In diesem Jahr hat diese kleine Nadel hier in meiner Hand eine ganz besondere Bedeutung. Abgebildet auf dieser vergoldeten Albertus-Nadel ist das Brustbild des letzten preußischen Hochmeisters des Deutschen Ordens Albrecht von Brandenburg-Ansbach. 1517 - genau vor 500 Jahren - schlug Martin Luther in Wittenberg seine 95 Thesen an das Tor der Schloßkirche an.

Reformation – das ist dieses Jahr das große Thema. Sie haben es im Unterricht vertieft. Was hat aber die Reformation mit Albrecht und Ostpreußen zu tun?

Der Gedanke von Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit bewegte damals schon lange das Volk in Deutschland, ja in ganz Europa. Martin Luther verfasste seine Thesen. Dank der bereits erfundenen Buchdruckkunst konnten seine Schriften weit veröffentlicht werden. So erreichten die Ideen und Gedanken der Reformation auch Ostpreußen.

Ob sich Albrecht mit Luther traf, wissen wir nicht, aber die Kontakte zu Melanchthon, Osianer und Möllin veranlassten ihn, die Bewegung der Reformation auch in Ostpreußen zu veranlassen. Natürlich spielte damals auch die politische Lage eine große Rolle. Aber die Unzufriedenheit des Volkes mit Kirche und Staat war in ganz Europa spürbar. Der letzte preußische Hochmeister Albrecht entsagte dem Deutschen Orden, führte in Ostpreußen die Reformation ein und wurde der erste preußische Herzog in Ostpreußen. Albrecht war nicht nur ein gläubiger Mensch. Er reformierte den ostpreußischen Staat und die Kirche, setzte sich für die Bildung ein und gründete 1544 die Königsberger Universität – die Albertina.

Nehmen Sie, liebe Abiturientinnen und Abiturienten die Gedanken und Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit auf. Vergessen Sie dabei nicht den Glauben. So hoffen und wünschen wir, Sie sind gerüstet für Ihren weiteren Lebensweg.

Feiern Sie Ihr bestandenes Abitur. Die Ehemaligen Ihres Patengymnasiums gratulieren Ihnen herzlich und wünschen Freude und Erfolg für all Ihre Pläne.“



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

25 Jahre
Partnerschaft

Zum Auftakt der Kieler Woche feierte die Stadt Kiel am 15. Juni das 25-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Königsberg und Tilsit (Sovetsk). In seiner Begrüßungsrede betonte der Kieler Stadtpräsident, Hans-Werner Tovar, die erfolgreiche 25-jährige Beziehung vor allem zu Tilsit und den herausragenden Beitrag der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Anzeige



10 Jahre ohne Dich

Irmgard Faber

geb. Lissek

geb. September 1936, Theerwisch Kreis Ortelsburg
gest. Juni 2007, Dortmund

In Liebe

Deine Kinder, Dein Bruder, Deine Enkelkinder
sowie Deine Urenkel

Dortmund, Juni 2017

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Stadtgemeinschaft Tilsit. Tovar: „So möchte ich explizit die Stadtgemeinschaft nennen, die sich seit über 60 Jahren für die Annäherung zwischen Kiel und Sovetsk stark macht. Der Anteil, den der langjährige ehemalige Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Horst Mertineit an der Anbahnung der Partnerschaft zwischen unseren beiden Städten hatte, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Völlig zu Recht wurde er dafür nicht nur mit der Andreas-Gayk-Medaille, sondern auch mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Sovetsk ausgezeichnet“. Über Horst Mertineit sagte er weiter: „Mertineit, der leider im Jahr 2013 verstorben ist, war sein Leben lang ein Streiter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kontaktpflege. Damit ist er ein Vorbild für uns alle“.

Auch die Bürgermeisterin von Tilsit, Natalia Soroka, bekräftigte diese Aussagen des Stadtpräsidenten von Kiel. Sie sagte über Mertineit: „Als Vorsitzender der Stadtgemeinschaft hat er die Bereitstellung von materieller, technischer und finanzieller Unterstützung für Medizin- und Bildungseinrichtungen, für die soziale Unterstützung der Bevölkerung koordiniert“. Und weiter „Seine wohlthätige Arbeit hat ihn unter den Bewohnern unserer Stadt berühmt gemacht“.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat in diesem Sinne auch in den letzten Jahren und unter dem Vorsitz von Hans Dzieran die partner-schaftlichen Beziehungen fortgesetzt und weiter ausgebaut.

Norbert Subroweit,
Stellvertretender Vorsitzender

Treffen der
Schulgemeinschaft

Vom 19. bis 22. Mai traf sich die Schulgemeinschaft-SRT-Realgymnasium/Oberschule für Jungen zu Tilsit im „Abacus-Tierpark-Hotel“ in Berlin-Friedrichsfelde. Es war ein gelungenes und sehr harmonisches Schultreffen – auch dank der guten Organisation von Dieter Wegerer und Gerhard Pfiel. Im großzügig eingerichteten Hotel fühlten wir uns wohl – hatten wir doch einen für uns reservierten Raum zur Verfügung. Bis zirka 16 Uhr fanden sich insgesamt 19 Personen zur Kaffeetafel ein – davon elf ehemalige Schulkameraden. Alle freuten sich über das Wiedersehen. Mit 95 Jahren der älteste Teilnehmer war Horst Redetzky. Er verteilte sein Buch „Ofiziers-Lager 7150 Grjasowez“ und trug ein Gedicht vor.

Angereist waren: Dietmar Behrendt mit Frau Sigrid, Werner Grusdt mit Sohn Bernt, Max Hildebrandt mit Frau Annemarie, Martin Hübner mit Frau Hannelore, Heinz-Günther Meyer mit Frau Helga, Gerhard Pfiel mit Frau Renate, Klaus-Jürgen Rausch mit Frau Rita, Horst Redetzky mit Sohn Axel, Georg Schneidereit, Harro Thomaschky und Dieter



Tilsit-Stadt: Zum 79. Mal trafen sich die Schulkamerade des Realgymnasium

Bild: privat



Tilsit-Stadt: Kiels Stadtpräsident Hans-Werner Tovar (m.) begrüßte Tilsits Bürgermeisterin Natalia Soroka und Daniel Kelmanski, Abgeordneter im Tilsiter Stadtparlemnt

Bild: privat

Wegerer. Anlässlich des 65-jährigen Bestehens der SRT erinnerte er an Gründung und Entwicklung der Schulgemeinschaft.

Dank der Bemühungen von Friedrich Weber, Abiturient von 1925, wurde die SRT am 13. Oktober 1951 gegründet. Sie umfasste zunächst nur Abiturienten, die in das Gebiet der BRD geflüchtet waren. Der Kreis der sich jährlich treffenden Schüler vergrößerte sich nach der Wiedervereinigung mit der DDR, wobei es jetzt nicht nur um Abiturienten ging, sondern um jeden, der einmal die Schule besucht hatte. Mit Hilfe der Aufzeichnungen des Musiklehrers Schwarz wurden die Klassenlisten des Schuljahres 1943/1944 rekonstruiert. Durch umfangreiche Recherchen konnten viele Adressen von ehemaligen Mitschülern in Deutschland, der Schweiz, in Kanada, den USA und Südafrika ermittelt werden. So wurden 375 bekannte Adressen in der Festschrift zum 160. Schuljubiläum vom 16. April 1999 aufgeführt. Davon sind heute noch rund 100 erreichbar.

Besonders wurde der verdienstvollen Tätigkeit von Hans Dzieran gedacht, der in den Jahren 1995 bis 2012 als Vorsitzender die Geschicke der SRT leitete und auch heute noch mit ihr verbunden ist.

Klaus Bluhm hat noch vor seiner Operation den Revisionsbericht geschrieben. Darin bestätigte er die korrekte Kassenführung sowie die einwandfreie Erfassung und Verwendung der eingegangenen Spenden. Für diese Spenden danken wir an dieser Stelle noch einmal herzlich, denn sie sind zur Deckung unvermeidbarer Ausgaben für die Schulgemeinschaft immer sehr willkommen.

Nach den Ausführungen von Gerhard Pfiel sang man gemeinsam das Ostpreußenlied. Beim Totengedenken wurde der Schulkameraden gedacht, die uns seit dem letzten Schultreffen für immer verlassen haben. Für 19 Uhr war das gemeinsame warme Abendessen bestellt. Dann stand gemütliches Plachandern auf dem Programm. Am Samstagmorgen besichtigten wir den Tierpark in Berlin-Friedrichsfelde mit seiner großen Vielfalt an Tieren und seinen wunderschönen Gehegen und Grünanlagen. Wie man lesen konnte, ist er mit über 9000 exotischen Tieren der größte seiner Art in Europa.

Der Spätnachmittag war zur freien Verfügung vorgesehen. Am Abend trafen wir uns wieder zum gemeinsamen Abendessen. Der Tag klang aus mit gemütlichem Beisammensein. Am Sonntag trafen wir uns zum „Dampferchen“ fahren. Die dreistündige Schifffahrt begann und endete am Märkischen Ufer in Berlin Mitte. Sie führte uns laut Fahrplan der Reederei unter 64 (!) teils sehr bekannten und interessanten Brücken hindurch. Es ging unter anderem vorbei am Bundeskanzleramt, am Reichstagsgebäude, an der Museumsinsel und am Berliner Dom. Bei bestem Wetter wurden uns die Sehenswürdigkeiten, an denen wir vorbeifuhren, ausführlich erklärt.

Es war eine interessante Fahrt, die wir sehr genossen haben. Berlin bietet für jeden Geschmack etwas und so war der Nachmittag zur freien Verfügung vorgesehen. Nach dem gemeinsamen Abendessen wurde viel plachandert. Wieder verging die Zeit bis zur Abreise am Montag viel zu schnell. Wir geben den Mut nicht auf und freuen uns jetzt schon auf das nächste Wiedersehen mit möglichst vielen Teilnehmern. Dieses Schultreffen soll wieder in Berlin, im Abacus-Tierpark-Hotel stattfinden – und zwar vom 4. bis 7. Mai 2018. Bleibt bis dahin bitte möglichst gesund und bei Kräften!

Gerhard Pfiel,
Klaus-Jürgen Rausch
Schulsprecher

Johanna-Wolff-Schule

Das diesjährige Treffen der ehemaligen Johanna-Wolff-Schüler findet vom 9. bis 13. August im Balance-Hotel, Alte Messe Leipzig, Breslauer Straße 33, 04299 Leipzig statt. Der Preis für ein Einzelzimmer beträgt 60 Euro und für ein Doppelzimmer 75 Euro mit Frühstück und einem Ticket der Mitteldeutschen Verkehrsbetriebe für Fahrten in Leipzig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Geplante Unternehmungen: Stadtrundfahrt mit Begleitung, Besuch des Völkerschlachtdenk-mals, Schiffsrundfahrt und Besuch der Thomaskirche mit Kantaten oder Motetten. Anmeldungen zum Treffen nimmt die Schulsprecherin Frau Irmgard Steffen unter der Telefonnummer (0611) 844938 gerne entgegen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 8. Juli: Tagesausflug nach Würzburg, mit Schifffahrt auf dem Main und Besuch des Bürgerspitals. Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Hof – Sonnabend, 8. Juli, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Sommer in Ostpreußen.

Weiden – Beim Heimatnachmittag im Cafe Mitte am Stokerhutupark begrüßte der 1. Vorsitzende Norbert Ushald die zahlreich erschienenen Landsleute und Gäste. Danach wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen. Im Anschluss daran gratulierte die Kassiererin Ingrid Ushald den Geburtstagskindern des Monats Juni.

Der Vorsitzende berichtete von der langen Tradition der Sonnwendfeuer und Johanni-feiern. Er erklärte, wie sich aus heidnischen Ursprüngen heraus die heutige Tradition entstand und wie sich teilweise christliche Vorstellungen mit Bräuchen unserer Vorfahren vermischt oder verbunden wurden. Anita und Norbert Ushald sorgten danach für die musikalische Unterhaltung. Sie spielten bekannte Lieder und Weisen. Im Anschluss daran trugen Frau Ilse Stark und Andreas Ushald jeweils ein Gedicht vor.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich. Erst nach der Sommerpause findet der nächste Heimatnachmittag am Sonntag, 3. September, um 14.30 Uhr im Cafe Mitte statt.

Norbert Ushald,
Erster Vorsitzender

– Gartenfest –
Die Kreisgruppe traf sich vor der Sommerpause zum traditionellen Gartenfest bei Familie Ushald in Neunkirchen. Der Vorsitzende Norbert Ushald begrüßte bei strahlendem Sonnenschein die gutgelauten Mitglieder und Gäste, die in zwei Pavillons verteilt Platz nehmen konnten.

Zum Kaffee konnte man verschiedene schmackhafte Kuchen auswählen. Für das Gebäck waren Inge Otto, Anita Putz, Ingrid Ushald und Anita Ushald zuständig. Der Vorsitzende bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfern für den tatkräftigen Einsatz, der zum Gelingen der geselligen Zusammenkunft beitrug.

Am Abend bereiteten die Grillmeister Andreas Ushald und Adolf Ushald Bratwürste und Leberkäs für die Anwesenden zu. Dazu gab es verschiedene Salate, die von Edith Poweleit, Inge Otto und Ingrid Ushald zubereitet wurden. Ingrid Ushald gratulierte schließlich den Geburtstagskindern der Landsmannschaft, die einst in den Monaten Juli und August das Licht der Welt erblickten. Man verabschiedete sich mit den besten Wünschen bis zum nächsten Heimatnachmittag am 3. September um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN
Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

»Kleines« großes Treffen



Regen? Na, und! Ein buntes Kulturprogramm auf Schloss Burg sorgte trotzdem für sonnige Stimmung

Bild: Göllner

Das traditionelle „kleine“ Ostpreußentreffen auf Schloss Burg an der Wupper hat in diesem Jahr Verstärkung bekommen. Zum ersten Mal fanden sich Mitglieder und Freunde von drei Landsmannschaften zusammen, um gemeinsam auf dem Plateau vor der Gedenkstätte des Deutschen Ostens einen vergnüglichen Tag zu erleben und auch, um ihrer Toten zu gedenken. Die Landesgruppen Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern und Schlesien stellten sich auf mehreren Ständen vor. Sie boten den Gästen neben umfangreichen Informationen zu ihrer jeweiligen Heimatregion auch thematische Bücher, Bildbände und Landkarten an. Typisch

ostpreußische, pommersche und schlesische kulinarische Spezialitäten und auch so manch ein edler Schluck sorgten für ein gemütliches Plachandern unterm Glockenturm.

Trotz einsetzenden Regens wurde den Gästen ein unterhaltsames Kulturprogramm mit Beteiligung des ober-schlesischen Blasorchesters Ratingen angeboten. Ehren-gast und Hauptrednerin des diesjährigen Treffens war Renata Zajackowska aus Breslau, Vize-Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen. In der nächsten PAZ-Ausgabe veröffentlichen wir einen ausführlichen Bericht zum diesjährigen Treffen auf Schloss Burg. Dieter Göllner

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Anzeige



Königsberg – 14. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – 9. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 18 88 26.



BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Nachdem alle, die im Vorjahr die Drei-Tagesfahrt nach Greifswald und zum Treffen in Neubrandenburg mitmachten, über das Programm mit Chören und Kulturgruppen junger Teilnehmer aus dem polnischen, russischen und litauischen Teil Ostpreußens sowie dem Treffen aller 40 Heimatkreise begeistert waren, haben wir beschlossen, auch das diesjährige Treffen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als Ziel einer Gruppenreise anzubieten.

Wir starten am 23. September, um 7.30 Uhr ab ZOB Bremen (Cinemaxx) und werden um zirka 10.15 Uhr in Schwerin ankommen. Die Rückfahrt ist um 17.15 Uhr vorgesehen, sodass wir um zirka 20 Uhr wieder in Bremen sein werden. Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, spätestens bis zum 1. August, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – 15. Juli, Gastronomie „NewLivingHome“, Julius-Vosseler-Strasse 40: Sommerfest mit dem Chor LAB unter der Leitung von Dieter Dziobaka, mit einem fröhlichen Sommerprogramm. Achtung, neuer Veranstaltungsort ist die Gastronomie „NewLivingHome“ in der Nähe der U2-Haltestelle Hagenbecks Tierpark. Vom Bahnhof aus stehen für Gehbehinderte Rolltreppen und Fahrstühle zur Verfügung. Zum Veranstaltungsort sind es zirka fünf Gehminuten. Im Hugh-Greene-Weg 2 stehen kostenlose Tiefgaragenplätze zur Verfügung. Für Kaffee und Ku-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Gekerbte Seelen

Von der Pensionswirtin bis zum Stiftungsdirektor: 14 Aufsätze zu zwei wichtigen Themen

P WIE PAUDEL ODER PIETZE

„2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, heißt das Büchlein, das der aus Gumbinnen stammende Pfarrer Felix Arndt (1908–1999) in fleißiger Kleinarbeit zusammenstellte. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 39 weiter:

- P**
Pasorren = alte Fußbekleidung
Patscheimer = Eimer für Schmutzwasser
Paudel = kleines eimerartiges Gefäß
Pedale = Füße
pedden = radfahren, die Pedale treten
peerzen = sich quälen, anstrengen
peesen = rennen
Peilas = altes Messer
Peiðhaken = ins Gesicht hängende Locke
Peitschkes = Kotelletten
Peluschken = Erbsen
Penunsen = Geld
Peron (franz. ausgespr.) = Bahnsteig
perschen = prahlen
perzen = schwer arbeiten
petrich sein = unbeholfen sein
pesern, päsern = mit Feuer spielen
Pferdskaul = Pferdeschwemme
Pflaumenkreide = Pflaumenmus, dick gekochte Pflaumenmarmelade
Piefke = listenreicher, aber nicht böser Mensch
pieksen = zum Scherz ein wenig stechen
Piep = Tabakpfeife, Trillerpfeife, Mund („Halt die Piep“)
piepen = pfeifen
Pierak = Streuselkuchen, Weißbrot, Strietzel
Piesepampel = einer, den man nicht ganz Ernst nehmen kann
Pietze, Pipie = Katze

Auch nach 70 Jahren ist das Thema „Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“ nicht gerade populär. Noch viel weniger hört, liest und sieht man hierzulande über das Schicksal der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa seit den Umsiedlungsaktionen im Dritten Reich bis zur Gegenwart.

Auch aus diesem Grund veranstaltete der Frauenverband im Bund der Vertriebenen (BdV) 2016 zwei Tagungen zu den Themen „Die Daheimverbliebenen: Deutsche im Osten Europas – Brückenbauer zwischen Ost und West“ sowie „Frauen und Kinder

Seelische Traumata der Kriegskinder

erlebten Krieg und Gewalt – wie wirken diese Erfahrungen auf ihr Leben?“. Auf dem Programm standen autobiografische Zeitzeugenberichte und wissenschaftliche Referate. Unter dem Titel „Krieg kerbt Frauen- und Kinderseelen“ erschien dazu ein Tagungsband mit insgesamt 14 Beiträgen.

Reizvoll ist sicherlich, dass hier die unterschiedlichsten Autoren berichten. Mit dabei sind hochkarätige Wissenschaftler wie Ingo von Münch, ehemaliger Professor für Öffentliches Recht in Hamburg, oder der Historiker Manfred Kittel, von 2009 bis 2014 Direktor der Stiftung Flucht und Vertreibung. Auf der anderen Seite kommen Leute zu Wort, deren Sicht durch persönliches Erleben, durch das eigene Schicksal geprägt wurde.

Zahlreiche Psychologen und Psychotherapeuten beschäftigen sich heutzutage mit den seelischen Traumata der Kriegskinder und ihrer Aufarbeitung nach sieben Jahrzehnten. Speziell über die „Vaterlosigkeit“ dieser Generation und über Defizite in der Empathieerfahrung der Kriegskinder referierte Jürgen Reulecke in seinem Beitrag „Die Generation der Kriegskinder. Historische Hintergründe und Deutungen“. Der Geschichtsprofessor war 2003 bis 2008 Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Er-



Hineingeboren in eine grausame Welt: Geflüchtete Mutter mit Kind kurz nach Kriegsende

Bild: Archiv

innerungskulturen“ an der Universität Gießen.

„Kriegs- und Fluchterfahrungen in Lebens- und Familiengeschichten: Lange Schatten des Zweiten Weltkriegs“ ist der Aufsatz von Barbara Stambolis überschrieben. Manchen Kriegskindern sei erst spät und durch intensive Beschäftigung mit ihren gravierenden Angst- und Verlusterfahrungen bewusst geworden, wie schwer es ihnen fällt, offen mit ihren Gefühlen umzugehen. Von der innerhalb der Familien „vererbten“ Problematik ist auch die Generation der sogenannten „Kriegsenkel“ betroffen, weiß Barbara Stambolis aufgrund ihrer Forschungen. Die Autorin ist Professorin für

Neuere Geschichte an der Universität Paderborn.

„Lange Zeit gab es keinen öffentlichen Kommunikationsraum, in dem die Schicksale der ostpreußischen Hungerüberlebenden erzählbar gewesen wären. Heute sind zumindest die nach Litauen geflüchteten Bettelkinder Bestandteil der deutschen Erinnerungslandschaft“, konstatiert Christoph Spatz in seinem Aufsatz „Starke Kinder. Ostpreußens Hungerüberlebende in Litauen“. Spatz promovierte 2015 an der Berliner Humboldt-Universität mit einer Arbeit zu den ostpreußischen Wolfskindern.

Brigitte Trennepohl schildert ihren Überlebenskampf gemeinsam

mit ihrer Mutter, der Schwester und der Großmutter nach einer gescheiterten Flucht aus Gerdauen. Auch sie fuhr im Hungerwinter 1946/47 mit anderen Kindern auf Betteltour nach Litauen. Die Kinder sprangen auf fahrende Güterzüge auf und versteckten sich auf den Puffern und Bremschläuchen. Von dem Wenigen, das sie besaßen, gaben ihnen die Litauer etwas ab. Brigitte Trennepohl wurde 1937 in Gerdauen geboren. Seit 2007 betreut sie die in Litauen lebenden „Wolfskinder“. Ihre Geschichte hat die Autorin Johanna Ellsworth im Roman „Das Wiegenlied der Wolfskinder“ verarbeitet.

Vier von insgesamt 14 Beiträgen sind dem „Brückenbauen“ gewidmet. „Unser gemeinsames Europa braucht gerade heute in Zeiten des Wandels eine Zukunft in Frieden. Das kann es nur geben, wenn wir uns von den Brückenbauern mitreißen lassen und die trennenden Grenzen und Gräben überwinden“, betont die 1952 in Wetschehausen im Banat (Rumänien) geborene Sozialwissenschaftlerin Maria Werthan in ihrem Vorwort. Unter dem Titel „Die Berglanddeutschen – was war, was bleibt?“ berichtet Alexandra Damsea über diese Bevölkerungsgruppe aus dem Banat im Südwesten Rumäniens. Nach dem Sieg Prinz Eugens von Savoyen über die Osmanen im Jahr 1716 wurde das Gebiet der südöstlichste Winkel der habsburgischen Monarchie. 2002 lebten noch knapp 60000 Deutsche in ganz Rumänien. Sie bilden die viertgrößte Minderheit des Landes. Unter ihnen stellen die Banater Deutschen mit 34 Prozent die größte Gruppe. Alexandra Damsea ist Mitglied des Demokra-

tischen Forums der Berglanddeutschen, in deren Auftrag sie Volksgut sammelte.

Dora Mross ist in ihr Elternhaus auf der Elbinger Höhe am Frischen Haff an der Grenze zu Ostpreußen zurückgekehrt, wo sie 1936 geboren wurde. Im Dorf Dönhöfen (Przybylowo) ist sie bestens integriert. In ihrem Beitrag „Wieder zu Hause – als Deutsche in der Heimat West- und Ostpreußen“ berichtet sie über die Vertreibung ihrer Familie durch die polnischen Besatzer im November 1945 und über ihre späte Rückkehr in ihre Heimat. Für sie und ihren Mann, einen Spätaussiedler aus Sensburg, wurde 1991 ein Traum wahr, als sich die Gelegenheit ergab, den elterlichen Hof über eine Strohfirma zu erwerben. Schon seit 1975 war sie mit ihrer Familie jährlich bei den damaligen Besitzern zu Gast gewesen. Seit 1996 wohnen sie und ihr Mann jedes Jahr für längere Zeit in Dönhöfen. Sie eröffneten eine kleine Ferienpension, die heute noch betrieben wird, und begannen mit einer Schafszucht. Dora Mross ist inzwischen verwitwet. In Deutschland ist sie aktiv in der Frauenarbeit der Landsmannschaft Westpreußen, „drüben“ gehört sie der Gesellschaft der deutschen Minderheit in Elbing und der evangelischen Kirchengemeinde in Elbing an.

Dagmar Jestrzowski



Sibylle Dreher, Maria Werthan (Hrsg.): „Krieg kerbt Frauen- und Kinderseelen“, Osteuropazentrum-Berlin-Verlag, Berlin 2017, broschiert, 230 Seiten, 9,90 Euro

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämien!

Prämie 1

Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Meyers Neuer Weltatlas

zeichnet in bewährter digitaler Präzision ein aktuelles Bild unserer Erde: Optisch wie inhaltlich auf dem neusten Stand der Kartografie ist dieser moderne Atlas. Jetzt mit erweitertem Themen- und Satellitenbildteil sowie mit Länderlexikon! Ein unverzichtbares Nachschlagewerk für eine virtuelle Reise um die Welt.

Prämie 2

Renaissance-Leuchtglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdecker Routen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Atlas der Weltgeschichte

Ein Atlas, der im Bereich Wissensvermittlung Maßstäbe setzt: Die ideale Verbindung aus Karten- und Bildmaterial sowie fundierten Texten lässt die Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen bis heute lebendig werden. Mehr als 500 farbige, historisch genaue Karten, 1000 Fotografien und Zeichnungen.


Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie 1: Leuchtglobus und
Meyers Neuer Weltatlas

Prämie 2: Renaissance-Globus und
Atlas der Weltgeschichte

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 132 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie ☐ Nr. 1 oder Prämie ☐ Nr. 2.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift

☐ Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Wie Merkel in gebückter Haltung hinter den USA herläuft

Zu: Taktisches Irrlicht (Nr. 22)

Der Fehler von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es, erst jetzt ein radikales Umdenken anzugehen. Das hätte sie bereits bei Barack Obama machen müssen. Der Ex-US-Präsident war zwar nicht der „Poltergeist“, aber war er wirklich der bessere Präsident? Sich immer auf den großen Bruder zu verlassen, war und ist ein großer Fehler.

Die Europäer, allen voran Deutschland, wären gut beraten, ein wirkliches Europa zu schaf-

fen. Frau Merkel fühlt sich vor der Kamera wohl in der ihr übertragenen Rolle als Führungskraft für Europa. Aber hinter der Kamera wird anders gesprochen. Merkel handelt nach den Methoden der Physik: Beobachtungen und Versuche. Das reicht aber weder für die Position eines Bundeskanzlers noch für eine Führungskraft in Europa aus.

Sie wendet aber sehr wohl die Gesetze der Macht an. Dazu gehört es, Absichten zu verbergen. Also Menschen in Ungewissheit zu halten, indem sie nie den

Zweck ihrer Handlungen offenbart. Oder nie mehr zu sagen als unbedingt erforderlich. Erwecken der Aufmerksamkeit um jeden Preis – damit macht sie sich zum Magneten der Aufmerksamkeit, indem sie fester, facettenreicher, mysteriöser als die langweilige ängstliche Masse auftritt.

Ob Donald Trump mit seiner Devise „Seht zu, wie ihr Europäer fertig werdet“ durchkommt, ist nicht sicher. Aber selbst wenn er nur Teile seiner Vorstellungen durchsetzen kann, sieht Europa alt aus. Bei den letzten Kriegen

(ohne den Zweiten Weltkrieg), an denen die Vereinigten Staaten maßgeblich beteiligt waren, aber nichts erreicht haben, waren es letztlich die Anderen, die Schuld für das Scheitern gehabt hätten.

Die Nato wird unter Führung der USA auch in Syrien scheitern. Deutschland und Europa sollten erkennen, dass der US-Präsident nicht nur unberechenbar, sondern auch gefährlich ist. Er wird weiter Kriege führen. Denn immerhin beabsichtigt er, den Verteidigungsetat um 54 Milliarden Dollar zu erhöhen (ganz nebenbei

sichert er damit viele Arbeitsplätze). Ihm ist das Thema Klima völlig egal. Aber im Ernstfall werden es die USA sein, die zuerst einen Krieg um Nahrungsmittel und Wasser führen werden.

Frau Merkel sollte sich endlich wirklich um Europa kümmern und nicht ständig in gebückter Haltung hinter Amerika herlaufen. Schafft sie dieses nicht, ist sie weder für Europa noch für Deutschland geeignet. Die Alternative für Frau Merkel ist nicht Frau Merkel. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Heil aus Unheil

Zu: Warum sich Görings Großnichte sterilisieren ließ (Nr. 21)

„Kollektive Schuld gibt es nicht“, heißt es in diesem Artikel. Nun, so einfach ist das nicht. Es gibt ja auch einen kollektiven – relativen – Wohlstand oder Armut. Und diese hängen doch sehr davon ab, zu welchem Volk man gerade gehört. Ebenso, inwieweit man in einen Krieg einbezogen ist oder in seine Folgen. Während persönlich unschuldige Deutsche Flucht, Vertreibung und Bombenhagel erlitten haben, ging es zum Beispiel den Schweizern sehr gut.

Ein Volk ist eine Gesamtheit, die über Jahrhunderte existiert und ein eigenes Schicksal hat, dem die Einzelschicksale eingefügt und untergeordnet sind. Und so, wie es die Einzelbiografie eines jeden Menschen gibt, so gibt es auch die eines jeden Volkes. Letzteres nennt man die Geschichte eines Volkes.

Und so, wie jeder Mensch eine Aufgabe in seinem Leben hat, die er zu erkennen und zu erfüllen hat, so hat ein jedes Volk eine Aufgabe im Zusammenleben der Völker.

Ich sehe die beiden verhängnisvollen Kriege in diesem Zusammenhang. Das Verfehlen seiner Aufgaben konnte erst die Untergänge über unser Volk hereinbrechen lassen.

Friedrich Nietzsche spricht von der Exstirpation (Beseitigung, d. Red.) des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches. Das heißt: Ab der misglückten „Revolution“ von 1848 hat Deutschland schon angefangen, seinen Geist aufzugeben.

Im Alten Testament heißt es: „Ich, der Herr, werde die Schuld der Väter verfolgen bis in das dritte und vierte Geschlecht“ (2. Mose 20.5.). Und genau damit haben wir es eigentlich zu tun. Um diese Schuld auszugleichen, reicht es freilich nicht, pathologische Verhaltensweisen als Einzelner oder als Kollektiv an den Tag zu legen. Heilsam wäre es dagegen, über der Deutschen eigentliche Aufgabe gründlich nachzudenken und dieselbe auch zu erfüllen. Sonst kann kein Heil aus dem Unheil entstehen. **Johannes Fellner, Höslwang**



Von Barack Obama 2016 eröffnet: In Washington gibt es jetzt ein „Nationalmuseum der afroamerikanischen Geschichte und Kultur“. An einer nationalen Gedenkstätte über eine große Schande der USA, die Sklaverei, mangelt es aber bis heute Bild: Fuzheado/CF

Jede große Nation hat Dreck am Stecken

Zu: „Nazi-Schlampe“ keine Beleidigung“ (Nr. 21)

Wie jemand ein Nazi sein soll, weil er die „Political Correctness“ ablehnt, ist nicht nachvollziehbar. Für einen großen Teil der Medien scheint zu gelten: Egal, was ein Politiker der AfD sagt: Am Ende steht immer ein Nazi.

Eingehend studieren kann man das an einer Rede von Björn Höcke. Es ging in dieser Rede um den Holocaust und um das Denkmal zum Holocaust. Herr Höcke hat damals nicht gesagt, dass der Holocaust keine nationale Schande sei. Er hat auch nicht gesagt, dass es kein Denkmal geben sollte, dass diese nationale Schande bekundet. Er hat auch nicht gesagt, dass es ein solches Denkmal nicht in Berlin geben sollte.

Er hat lediglich auf eine Kuriosität im internationalen Rahmen hingewiesen. Was ich damit meine, will ich mit einigen Beispielen belegen:

Auch die Biografien anderer Völker sind nicht makellos. Ich beginne mit den Vereinigten Staaten. Die USA wären in ihrer jetzigen Form ohne den Völkermord an den Indianern überhaupt nicht denkbar.

Man muss aber gar nicht so weit zurückgehen. Die USA haben 1898 und 1899 Krieg gegen Spanien geführt. Durch diesen Krieg fielen Kuba und die Philippinen an die Vereinigten Staaten. Nun hatten die Filipinos den Traum, nachdem sie die Spanier losgeworden waren, gar keinen Herren über sich zu haben. Diesen Traum mussten über 200 000 Filipinos mit ihrem Leben bezahlen. Ein amerikanischer Soldat schrieb nach Hause: „Jeder von uns wollte Filipinos killen. Menschen jagen ist doch etwas ganz anderes, als die langweilige Kaninchenjagd zu Hause.“

Ein weiteres Beispiel: Vom 16. bis zum 19. Jahrhundert sind Millionen von Afrikanern nach

Amerika als Sklaven verkauft worden. Nach Nordamerika, nach Mittelamerika und nach Südamerika. England spielte bei diesem Handel eine bedeutsame Rolle. Es hatte nach kriegesischen Auseinandersetzungen mit anderen europäischen Staaten sogar das Monopol am Sklavenhandel. Nun kamen auf einen Sklaven, der in Amerika ankam, drei oder vier, die es nicht überlebten. Die Zahl der Toten lag im zweistelligen Millionenbereich.

Anfang des 19. Jahrhunderts trieb England Handel mit Opium. Sehr viel Opium kam nach China. Da die Zahl der Suchttoten allmählich immer mehr anstieg, kam es zu umfangreichen staatlichen Maßnahmen, den Handel einzudämmen. Diese Maßnahmen der chinesischen Regierung hatten Erfolg. Der Opiumhandel kam fast zum Erliegen.

Daraufhin führte England Krieg gegen China, nämlich den sogenannten Opiumkrieg von 1840 bis

1849. Das Ergebnis des Krieges war, dass der Opiumhandel nun ungebremsst stattfinden konnte. Die Zahl der Suchttoten potenzierte sich. Die Zahl der Toten lag auch hier im zweistelligen Millionenbereich.

Der algerische Unabhängigkeitskrieg in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, den Algerien gegen Frankreich führte, kostete Hunderttausende von Algeriern das Leben. Im Osmanischen Reich sind 1915 etwa 1,5 Millionen Armenier umgebracht worden.

Man mache sich nunmehr auf die Suche in den Hauptstädten der Länder, die Denkmäler zu finden, die eine nationale Schande bekunden. Man wird sie nicht finden. Einzig und allein in Berlin wird man fündig werden.

Man ist kein Nazi, wenn man auf eine Besonderheit auf internationaler Ebene hinweist.

Heinrich Selle, Visselhövede

Zu: Mathematische Analphabeten (Nr. 15) und zum Leserbrief: Im Fach Mathematik hat sich die Kulturpolitik gründlich verrechnet (Nr. 20)

Bildung ist in unserem Land wahrlich ein Trauerspiel geworden. Umfang und Ausmaß des Problems muss man schon anhand bisheriger Veröffentlichungen als nicht erkannt ansehen. Vielleicht ist man aber auch einfach nur betroffen, ratlos oder gar

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

machtlos dem heutigen Zeitgeist gegenüber.

Direkt betroffen sind den Berichten zufolge Schüler und Studenten, bei denen ein Leistungsdruck entstanden ist, dem sie nicht gewachsen sind und durch den sie die Lust am Lernen verlieren. Inwieweit Schuld bei den Schülern zu suchen ist, mag man im Zusammenhang mit heutigen Lebensbedingungen beurteilen.

So entschied eine Mehrheit von Politikern vor etwa 60 Jahren, das Schulfach Musik als Pflichtfach abzuschaffen. Das war wohl ein folgenschwerer Eingriff in die Lernkultur Deutschlands und ist nachhaltig wirkend bis heute. Insofern wäre es sinnvoll, Singen und möglichst auch Musizieren attraktiv zu machen und diese

musischen Fächer wieder als Pflichtfächer in den Schulunterricht einzuführen. Aus pädagogischen Fachkreisen hörte ich sogar, dass Schüler, welche sich mit Musik und Noten befassen, besser im Rechnen seien. Meines Erachtens ist unsere Bildung ohne musikalische Ausbildung zum heutigen Problem geworden.

Was nun das Lehrfach Mathematik mit Lernkultur zu tun hat, kann man erlesen in dem Buch „Was geht da drinnen vor?“ von Lise Eliot. In diesem Buch wird wissenschaftlich dargelegt, wie ein leistungsfähigeres Denkvermögen im heranwachsenden Kopf des Embryos beziehungsweise des Kleinkindes entsteht. Schöne Melodien, so wie die von Wolfgang Amadeus Mozart, schärfen

den Verstand, so nennt es das vorgenannte Buch. Nun gibt es im deutschen Sprachraum unzählige schöne einfache Melodien in Form von Kinderliedern, Schlafliedern, Tanzliedern, die öfter mal gesungen werden sollten, damit sie der nächsten Generation präsent sind. Denn es sieht ganz so aus, als würde der heutige Verlust der Lieder sich in der mathematischen Leistungsfähigkeit oder dieser geschilderten und zu beklagenden Unfähigkeit mathematischen Denkens auswirken.

Wie sehr diese schönen Melodien den Kleinkindern, also heranwachsenden Köpfen, heute fehlen, hat man schon in einer süd-deutschen Universitätskinderklinik gemerkt. Nach einem Zeitungsbericht werden dort in der

Frühgeburtsstation Mozart-Melodien gespielt. Übrigens kommt es hauptsächlich auf die schöne Melodie, weniger auf einen Liedtext an. So können Melodien auch gesummt oder gespielt werden.

Unablässig schreiende Kleinkinder werden nach Mundharmonikaspielen fast immer ruhig, und die Eltern freuen sich, ahnen wahrscheinlich gar nicht, warum das Kind auf einmal still ist. Einem unablässig weinenden Kind auf dem Arm der Mutter habe ich nur ein kleines Lied auf dem Akkordeon gespielt, unverzüglich war es ruhig, und es schlief fest ein. Es hat wohl das Erlebte im Schlaf erst einmal verarbeitet.

Pfiffige Eltern, so hörte ich, fahren ihre unruhigen Kinder im Auto eine Zeit lang durch die Ge-

Seelenlose Roboter

Zu: Kriecherei (Nr. 23)

Ich als 1933 Geborener habe lange überlegt, ob ich mich zu diesem Thema äußere. Es ist beschämend, wie unsere Verteidigungsministerin Frau von der Leyen mit den jungen Soldaten (Bürger in Uniform) in Bezug auf Traditionspflege umgeht.

Eine Bundeswehr ohne Vorbilder ist wie ein seelenloser Roboter. Wenn mir jemand eine Nation der Welt zeigen kann, dessen Armee gänzlich ohne Fehl und Tadel ist, werde ich mein Urteil überdenken. Ich kann mich von 1940 bis 1945 an unsere Soldaten, da wir in unmittelbarer Nähe der Kasernen in Stolp in Pommern wohnten, sehr gut erinnern. Wer unsere Millionen der ehemaligen deutschen Wehrmachtsoldaten in Bausch und Bogen verdammt, hat entweder keine Ahnung oder er ist größenwahnsinnig.

Liebes Röschen von der Leyen, bleibe lieber bei den Pferden, denn die haben keine politische Vergangenheit. Wir Deutsche werden leider immer wieder von fast allen in den Allerwertesten getreten, da brauchen wir es nicht auch noch selbst pausenlos zu tun. **Hans-Joachim Reupert, Porta Westfalica**

Mitten in Eurabien

Zu: „Die Massenmigration ist eine Tragödie“ (Nr. 24)

Der ehemalige Ministerpräsident und Staatspräsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus, spricht vielen Deutschen aus dem Herzen. Es ist nur unfassbar traurig, denn der überwiegende Teil der Deutschen hat es immer noch nicht begriffen, was hier vorgeht. Hier wird mit politischer Dummheit oder auf Betreiben fremder Mächte eine Nation regelrecht vernichtet.

Für viele Bürger sind Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker diejenigen, welche die Politik des Wahnsinns intensiv betreiben.

Dazu passt der von der italienischen Journalistin Oriana Fallaci mitgeprägte Begriff „Eurabien“. Die Massenmigration ist nicht nur eine Tragödie geschichtlichen Ausmaßes, sondern ein regelrechtes Verbrechen an den Europäern und in erster Linie an der Deutschen Nation. Im September 2017 haben es die Deutschen in der Hand und die letzte Chance, diese Volksvertreter aus ihren Ämtern zu verjagen.

Deutschland braucht einen politischen Neuanfang und eine Neuausrichtung der Politik. Politik bedeutet, in die Zukunft zu denken und vorzuschauen. Hier hat die Regierung nur Versagen aufzuweisen. Deswegen, hinweg mit antideutscher Politik und Gesinnung! **Wolfgang Rohde, Sigmaringen**

gend, damit es Ruhe gibt. Nur ist Motorengebrumm fern von schöner Melodie, das ist auch unser heutiges kulturelles Problem. Lieder müssen im Volk, wenn es leistungsfähig bleiben will, fest verwurzelt bleiben. Wenn grundsätzlich in unseren Familien, Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen nichts geändert wird, muss man sich zukünftig halt mit „mathematischen Analphabeten“ abfinden. **Günther Langer, Meinerzhagen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Utopia am Walden-See

Zivilisationsflüchtling und Fluchthelfer – Vor 200 Jahren wurde in Concord der US-Philosoph Henry David Thoreau geboren

Ein Buch über das Leben in den Wäldern hat den Philosophen Henry David Thoreau posthum zur Ikone der Öko-Bewegung werden lassen. Und seine Forderung nach zivilem Ungehorsam inspirierte später Mahatma Gandhi und andere Friedensbewegte. Seinen Zeitgenossen galt Thoreau bloß als skurriler Sonderling.

Ein kleiner See unweit von Boston gleicht in diesen Tagen einem Wallfahrtsort. Ganze Auto-karawanen werden besonders am 12. Juli in dieser abgeschiedenen Waldgegend erwartet, wenn der 200. Geburtstag von Henry David Thoreau ansteht. Nachdem sie ihre Fahrzeuge für happige zehn Dollar auf einem Parkplatz abgestellt haben, ziehen die Pilger zu einer Stelle am See, wo eine kleine Blockhütte steht. Sie ist ein Nachbau jener Holzbehausung, in der sich Thoreau zwei Jahre lang wie ein Eremit aufgehalten hat. Und sie steht an falscher Stelle. Die richtige Stelle am Seeufer kennzeichnet ein Grundriss aus Steinquadern, daneben befindet sich eine Gedenktafel.

Außer ein paar Badegästen, die in dem kleinen See schwimmen, ist hier nichts weiter zu sehen.

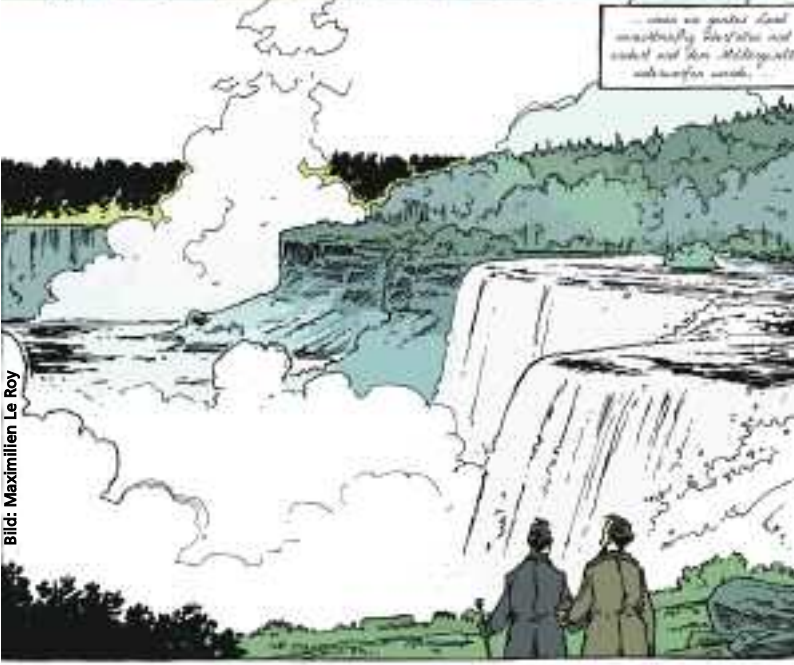
Würde Thoreau diesen Trubel erleben, er würde sich mit Grausen abwenden. Er hatte sich 1845 für zwei Jahre hierhin zurückgezogen, gerade weil er asketische Stille und Einsamkeit gesucht hatte. Dafür wurde er berühmt, so wie Diogenes in der Tonne, Timon von Athen, der heilige Franz von Assisi oder andere Zivilisationsflüchtlinge.

Es war seine Schilderung über diese Weltflucht, welche ihn 100 Jahre später in den USA zum Idol all jener Jugendlichen werden ließ, welche von McCarthy, Vietnam und Konsumterror die

Nase voll hatten und aus den gesellschaftlichen Zwängen ausbrechen wollten.

1854 veröffentlichte Thoreau sein Buch „Walden oder ein Leben in den Wäldern“, in dem er seine Erfahrungen über den Rückzug an den See niedergeschrieben hatte. Eingebettet von Naturschilderungen, von Tier- und Vogelbeobachtungen, vom Wachstum der Bohnen auf seinem Gemüsebeet

oder dem Loblied auf die Spar-samkeit sind auch philosophische Betrachtungen wie diese: „Ich würde wünschen, dass es möglichst viele verschiedenartige Menschen auf der Welt gäbe, und jeder sollte sorgfältig darauf bedacht sein, seinen eigenen Weg ausfindig zu machen und zu verfolgen und nicht stattdessen den seines Vaters oder seiner Mutter oder seines Nachbarn.“



Thoreau als Comic-Held: Im Knesebeck-Verlag erschien 2012 der heute nur noch antiquarisch erhältliche Band: „Henry David Thoreau – Das reine Leben“ von Maximilien Le Roy und A. Dan

Emersons Theorie des Transzendentalismus setzte Thoreau in der Abgeschiedenheit der Wälder bei Concord in die Praxis um. Es war ein Selbstversuch, der dem Sohn eines Streichholzfabrikanten wenig Schaden zufügen konnte, der ihm aber den Ruf eines Spinners einbrachte. Robert Louis Stevenson, der Autor der „Schatzinsel“, nannte ihn einen „Drückberger“: „Er wollte nicht, dass ihm unter seinen Mitmenschen die Tugend abhandenkam, und verdrückte sich in eine Ecke, um sie für sich zu horten.“

Als tugendhaft begriff Thoreau auch den Widerstand gegen den Staat. So saß er eine Nacht im Gefängnis von Concord, weil er seine Steuern nicht bezahlt hatte. Er begründete das mit seiner Ablehnung gegen den damaligen expansiven Krieg der USA gegen Mexiko und die Sklavenpolitik des Staates. Thoreau war ein sogenannter Abolitionist, ein Kämpfer für die Abschaffung der Sklaverei.

Thoreau hatte Kontakt zu radikalen Abolitionisten und begleitete als Fluchthelfer einen Sklaven über die kanadische Grenze. Aber er vertrat den gewaltfreien Widerstand. Dieses Prinzip beschrieb er in der zweiten Schrift, die im 20. Jahrhundert – diesmal von Gandhi, Martin Luther King und der Friedensbewegung – zu späten Ehren kam. Der Titel des Essays ist Programm: „Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“. Damit zieht man heute in den USA im Namen Thoreaus gegen Donald Trump zu Felde.

Die Zeitgenossen amüsierten sich eher über den Mystiker von Concord, als dass sie seine Schriften ernst nahmen. Von „Walden“ wurden bis zu seinem frühen Tod im Jahr 1862 durch Tuberkulose gerade einmal 2000 Exemplare verkauft. Erst als der US-Verhal-



Fotoaufnahme Henry David Thoreaus aus dem Jahr 1856

tensforscher B. F. Skinner 1948 einen utopischen Roman namens „Walden Zwei“ veröffentlichte, nahm das Interesse an Thoreau wieder Fahrt auf. „Walden Zwei“ beschreibt eine sektenähnliche Gemeinschaft, deren Sozialverhalten auf ein friedliches Leben hin manipuliert und gelenkt wird. Diese Utopie ist nicht weit entfernt von Klassikern wie „Schöne neue Welt“ oder „1984“.

Thoreaus Utopie von einem freien Leben in den Wäldern von Concord war denn auch eher Sozialismus pur: Er war eine Klasse für sich. Harald Tews

Literaturhinweis: Zum 200. Geburtstagsjubiläum ist bei Suhrkamp als Taschenbuch die empfehlenswerte Biografie **Henry David Thoreau – Waldgänger und Rebelle** des Literaturkritikers Frank Schäfer erschienen (254 Seiten, 16,95 Euro).

Modisches Rühreis

Der nächste Sommerhit: Auf Granitplatten zubereitetes Speiseeis

Stein ist bei der Nahrungszubereitung offensichtlich in den letzten Jahren enorm in Mode gekommen. Pizza aus dem Steinofen ist ebenso angesagt wie Fleisch-Mahlzeiten, die auf dem heißen Stein gegart werden. Jetzt kommt auch das Eis von der Steinplatte. In den USA und Asien ist das Mixen von Eis mit Zutaten auf einem gekühlten Granitblock bereits lange Trend, nun erobert diese Eiszubereitung auch Deutschland.

Anders als das so lange favorisierte italienische oder hausgemachte Eis aus dem Kühlbottich, das mit dem Portionierer nur noch in die Waffel gefüllt werden muss, werden beim modernen Trend-Eis auf der Steinplatte frische Zutaten nach Wahl in das Eis gemixt. Der Kunde kann neben seiner Lieblings-Eissorte zahlreiche verschiedene Zutaten auswählen. Dann wird mit zwei Spachteln auf der minus 16 Grad Celsius kalten Steinplatte gemixt. So entsteht die individuelle Eis-Komposition, die mit dem Spachtel in eine Waffelform geschaufelt wird.

Der Verkaufsname für diese verkaufsträchtige eiskalte Idee lautet „Cold Stone Mixing“, und sie kommt jedem Eis-Liebhaber entgegen. Schließlich ermöglicht die Methode wilde Kreationen,

egal wie ausgefallen der Wunsch ist. Erdbeereis mit frischen Heidelbeeren, Mangostücken und Himbeersöße ist in dieser Hinsicht eine ausgesprochen harmlose Variante. Ein Vorteil dieser Art der Eis-Herstellung ist, dass sogar Veganer auf ihre Kosten kommen. Gluten- und laktosefreie Produkte können nach Belieben mit Nüssen und Obst kombiniert werden. Wer Allergien gegen einige Obstsorten hat, kann zur Basis aus schlichtem, veganem Vanilleeis diejeni-

felhaften Genuss zu kommen, sein Geld ausgeben zu dürfen.

Aber wer schaut schon aufs Geld, wenn es sich bei dem erfrischenden Eis um Manufaktur-Ware handelt? Noch dazu, wenn er seinen Kindheitstraum von Erdbeereis mit salzigen Cashew-Kernen und frischer Minze oder Schokolade mit drei Sorten Nüssen, Karamell und Keksen verwirklichen kann. Die Eissorten, die bei dieser Art der Herstellung Verwendung finden, sind keineswegs auf Vanille oder Schokolade beschränkt. Erdnussbutter, Käsekuchen oder Milchreis sind ebenso im Angebot wie bei den Zutaten diverse Schoko-Riegel, Kekse, Obstsorten und Nuss-Sorten.

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Allein schon die Auswahl aus bis zu 100 Zutaten ist paradiesisch und den hohen Preis wert.

Wer schon immer von einem Eisbecher mit Franzbrötchen und gebrannten Mandeln geträumt hat, hat in diesem Sommer eine gute Chance, ihn Realität werden zu lassen. Und für einfallsslose Liebhaber ausgefallener Eiscreme gibt es die Empfehlungen des Hauses, zum Beispiel das Sahneeis mit Pekannüssen, Brownie und Karamell-Konfekt. Hauptsache, dieses Allerlei schmeckt und erfrischt. Stephanie Sieckmann



Wird eiskalt serviert: Auf kaltem Stein hergestelltes Eis

gen Obstsorten wählen, die er verträgt.

Der Nachteil: Der umfangreiche Service mit so vielen ausgefallenen Zutaten lässt den Preis in die Höhe schnellen. Eine kleine Portion, bei der eine Menge Eis verwendet wird, die ungefähr einer Kugel Eis entspricht, kostet rund 2,60 Euro. Die aufwendige Zubereitung sorgt zusätzlich dafür, dass der Kunde auch noch lange anstehen muss, um in den zwei-

Ein scheues Tier

Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste – besonders bei Luchsen

Anders als in Deutschland dürfen Luchse in einigen skandinavischen und baltischen Staaten zumindest saisonal gejagt werden. Aber nicht nur dort ist der Mensch der ärgste Feind des Eurasischen Luchses. Wilderei und Kollisionen mit Autos setzen der Art in fast allen Ländern Europas zu, in denen die Samtpfoten noch oder wieder vorkommen.

Wie sich die Bedrohung durch Jäger und Straßenverkehr auf das Verhalten weiblicher Luchse mit Neugeborenen auswirkt, haben Wissenschaftler in Norwegen untersucht. Das Ergebnis: Luchsweibchen wählen den Standort für den Bau, in dem sie ihre Jungen zur Welt bringen und in deren ersten Lebenswochen verstecken, gezielt so, dass Siedlungen und öffentliche Straßen weit entfernt sind. Dafür nehmen sie auch ein deutlich geringeres Nahrungsangebot in Kauf.

Die von den Luchsinnen gewählten Habitate wiesen rund 30 Prozent weniger Rehbestand auf. Rehe machen in fast allen Verbreitungsgebieten, so auch in Norwegen, 80 Prozent der Nahrung eines Europäischen Luchses aus – jener Unterart des Eurasischen Luchses, die in Westeuropa, Skandinavien und Nordosteuropa heimisch ist.

Ein Forscherteam des Norwegischen Instituts für Naturfor-

schung in Trondheim hatte für seine Studie im Süden und Norden Norwegens die Streifgebiete von mit Sendern ausgestatteten Luchsen ermittelt und die Baue von Muttertieren ausfindig gemacht. Das Datenmaterial wurde mit Lagedaten von Siedlungen sowie Straßen wie auch mit vorhandenen Werten zur Populationsdichte von Rehen im Untersuchungsgebiet abgeglichen.

Luchsweibchen wählten laut der Studie für ihre Jungen im



Stets auf der Hut: Eurasischer Luchs

Bild: Althoetmar

Wald Verstecke, die auf zerklüftetem und für Menschen schwer zugänglichem Terrain liegen. Eine solche Lage des Baus, so die Studie, reduziere „Störungen und das Sterberisiko, indem der Zugang für Menschen eingeschränkt wird“. Dieses Vermeidungsverhalten ist auch von Braunbären, Wölfen und Vielfraßen bekannt.

Öffentliche Straßen in der Umgebung mieden die Muttertiere bei der Wahl der Wurfhöhle

konsequent. Luchse ohne Nachwuchs akzeptierten die Nähe von Menschen viel eher, wenn das Nahrungsangebot stimmte. In Südnorwegen, fanden die Forscher heraus, hielten sich die Muttertiere in Gegenden auf, in denen statistisch nur 2,4 Menschen je Quadratkilometer leben. Bei Luchsen ohne Junge betrug dieser Wert 12,7.

Der Zahlenvergleich zwischen dem kaum besiedelten Norden Norwegens und dem dichter besiedelten Süden zeigt: Je dichter der Luchs-Lebensraum von Menschen besiedelt ist, desto menschenscheuer verhalten sich die Muttertiere. Ein weiterer Befund: Luchse ohne Nachwuchs wählten – anders als Artgenossinnen mit Jungen – auch Habitate, die weniger wild und zerklüftet sind.

Luchsweibchen suchen sich hierin Dachs, Fuchs, Bären oder Raubkatzen ähnlich wie Tiger und Gepard vor der Geburt

Wurfhöhlen, graben diese aber nicht selber. „Für das Überleben der Jungen sind sichere und gut getarnte Baue Voraussetzung“, schreiben die Forscher. Vor allem dienen sie den zwei bis vier Jungen als Schutz vor Fressfeinden und den Unbilden der Witterung. In Deutschland gilt der Luchs trotz erfolgreicher Ansiedlungsprojekte wie im Harz, Fichtelgebirge oder Bayerischen Wald als stark gefährdet. Kai Althoetmar



Das Buch „Die Quotenfalle“ ist ein informatives und nachdenklich machendes Werk, das tiefe Einblicke in eine „Frauenpolitik“ gewährt, die ob ihrer Mentalität gewaltige gesellschaftspolitische Probleme aufwerfen kann. Eine Geschlechterpolitik, die ausschließlich auf die „Frauenquote“ fixiert sei, stehe nämlich nicht im Einklang mit dem Grundgesetz, das jedem das Recht auf freie Entfaltung zubilligt.

Insgesamt kommen 21 namhafte Autoren zu Wort. Ein kluges Vorwort gibt Einblick in die Geschichte von der „Frauenrechtsbewegung“ über den „Feminismus“ zum „Gender-Mainstreaming“ bis hin zur Behauptung, das Geschlecht sei ein soziales Konstrukt.

Der erste Teil zeigt, dass der Begriff „Gleichheit“ ein politischer Kampfbegriff ist, der das „Dogma des biologischen Egalitarismus“ vertrat und zunächst die „Geschlechterfrage“ nicht berührte. Erst mit der Frauenrechtsbewegung sei der „Feminismus“ mit den Forderungen nach Gleichberechtigung entstanden, ja kollektiver „Gleichstellung“ durch „Quoten“ mit der Folge, dass entgegen der

Männer-Pflichtlektüre

Namhafte Autoren schreiben über Folgen der »Gender«-Politik

juristischen Gleichheit vor dem Gesetz nun „Individuen aufgrund ihres Geschlechts ungleichbehandelt“ würden.

Der zweite Teil beleuchtet die Facetten der Quotenpolitik. Darin ist es eine Frau, Fiona Lorenz, die laut säufzt: „Bloß keine Frauenquote!“ und frech fragt: „Sollen wir Männer benachteiligen?“ 1986 hieß es in Alice Schwarzers „Emma“: „Wenn wir wollen, dass es unsere Töchter einmal leichter haben, müssen wir es unseren Söhnen schwerer machen.“ Diese Logik ist pervers. Schon Ralf Dahrendorf warnte vor mehr als 20 Jahren vor einer „zunehmenden Entwicklung zur Proletarisierung“ bei jungen Männern und wies auf die Misserfolge von Jungen in Schule, Ausbildung und Beruf hin. Männer seien nicht nur an „der oberen Spitze der sozialen Pyramide überrepräsentiert, sie sind es noch mehr am unteren Ende“. Sie übten nicht nur die schmutzigsten Berufe aus, sondern die gefährlichsten. Inzwischen gibt es „200 Lehrstühle für Frauenforschung, aber keinen einzigen für die Männerforschung“. Ursula von der Leyen sagte als Bundesarbeitsministerin 2009: „Von 227 000 Menschen, die im vergangenen Krisenjahr ihren Job verloren, waren nur 10 000 Frauen. Arbeit wird weiblicher, bunter, älter.“ Das ist feministischer Zynismus.

Tiefblickend lehrreich ist der Aufsatz von Klaus Funken, „Keine

Erfolgsgeschichte: 28 Jahre Frauenquote in der SPD“. Die Quote wurde auf einem Parteitag der SPD 1988 beschlossen und auf 25 Jahre befristet, weil, so Hermann Bachmaier (SPD), „die Einführung einer Pflichtquotierung ein verfassungsrechtlich äußerst riskantes, ja risikoträchtiges Unternehmen darstellt“. Hans Apel geißelte die „elende Feigheit“ der Delegierten. 1975 musste sich Egon Bahr noch sagen lassen: „Egon, lass die Pfoten von den Quoten.“ In Berlin hatten die Genossinnen durchgesetzt, dass bei allen Parteiveranstaltungen die Rednerlisten „geschlechtergerecht“ zu quotieren seien. Der Rückgang männlicher Mitglieder beträgt 53 Prozent, eine „bittere Bilanz nach 28 Jahren Frauenförderung mit ihrer Zwangsquote. Die Frauenquote in den „Aufsichtsräten“ von 30 Prozent sei wichtiger als das Wohl der Arzthelferinnen, Sekretärinnen wie Verkäuferinnen.

Der dritte Teil befasst sich mit „Quoten in der Wirtschaft“. Sabine Beppler-Spahl bezeichnet das Gesetz für die Frauenquote vom 6. März 2015 als „Elitenprojekt“, in dem es um den „schönen Schein und gute Gefühle“ nur um wenige „Vorzeigepositionen“ gehe. Bettina Weiguny titelt „Die Männer sind nicht schuld“. Der freiheitliche Rechtsstaat mutiere mehr und mehr zu einem „illiberalen Erziehungsstaat“. Aus den USA sei die „Diversity-Politik“ zu uns gekommen. Welchen Erfolg hat sie ge-

bracht? „In der gesamten amerikanischen Unternehmenswelt ist der Anteil schwarzer Manager in den vergangenen 30 Jahren minimal von 3 auf 3,3 Prozent gestiegen.“ Walter Simon schreibt über „Feministische Mythenbildung zum Nachteil der Frauen“.

Der letzte Teil handelt von den „Quoten in der Wissenschaft“. Das Heilsversprechen „einer besseren, von Frauen dominierten Welt“ werde besonders vehement an den Universitäten und Hochschulen vorangetrieben. So sollen Frauen mit der gleichen Qualifikation wie ihre männlichen Mitbewerber bei der Stellenvergabe so lange bevorzugt werden, bis ein Frauenanteil von 50 Prozent erreicht werde. Wenn eine Universität Frauen auf Lehrstühle berufe, erhalte sie vom Staat enorme Fördergelder. 300 Millionen zahlte der Staat zwischen 2008 und 2016 für die Ernennung von 500 Frauen auf Professuren. Ist es sozial, „Steuergelder zur Karriereförderung einer kleinen Gruppe von Frauen“ auszugeben? Drei hässliche Beispiele von Berufungsverfahren an den Universitäten in Frankfurt, Oxford und Innsbruck runden das Bild ab.

Das Buch zu lesen, ist für die Männerwelt eine Pflicht.

Wolfgang Thüne

Harald Schulze-Eisentraut/Torsten Steiger/Alexander Ullig: „Die Quotenfalle – Warum Genderpolitik in die Irre führt“, Finanzbuch Verlag, München 2017, gebunden, 288 Seiten, 19,99 Euro



Schädliche Experimente Über falsche Bildungspolitik

Jeder, der heutzutage mit Schulabgängern zu tun hat, kennt deren Bildungsdefizite. Wo diese herrühren, weiß der langjährige Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus. Das belegt dessen neuestes Buch „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“. Hierbei handelt es sich um eine Generalabrechnung mit den „Bildungsexperimenten“, die das bundesdeutsche Schulwesen in den letzten Jahrzehnten ruiniert haben und laut Kraus aus der flächendeckenden Abkehr vom Leistungs- und Eliteprinzip resultieren. Trotz Föderalismus herrsche in jeder Hinsicht Gleichmacherei – und zwar mittlerweile auch in den CDU-regierten Bundesländern. Infolgedessen sei alles über Bord geworfen oder in seiner Bedeutung geschmälert worden, was einstmals zwingend zu einem effektiven Schulsystem gehörte: Frontalunterricht statt unnützer „Projektarbeit“, Hausaufgaben, Sitzenbleiben bei mangelhafter Leistung und aussagekräftige, ehrliche Noten. Dazu komme die Sprachverhöhnung durch die missratene „Schlecht-schreibereform“ von 1996 und der Siegeszug des Gender-Geschwafels beziehungsweise der „Denglisch“-Seuche.

Als Hauptverantwortliche für diese katastrophale Entwicklung hin zur „Wohlfühlpädagogik“ ohne Leistungsanspruch nennt Kraus linke Ideologen und Bildungswis-

senschaftler, einflussreiche „Lifestyle-Philosophen“ vom Schlage eines Richard David Precht und Gerald Hüther sowie die „Bertelsmänner“ mit ihren ewig neuen, stets arg tendenziösen Studien, an deren „Ergebnisse“ unsere Politiker jedoch blind glauben.

Am Ende seiner Analyse bringt der Autor dann eine ganze Reihe von konkreten Ratschlägen, „was Eltern trotz allem tun können“. So empfiehlt er unter anderem, „notfalls Revolten“ an den Schulen zu inszenieren, „Mut zur Autorität“ zu haben und die Kinder nicht auch noch zu Hause zu verhätscheln.

Das Buch atmet von der ersten bis zur letzten Zeile jenen mittlerweile selten gewordenen gesunden Menschenverstand, den eigentlich jeder Pädagoge haben sollte. Und genau deshalb wird Kraus nun von phrasendreschenden Politikern wie Hubertus Heil, lange Zeit stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Bildung und Forschung, angegangen: „Bei allem Respekt vor Herrn Kraus, die Welt hat sich weitergedreht“, giftete Heil im Deutschlandfunk. Ja, in der Tat: Davon zeugen nicht zuletzt die „Volksvertreter“, welche ihren Dokortitel durch Betrug erwarben – darunter auch Uwe Brinkmann, vormals Chef der SPD-Jugend in Hamburg und sicher ein „leuchtendes Vorbild“ für sämtliche Schüler der Hansestadt. W. Kaufmann

Josef Kraus: „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt. Und was Eltern jetzt wissen müssen“, F. A. Herbig Verlag, München 2017, gebunden, 267 Seiten, 22 Euro

Trilogie aus eigenem Hause

Auf der Suche nach dem Seelenheil, einem verschollenen Onkel und illustren Menschen im Hotel – Drei neue Bücher von PAZ-Autoren

Drei PAZ-Mitarbeiter haben nahezu zeitgleich Bücher herausgebracht, die allesamt bemerkenswert sind. Der Literaturexperte Matthias Hilbert hat sich in „Fromme Eltern – unfrome Kinder?“ mit acht Lebensgeschichten beschäftigt, die stark vom christlichen Glauben geprägt sind. Dabei setzt er Persönlichkeiten, deren Werk von tiefer Religiosität durchdrungen ist, mit jenen in Kontrast, deren Leben von Glaubenskrisen bis hin zum Abfall gekennzeichnet ist. Die Spanne reicht von dem Schuhunternehmer Heinz-Horst Dieckmann, der sein christlich-soziales Engagement seinen Mitarbeitern in tadelloser Weise vorleb-

te, bis hin zu dem großen Zweifler Hermann Hesse, der den Glauben seiner Eltern nicht übernahm und in fernöstlichen Religionen sein Seelenheil fand. Extreme Biografien wie die der Pfarrerstochter und RAF-Terroristin Gudrun Ensslin vervollständigen diesen Band.



Matthias Hilbert: „Fromme Eltern – unfrome Kinder? Lebensgeschichten großer Zweifler“, edition chrismon, Leipzig 2017, gebunden, 232 Seiten, 20 Euro

Kurz vor Heiligabend des Jahres 1944 gerät der 18-jährige Landwirtssohn Bernhard Althoetmar aus dem westfälischen Warendorf in einem Dorf in der heutigen Slowakei in ein Gefecht mit Soldaten der Roten Armee. Seitdem gilt er als vermisst. In dem Buch „Vermisst. 23. Dezember 1944“ macht sich sein Neffe, der Wissenschaftsjournalist Kai Althoetmar, auf die Spurensuche nach seinem verschollenen Onkel. Parallel dazu erzählt er das Schicksal des jüdischen Viehhändlers Hugo Spiegel, der vor dem Krieg auf dem Hof der Althoetmars häufig zu Besuch war. Hugo Spiegel ist der Vater von

Paul Spiegel, dem späteren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. In einer sorgfältigen Recherchearbeit gelingt dem Autor eine beeindruckende Studie zweier höchst unterschiedlicher Kriegsschicksale.



Kai Althoetmar: „Vermisst. 23. Dezember 1944. Der Kampf um Ungarn. Eine Spurensuche“, edition Zeitpunkte, Bad Münstereifel 2017, broschiert, 88 Seiten, 7,99 Euro

Menschen im Hotel sind ein beliebtes Romansujet, weil sie als Mikrokosmos die weite Welt abbilden. In dem Roman „Gipfelglück“, den PAZ-Reiseautorin Uschi von Grudzinski mit ihrer Journalistinkollegin Evelyn Holst verfasst hat, ist es das in Osttirol gelegene Berghotel Graddon Mountain Resort, wo sich unweit vom Großglockner alltägliche Dramen abspielen. Ein Ehepaar aus dem Norden gerät dabei in Wander- und Liebesabenteuer, ehe durch einen Unfall dunkle Geheimnisse enthüllt werden. Der Roman macht Spaß auf eine oft verkannte Urlaubsregion, enthält er doch viele Geheimtipps für

Ausflüge. Da stört es auch nicht, dass das Buch ein wenig Werbung macht für ein Hotel der Schultz-Gruppe. Dabei lernt man als Leser auch Martha Schultz kennen, die mit ihrem Bruder das Tiroler Familienimperium leitet, das bereits im Besitz mehrerer mondäner Hotels ist.

Harald Tews



Evelyn Holst/Uschi von Grudzinski: „Gipfelglück“, Atlantik Verlag, Hamburg 2017, broschiert, 288 Seiten, 15 Euro



Der 1956 im brandenburgischen Rathenow geborene Theologe und Journalist Christoph Dieckmann ist einer derjenigen aus seiner Zunft, die nach der Wende bei einer westdeutschen Zeitung reüssierten.

Dieckmann schreibt seit 1991 für die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, jetzt als Autor in deren Berliner Büro. Dank seines ebenso geistreichen wie direkten Stils hat er rasch eine große Leserschaft gewonnen, was in Berlin zeitweise in eine Art Fange-meinde ausartete. Schon in den 1990er Jahren hat er mehrere renommierte Journalistenpreise erhalten und mit immensem

Fleiß nebenher zahlreiche Bücher publiziert.

Sein neues Buch „Mein Abendland“ ist keine gänzlich originäre Arbeit. Etwa die Hälfte füllen elf Beiträge, die er schon im Magazin seiner Zeitung „Zeit Geschichte“ veröffentlicht hat. Die Texte reichen von Martin Luther und Gustav Adolfs Tod in der Schlacht bei Lützen über die 1848er Revolution und das Lübeck-Willy-Brandts bis zu einer Impression aus Usbekistan, dem einstigen Märchenland an der Seidenstraße, das heute so gar keines mehr ist. Den Abschluss bildet eine Predigt auf der Wartburg (Dieckmann „kann“ das, er war vor dem Journalistenberuf Vikar und Angestellter der evangelischen Kirche in der DDR), in der die berührende alttestamentarische Geschichte von Naemi

und ihrer Tochter Ruth als Parabel für die Gegenwart gedeutet wird, sich des Fremden anzunehmen. Auch wenn man manchen Urteilen nicht zustimmen mag, liest man diese mit Wissen und Witz geschriebenen historischen Reportagen mit Gewinn.

Den ersten Teil des Buches füllt ein längerer Essay, dessen Titel dem Buch den Namen gab. Das „Abendland“ wird hier unter anderem erlebt in Sarajewo, wo der katastrophale Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien noch immer nachzittert, auf der Mittelmeerinsel Malta, wo Religion und Folklore in eins zu fallen scheinen. Auch die „alte“ Bundesrepublik ist präsent, doch der weit-

aus größte Teil dieses Essays bezieht sich auf die DDR, genauer auf das Lebensgefühl vieler Menschen in den neuen Bundesländern, die sich, so lässt es der Autor spüren, von der rasanten Entwicklung nach 1990 überrollt fühlen, liebgeordnete Gewohnheiten nicht missen möchten und allem Neuen, zumal Fremden gegenüber abwartend bis skeptisch sind.

Ohne es vermutlich zu wollen, verfällt der Autor mehrfach in eine regelrechte Ostalgie, die man bei diesem sonst so rationalen Journalisten gar nicht vermutet hätte. „Alles Erinnern ist Autobiographie“, schreibt er, was sich auf fast jeder Seite zeigt. Das führt

Weiter Bogen von Martin Luther bis zu Willy Brandts Lübeck

Von einer rasanten Entwicklung überrollt

Christoph Dieckmanns Essay-Band enthält unvermutet Ostalgie – Mit allzu flapsigen Wendungen verspielt der Autor Kredit

dazu, dass zum Beispiel bei der Fußballbegeisterung des Autors ein Auftritt der früheren DDR-Nationalmannschaft im Jahr 2013 in Schwerin („umstrudelt von gereifter Menschheit Ost“) zu einer zwar hinreißend zu lesenden Reportage wird, die aber für Leser jenseits der früheren innerdeutschen Grenze ein böhmisches Dorf bleibt. Man kannte die Stars „von drüben“ nicht (Sparwasser und Ducke vielleicht ausgenommen), und man will sie inzwischen auch gar nicht mehr kennenlernen.

Der Autor schien das zu merken, denn immer wieder versucht er, durch besonders flapsige Sprache jede aufkommende Nostalgie zu unterlaufen. Dabei kommen Wendungen heraus, die zwar in manchen intellektuellen Kreisen en vogue sind, den

Autor aber sonst viel Kredit kosten. Wenn die Potsdamer Garnisonkirche zur „gotteslästerlichen Bude“ wird, wenn der frühere Verteidigungsminister de Maizière zum „Militärminister“ avanciert oder sein Vorgänger zu Guttenberg ein „christsozialer Beerdigungsredner und Minister für kriegsähnliche Zustände“ wird, ist es mit der Seriosität des Autors vorbei.

Schade, Dieckmann hat sich selbst ein Bein gestellt, die hohen Erwartungen, die man angesichts seines Renommées an das Buch hatte, erfüllen sich hier nur in geringem Maße. Dirk Klose

Christoph Dieckmann: „Mein Abendland. Geschichten deutscher Herkunft“, Ch. Links Verlag, Berlin 2017, gebunden, 272 Seiten, 20 Euro

MELDUNGEN

Importierter
Ärztepfusch

Bielefeld – Ohne ausländische Ärzte in großer Zahl scheint das Gesundheitssystem kaum noch funktionsfähig. Ihre Deutschkenntnisse sind oft erschreckend dürftig und ihr Fachwissen ebenso. Theodor Windhorst, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, spricht von extremen Defiziten. Er machte jetzt zwei Fälle öffentlich, in denen ausländischen Ärzten vor Gericht Schuld am Tod von Patienten zugesprochen wurde: Nach einem Sturz unter Alkoholeinfluss wurde ein Mann, ohne gründlich untersucht worden zu sein, in die Psychiatrie eingewiesen. Dort starb er an einer Gehirnblutung. Sowohl der Notarzt als auch der diensthabende Arzt der Psychiatrie waren Mediziner mit ausländischen Studienabschlüssen. In einem anderen Krankenhaus starb ein Neugeborenes, nachdem einem Gynäkologen aus Libyen entscheidende Fehler unterlaufen waren. Er wurde inzwischen wegen fahrlässiger Tötung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Windhorst fordert jetzt für Nordrhein-Westfalen, dass auch Ärztekammern die Fachkompetenz ausländischer Ärzte überprüfen dürfen und nicht nur die Bezirksregierungen. *HH*

ZUR PERSON

Law-and-Order-Sheriff

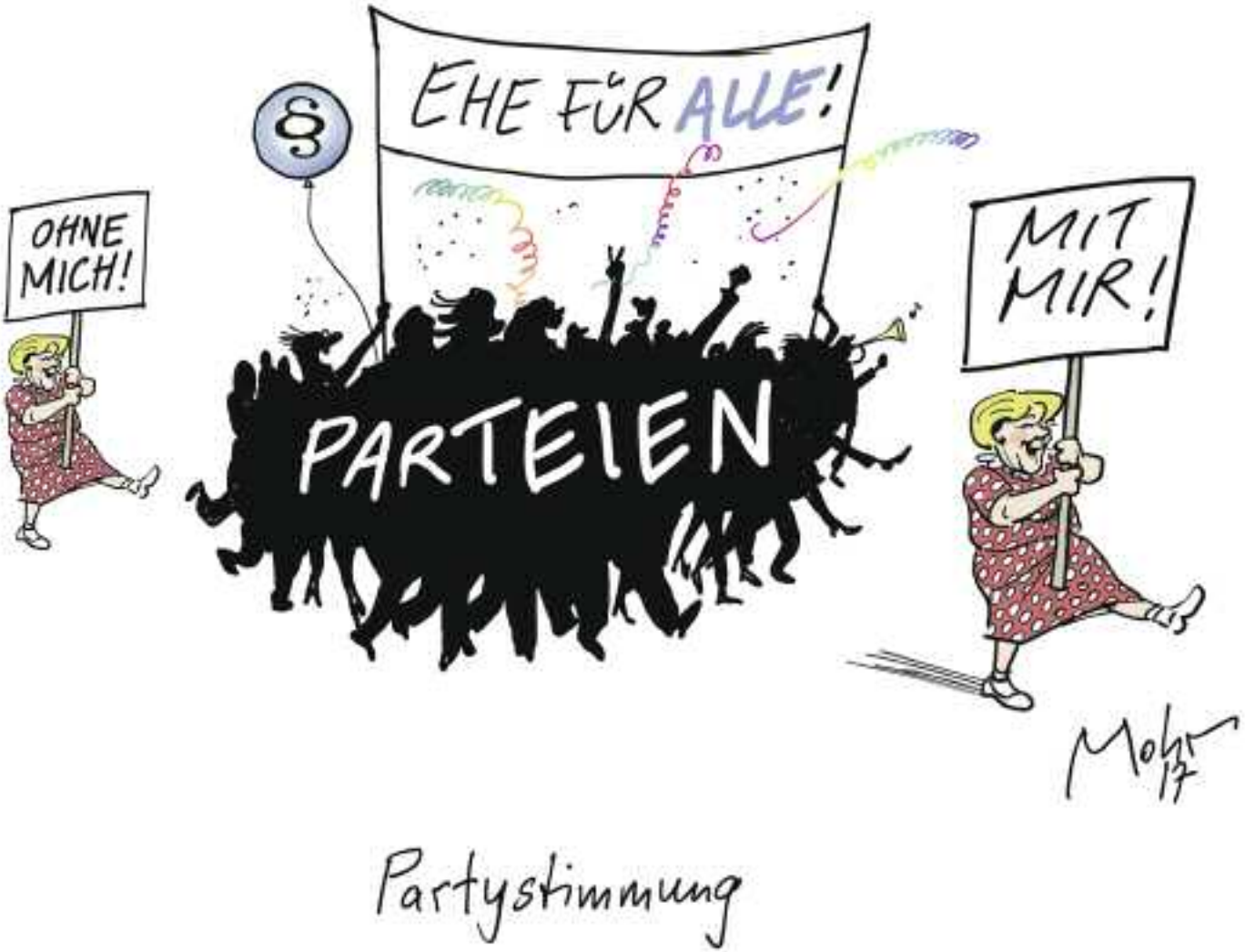
Beim Hamburger G20-Treffen haben die gewaltbereiten Gipfelgegner eine bestimmte Person zur Hassfigur erklärt. Es ist nicht Donald Trump, nicht Recep Tayyip Erdogan und auch nicht Angela Merkel, sondern **Hartmut Dudde**. Der Gipfel ist für die Gegner nur Anlass zum Zweck, um sich mit der Polizei eine Schlacht zu liefern, die Dudde generalsmäßig anführt.

Dudde ist als Einsatzleiter zuständig für den größten Polizeieinsatz, den das Land je erlebt hat: 17 000 Polizeibeamte, 3000 Einsatzfahrzeuge, mehrere Dutzend Wasserwerfer, ein Hubschraubergeschwader, 153 Diensthunde und 62 Polizeipferde sollen das Treffen der Staats- und Regierungschefs schützen. Die Hamburger fühlten sich schon vor dem Gipfel belagert. Überall Blaulicht, Polizei-Mannschaftswagen sowie Absperrungen zu Übungszwecken für Helikopterlandungen. Und das Polizeipräsidium, wo Dudde einen 80-köpfigen Stab anführt, ist mit Nato-Stacheldraht zur Festung ausgebaut.

Vor vier Jahren verschetzte es sich Dudde mit den Linksautonomen. Damals artete eine Demonstration im linken Schanzenviertel zu einer offenen Schlacht aus, bei der neben 169

Polizisten auch 500 Demonstranten verletzt wurden. Dafür will sich die linke Szene beim G20-Gipfel an Dudde rächen.

Der 1962 in Karlsruhe geborene Dudde, der seit 33 Jahren im Polizeidienst ist, vertritt die „Hamburger Linie“, die bei Demonstrationen keine Gesetzesüberschreitungen mehr duldet. Als er unter dem früheren Innensenator Roland Schill Leiter der Bereitschaftspolizei wurde, war Schluss mit dem Ruf der Hamburger Polizei als „lasche Truppe“. Dass der Mann, dem schon „diktatorischer Führungsstil“ vorgeworfen wurde, tatsächlich ein harter Hund ist, bewies er erst im Mai, als er nach einem leichten Herzinfarkt und anschließender Operation auf nur fünf Fehltagen wieder den Dienst antrat. *H. Tewes*



Hauptsache zeitgemäß

Warum die Verfassung nachgebessert werden muss, warum spießig besser als spaßig ist, und warum Nordkorea zum Vorbild wird / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Es regnete Konfetti! Fröhlich blitzende Schnipsel segelten durch den Bundestag. Man feierte das „Lebenswerk“ des Grünen Volker Beck, schmückte sich mit den Farben des Regenbogens, bei der SPD schnitt Martin Schulz eine gleichfarbige Torte an, und der Beauftragte der Lesben und Schwulen, der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs, hielt eine „geile Rede“. So schön bunt ist es im Reichstag selten.

Vor dem Hohen Haus, da war Karneval in den Kostümen des Christopher-Street-Days. Mitten im Sommer. Das muss man nicht so genau nehmen. Denn drinnen im Bundestag hatte man es gerade auch nicht so genau genommen – mit der Verfassung. Die ist, wie wir demütig zur Kenntnis zu nehmen hatten, „nicht mehr zeitgemäß“. Darum haben fürsorgliche Kräfte des Fortschritts die verstaubte Verfassung auf Vordermann gebracht. Und damit Deutschland ein bisschen weiter abgeschafft. Mal so eben im Schweinsgalopp. Die Auswirkungen werden wohl nicht sofort sichtbar, aber wie man in langfristigen Dimensionen denken sollte, das ist leicht an dem anhaltenden Gewürge um die Abschaffung der Ehe zu erkennen. Jetzt werden wir beglückt mit der „Ehe für alle“ – und damit ist Schluss mit der Ehe. Jedenfalls mit der nicht mehr zeitgemäßen.

Sie galt ja schon lange als Auslaufmodell. Vor 20 Jahren, da konnten die Kräfte des Fortschritts sie gar nicht madig genug machen. Spießig statt spaßig sei sie, eine Ansammlung von Langweilern und ohnehin überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Und was nicht mehr zeitgemäß ist, gehört abgeschafft.

Doch dann passierte etwas Merkwürdiges. Unter dem Regenbogen entdeckte man: Die anderen haben etwas, was wir nicht haben. Plötzlich genügte die Toleranz gegenüber Spiel und Spaß nicht mehr, man wollte auch langweilig sein dürfen, mit allem Drum und Dran, mit allem Pipapo. Mit eingetragener Partnerschaft, mit Versorgungsrecht, mit Erbrecht. Scheibchen für Scheibchen holte man sich ein Stück vom ehelichen Kuchen unter den

bunten Regenbogen, und am Ende hatte man beinahe den ganzen Kuchen in der Homo-Ehe light. Nur mit den Kindern, da klappte das noch nicht so richtig. Mit denen aus eigener Produktion nicht (es sei denn aus einer früheren, irrtümlichen Beziehung) und auch mit den gelesenen nicht. Auf diesen einen, winzig kleinen Unterschied hinzuweisen, ist nun auch nicht mehr zeitgemäß. Also Schwamm drüber, mit solchen Kleinigkeiten sollte man sich nicht abgeben. Schon gar nicht, wenn man überzeugt ist, „eine historische Entscheidung“ getroffen zu haben. Nur leider sind historische Irrtümer auch historische Entscheidungen.

War Angela (Merkel) von Sinnen, als sie locker vom Hocker bei der Zeitschrift »Brigitte« den Stöpsel zog? Horst Seehofer hat ihr mehr als einmal gesagt, wie schwierig es ist, ihn wieder auf die Flasche zu bringen. Meist gar nicht. In diesem Fall auch nicht. Der Druck der schwul-lesbischen Gärung war einfach zu hoch. Ein nach langer Liegezeit bereits eingestaubter Gesetzentwurf wurde binnen einer Woche reanimiert und aufpoliert. Richtig Schnappatmung bekamen die Freundinnen und Freunde der „Ehe für alle“. Ist ja verständlich, wenn einem etwas unverhofft in den Schoß fällt. Das bisschen Rechtsbruch zur Beschleunigung der Angelegenheit, ein bisschen Untreue vor aller Augen, das berechtigt so eine historische Entscheidung allemal. Und wenn das Ende der Beziehung sowieso absehbar ist, warum soll man die Ehekrise zwischen den Koalitionspartnern länger verheimlichen?

Dafür sind wir nun also endlich wieder zeitgemäß. Das Dumme ist nur, dieser Zustand hält meist nicht lange an. Es gibt noch so viel zu tun. Warum wird aktuell ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Kinderehen verhindert soll? Es ist noch in der Diskussion, da nennen es die Grü-

nen bereits populistisch und verweisen auf Artikel 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter besonderen Schutz stellt. Aha? Davon war bei dem Thema „Ehe für alle“ von dieser Seite nichts zu hören. Und ab wann wird die Vielweiberei zeitgemäß? Wäre doch ein Zeichen von kultureller Vielfalt und Toleranz. Oder Vielmännerei, so im Zeichen der Gleichberechtigung, auch ganz zeitgemäß. Oder wenn sich eine Gruppe von Männern und Frauen ganz doll liebhat, in Fürsorge und Zärtlichkeit füreinander eintreten will? Gemach, gemacht. Eines nach dem anderen. Jetzt haben wir erst mal die

„Ehe für alle“, das lässt doch eine ganze Menge der Möglichkeiten sprachlich zu.

Die Kanzlerin ist aber dagegen. Vorher gesagt hat sie das allerdings nicht.

Da hielt sie sich schön fein bedeckt. Erst bei der Abstimmung bekannte sie dann schließlich Farbe. Und der schon erwähnte Johannes Kahrs, der mit der „geilen Rede“, der knurrte dann: „Nun weiß ich, wo sie steht!“ Das klang gar nicht gut. In schlechten Filmen hört man das, wenn ein Ganove einem anderen droht. Nun weiß er also, wo sie steht? Eigentlich hätte er das schon vorher wissen können. Weil die Kanzlerin, die sich so tapfer verweigerte, eine konservative Partei führt. Oder so was Ähnliches. Ist auch egal. Hauptsache zeitgemäß.

Natürlich gibt es immer auch ein paar Spielverderber. Die können nicht gönnen. Selbst wenn ihnen nichts weggenommen wird, wie die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Katrin Göring-Eckardt befand. Nichts wegnehmen und die Gesellschaft dabei bereichern, das ist der Trick der Hütchenspieler. Nimmste hier, gibst da, am Ende weiß niemand mehr, wo gegeben und wo genommen wurde – und alle sind zufrieden. Das muss uns doch fröhlich machen – oder? Wenn da nicht die Spielverderber wären. Die sind schon da und

drohen mit dem Bundesverfassungsgericht. Das soll wieder mal ausbügeln, was in einer Beliebigekeitsorgie mit Konfetti und „geiler Rede“ angerichtet wurde. Die Richter sollen dem Grundrecht zu seinem Recht verhelfen. Das wäre auch dringend notwendig. Aber vollkommen anders, als der PAZ-Leser nun (wahrscheinlich) meint. Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und hauptberuflich Linke, muss uns erst mal darauf bringen. Die Vorbereitungen zum G20-Treffen in Hamburg erinnern sie an die Zustände in Nordkorea und: Sie verstoßen „klipp und klar“ gegen das Grundgesetz. Darauf soll man erst einmal kommen. Aber es zeigt, wie notwendig das Grundgesetz ist. Vorausgesetzt, es erweist sich als nützlich. Die von Lenin geprägten nützlichen Idioten kennt Petra Paus seit der Grundschule. An der Parteihochschule „Karl Marx“ hat die Freundschaftspionierleiterin gründlich studiert, wie man nützliche Idioten einsetzt. Hat was genutzt. Sie ist damit Diplomgesellschaftswissenschaftlerin und Vizepräsidentin des Bundestags geworden.

Irgendwie, sollte man denken, gehört Petra Pau auch zu denjenigen, die Helmut Kohl etwas zu verdanken hätten. Aber das ist wohl eher nicht der Fall, wenn man sich in Nordkorea wähnt. Angela Merkel formulierte diesen Dank auf der Trauerfeier für den Kanzler der Einheit. Ein paar schöne Worte unter vielen anderen schönen Worten. Und doch blieb ein schaler Nachgeschmack. Zu sehr hatte das Gezerre zwischen der Witwe und dem politischen Berlin an die Fernsehserien „Dallas“ und „Denver Clan“ erinnert, die gemeinsten Intrigen in einer Folge gut durchgemischt. Der Staatsakt wurde in die Provinz verbannt: Straßburg und Speyer. Hübsche Begründungen für diese Ortswahl ließen sich durchaus finden. Warum man aber nicht in Berlin Abschied nahm, in der Stadt, die Helmut Kohl wieder zusammenführte, die so sichtbar für die Wiedervereinigung steht wie keine andere, wurde wegnuschelt. Am Ende ist immer die Witwe schuld.

MEINUNGEN

Der linke Politikwissenschaftler **Christoph Butterwegge** warnt im „Focus“ (29. Juni) energisch vor der Einführung eines „**bedingungslosen Grundeinkommens**“:

„Das bedingungslose Grundeinkommen gewährleistet zwar eine für sämtliche Bürger, also den Multimillionär wie den Müllwerker, gleich hohe Minimalabsicherung, die Spezialbedarfe von Menschen, etwa Schwerstbehinderten, die teure Geräte oder eine Vollassistenz brauchen, lässt es jedoch unberücksichtigt. Ein solche Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip entspricht weder der Forderung nach Bedarfsgerechtigkeit – wer nichts hat, soll viel, wer viel hat, soll gar nichts bekommen –, noch der Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit. Vielmehr ändert sie nichts Wesentliches an der wachsenden sozialen Ungleichheit sowie der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich.“

Zur **Klage eines Soldaten** gegen Verteidigungsministerin **Ursula von der Leyen** (CDU) wegen „Verfolgung Unschuldiger“ schreibt Thorsten Jungholt in der „Welt“ (30. Juni):

„Wie die Staatsanwaltschaft das sieht, kann dahinstehen. Allein der Vorgang belegt das empfindlich gestörte innere Gefüge der Truppe. Das Vertrauen zwischen Soldaten und politischer Führung ist dahin. Und es ist schwer vorstellbar, wie es repariert werden könnte.“

Fritz Goergen sieht auf „*Ti-chys Einblick*“ (28. Juni) in **Angela Merkels Schwenk** beim Thema „**Ehe für alle**“ keinerlei innere Überzeugung am Werk:

„Was wir ausschließen dürfen, ist, dass Merkels Kalkül über den Themen-Klau-Effekt hinausreicht. Ihre nächste Etappe ist die Bundestagswahl. Wie die Dinge auf sie zukommen, geht sie mit ihnen um, sofern es die Fortsetzung ihrer Machtausübung betrifft. Sonst nicht.“

Dirk Kurbjuweit kritisiert im „Spiegel“ (1. Juli) **Angela Merkels „seltsame Art“** zu reagieren:

„Sie setzte plötzlich die Wehrpflicht aus, weil ihr Verteidigungsminister sonst seine Spaziele nicht erreicht hätte. Sie verordnete dem Land einen Atomausstieg, nachdem sie von den Bildern der Reaktorkatastrophe in Fukushima überwältigt worden war. Einige Monate zuvor hatte sie dem Land noch längere Laufzeiten der Atommeiler verordnet. Sie holt spontan Flüchtlinge aus Ungarn ins Land, ohne ein Konzept für eine Flüchtlingspolitik zu haben. Merkel macht Politik, als wolle sie einen Schluckauf vertreiben. Sie überrascht, sie erschreckt. Ein Schlag aus dem Nichts. Das ist ihr Weg.“

Die ehemalige CDU-Abgeordnete **Erika Steinbach** (jetzt fraktionslos) zitiert im Bundestag vor der Abstimmung über den Gesetzesentwurf zur Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare aus dem **Grundsatzprogramm der CDU**:

„Darin steht zu lesen: ‚Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau.‘ Ich sehe also, Beschlüsse der CDU sind offenkundig das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Insgesamt ist der heutige Vorgang an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Unberechenbarkeit und Beliebigkeit erschüttern die Grundfeste unserer Demokratie. Ich werde diesen Entwurf ablehnen.“